

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

UNCTAD-Bericht zu den SIDS veröffentlicht

Die Herausforderungen, mit denen die kleinen Inselentwicklungsstaaten (*Small Islands Developing States*, SIDS) aufgrund der sich verschärfenden Auswirkungen des Klimawandels und der Naturkatastrophen konfrontiert sind, werden laut der *UN-Konferenz für Handel und Entwicklung* (UNCTAD) durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie verstärkt. Im Zuge der Pandemie erlebten die SIDS im Jahr 2020 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 9 %, verglichen mit einem Rückgang von 3,3 % in anderen Entwicklungsländern.

Viele SIDS haben eine Dienstleistungswirtschaft rund um die Meeressourcen, den Tourismus und Unternehmensdienstleistungen aufgebaut. Der Zusammenbruch des Tourismus in Kombination mit einer hohen Auslandsverschuldung bedroht die Lebensgrundlagen vieler SIDS, einschließlich ihrer Fähigkeiten, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, so die UNCTAD.

Diese Schlussfolgerungen wurden von der UNCTAD in ihrem Bericht *„Development and Globalization: Facts and Figures 2021“* vorgelegt. Der Bericht wurde im Vorfeld der 15. vierjährigen Ministerkonferenz der UNCTAD veröffentlicht, die vom 3. bis 7. Oktober 2021 vermutlich online stattfinden soll und von Barbados ausgerichtet wird.

Dem UNCTAD-Bericht zufolge haben die meisten SIDS kleine Volkswirtschaften, die wenig Raum für eine Diversifizierung in die verarbeitende Industrie oder die Agrarwirtschaft lassen.

SIDS sind in hohem Maße vom internationalen Handel abhängig, insbesondere vom Import von Industriegütern, fossilen Brennstoffen und oft auch von Nahrungsmitteln.

Darüber hinaus gehören die SIDS laut UNCTAD zu den katastrophenanfälligsten Ländern der Welt und sind besonders anfällig für tropische Wirbelstürme, Hurrikane, Erdbeben, Tsunamis usw.

Laut dem UNCTAD-Bericht sind die SIDS stark in die Weltwirtschaft integriert und hängen oft von einer begrenzten Anzahl von Rohstoffen und Wirtschaftssektoren ab. Daher sind sie anfällig für Veränderungen in globalen Konjunkturzyklen, Verschiebungen in der Nachfrage nach ihren Produkten und abrupte Preisschwankungen, so der Bericht.

Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft und Fischerei sind laut UNCTAD bedeutende Beschäftigungsquellen für einige SIDS. Im Jahr 2019 lag ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung bei **Vanuatu** und den **Komoren** bei rund 50 % und bei **Timor-Leste**, den **Salomonen** und **Fidschi** bei über 30%.

In den **pazifischen SIDS** ist der Anteil dieses Sektors am BIP von 17 % im Jahr 2005 auf 16 % im Jahr 2019 leicht gesunken. Demnach macht das verarbeitende Gewerbe in der Hälfte der SIDS weniger als 5 % des BIP aus. Im Jahr 2019 hatte **Nauru** mit 19 % der Wirtschaftsleistung den größten Anteil des verarbeitenden Gewerbes.

Der UNCTAD-Bericht hebt die wichtige Rolle des Dienstleistungssektors in den SIDS hervor. Er besagt, dass der Dienstleistungssektor im Durchschnitt 71 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der SIDS im Jahr 2019 ausmachte, verglichen mit 66 % im Jahr 2005.

Der Anteil der Dienstleistungen war in **Palau** und St. Lucia mit 86% am höchsten, wobei die Seychellen, Bahamas, Barbados und Malediven ebenfalls über 80% lagen. Der Anteil der Dienstleistungen am BIP lag in allen SIDS über 50 %. Seit 2005 ist der Dienstleistungssektor in Trinidad und Tobago und in **Samoa** um mehr als 10 Prozentpunkte gewachsen.

Im Durchschnitt arbeiten zwei von drei Personen in den Inselstaaten

im Dienstleistungssektor, die Hälfte der Männer und drei von vier Frauen, wobei diese Jobs oft mit dem Tourismus zusammenhängen.

Seit 2016 haben die SIDS große Leistungsbilanzdefizite. Der Einbruch des Tourismus aufgrund der COVID-19-Pandemie werde diese Defizite 2020 voraussichtlich noch vergrößern, heißt es in dem Bericht.

Im Jahr 2019 betrug das Leistungsbilanzdefizit der SIDS 2,9 % des BIP und war damit deutlich höher als das der Entwicklungsländer insgesamt, die einen Überschuss von 0,8 % des BIP erzielten.

Bei vielen SIDS werden die Leistungsbilanzdefizite in erheblichem Maße durch den Zufluss von Rücküberweisungen ausgeglichen. Aber SIDS müssen auch auf externe Kreditaufnahme zurückgreifen und sind auf ausländische Direktinvestitionen und andere Finanzströme angewiesen, um ihr Defizit zu bewältigen, so die UNCTAD.

„Exporteinnahmen, insbesondere aus dem Tourismus, sind wichtig für das Schuldenmanagement. Da die COVID-19-Pandemie und der damit verbundene wirtschaftliche Abschwung die Einnahmen aus dem Tourismus deutlich reduzieren, wird die Schuldendienstlast der SIDS wahrscheinlich steigen“, heißt es weiter.

Insgesamt ist die Auslandsverschuldung der SIDS deutlich höher als die anderer Entwicklungsländer. Im Jahr 2019 machten die Auslandsschulden der SIDS 62 % ihres BIP aus, verglichen mit 29 % für alle Entwicklungs- und Schwellenländer.

Diese Kluft hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich vergrößert. Zwischen 2000 und 2019 ist die Auslandsverschuldung im Verhältnis zum BIP in den SIDS um 24 Prozentpunkte gestiegen, während sie in allen Entwicklungsländern um 6 Prozentpunkte gesunken ist.

Während der COVID-19-Krise ist ein erheblicher Rückgang der Leistungsbilanz der SIDS zu erwarten,

von -2,7 % des BIP im Jahr 2019 auf -12,1 % im Jahr 2020 und weiter auf -12,3 % im Jahr 2021, so der Bericht.

Eine weitere Herausforderung für die SIDS ist die Abgeschiedenheit von Handelspartnern und die Abhängigkeit von wenigen Märkten für Importe und Exporte.

Daher wurden die SIDS auch als eine der Gruppen identifiziert, die unverhältnismäßig stark von der COVID-19-Pandemie und ihren wirtschaftlichen Auswirkungen betroffen sein werden, so die UNCTAD.

Die Warenimporte der SIDS im Verhältnis zum BIP bewegten sich um einen globalen Median von 33%, mit Ausnahme von **Nauru** (74 %) und den Seychellen (67 %), die relativ hohe Warenimporte im Vergleich zum BIP hatten.

Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Warenexporte am BIP bei vielen SIDS niedrig und liegt teilweise deutlich unter dem globalen Median von 21 %.

Ausnahmen waren Trinidad und Tobago, die **Salomonen**, die Seychellen, **Nauru** und die **Marshall-Inseln**, die alle Waren im Wert von mehr als 25 % des BIP exportierten, so die UNCTAD, die feststellte, dass SIDS im Durchschnitt mehr Dienstleistungen als Waren exportieren.

Der Warenhandel, an dem SIDS beteiligt sind, ist im globalen Maßstab gering. Im Durchschnitt wurden zwischen 2017 und 2019 nur etwa 0,3 % der weltweit gehandelten Waren in SIDS exportiert und nur 0,1 % von ihnen importiert.

Der UNCTAD-Bericht besagt auch, dass SIDS zum 1. Januar 2020 17,5 % der globalen Schiffsregistrierungen ausmachten, nur knapp hinter dem gemeinsamen Anteil der entwickelten Volkswirtschaften (21,6 %).

Die **Marshall-Inseln** und die Bahamas sind weltweit führend bei den maritimen Registrierungen. Sie liegen auf Platz 3 und 8 unter den Volkswirtschaften, die nach Tragfähigkeit geordnet sind, und machen 12,7 % und 3,8 % der weltweit registrierten Tonnage aus, während Bermuda mit 0,35 % auf Platz 28 liegt.

Im Jahr 2020 belegten die **Marshall-Inseln** den zweiten Platz in der Rangliste der führenden Registrierungsflaggen nach Wert und die Bahamas den vierten Platz, mit Anteilen von 11 % bzw. 8 %.

Öltanker und Massengutfrachter hatten den höchsten Anteil am Wert der auf den **Marshall-Inseln** registrierten Flotte, während es bei den Bahamas Fähren und Passagierschiffe sowie Offshore-Schiffe waren.

Auf der anderen Seite, so die UNCTAD, ist die Beteiligung der SIDS an der globalen Schiffbau-, Schiffseigentums- und Schiffsrecyclingindustrie im Vergleich zu anderen Ländergruppen vernachlässigbar.

Ein weiteres Kapitel des Berichtes widmet sich dem Tourismus: Im Jahr 2019 eroberten die SIDS 1,4% des internationalen Reise-marktes, wobei ihr Anteil an den Reiseexporten 20 Milliarden US-Dollar betrug, so die UNCTAD.

Die karibischen SIDS erzielten die meisten Einnahmen durch ausländische Reisende: 61 % der Gesamteinnahmen der SIDS. Weitere 31 % wurden von den SIDS im Atlantik und Indischen Ozean exportiert und die restlichen 8 % von den SIDS im **Pazifik**.

Im Jahr 1980 hatte der Reiseverkehr einen Anteil von 63 % an den Dienstleistungsexporten der SIDS. Bis 2010 stieg der Anteil auf 70 % und im Jahr 2019 auf 78 %.

Im Gegensatz dazu ging in den Entwicklungsländern als Gruppe der Anteil des Reiseverkehrs an den Dienstleistungsexporten von 34 % im Jahr 1980 auf 31 % im Jahr 1995 zurück und ist seitdem konstant geblieben.

Angesichts des starken Rückgangs der internationalen Reiseexporte im Jahr 2020 - der für abgelegene Inselstaaten auf 70 Prozent geschätzt wird - könnten die Dienstleistungsexporte der SIDS und die damit verbundenen wirtschaftlichen Aktivitäten stark unter den Folgen der COVID-19-Pandemie leiden, so der UNCTAD-Bericht. Für SIDS ist der Tourismus ein besonders wichtiger Sektor. Zwischen 2017 und 2019 machte er im Durchschnitt 11,7 % des BIP der SIDS aus, verglichen mit 1,9 %

in den LLDCs.

In absoluten Zahlen stellen die touristischen Einreiseausgaben für viele SIDS in allen Regionen eine entscheidende Einkommensquelle dar.

In Volkswirtschaften wie **Palau**, den Malediven und den Seychellen im Indischen Ozean sowie in den meisten karibischen SIDS generiert der Tourismus ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von über 5.000 US-Dollar.

Die Pandemie dürfte sich unverhältnismäßig stark auf Frauen ausgewirkt haben, da der Großteil der meist gering qualifizierten Arbeitskräfte in der Tourismusbranche der SIDS weiblich ist, so die UNCTAD.

So sind beispielsweise in **Kiribati** und **Tonga** fast 70 % der Beschäftigten im Lebensmittel- und Getränkektor Frauen, während sie in Reisebüros, Reiseveranstaltern und Reservierungsdiensten, die höher qualifizierte Segmente des Tourismussektors darstellen, seltener beschäftigt sind.

Der Tourismus hat sich als einer der am stärksten von der COVID-19-Pandemie betroffenen Sektoren erwiesen, mit noch nie dagewesenen Auswirkungen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, so die UNCTAD.

Die Welttourismusorganisation schätzt auf der Grundlage der verfügbaren Daten ab Januar 2021, dass die internationalen Touristenankünfte im Jahr 2020 gegenüber 2019 um 74 % von fast 1,5 Milliarden auf rund 381 Millionen zurückgegangen sind und damit auf ein Niveau zurückgefallen sind, das seit über 30 Jahren nicht mehr erlebt wurde.

Laut UNCTAD zeigen die verfügbaren vorläufigen Daten, dass die überwiegende Mehrheit der SIDS im Jahr 2020 einen Rückgang der internationalen Touristenankünfte von über 60 % im Vergleich zu 2019 erlebte, wobei einige andere Inselstaaten, wie **Guam**, **Samoa** und Singapur, Rückgänge von über 80 % verzeichneten.

Der UNCTAD-Bericht hob auch eine Reihe anderer Trends in den SIDS hervor, die die Umwelt und die soziale Entwicklung betreffen.

Info: Der vollständige UNCTAD-Bericht einschließlich der SIDS-Länderprofile ist abrufbar unter: <https://dggff2021.unctad.org/>

AKP-Staaten fordern Bericht über Situation in Westpapua

Die Organisation Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten (*African, Caribbean and Pacific Group of States, OACPS*) hat dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte ihre Besorgnis über die Menschenrechtssituation in Westpapua mitgeteilt.

Der Beschluss, wie er vom OACPS-Botschafterausschuss vorgeschlagen und vom Ministerrat angenommen wurde, beauftragte den Präsidenten, an den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte zu schreiben, um „eine dringende Mission nach Westpapua zur Vorlage eines evidenzbasierten, fundierten Berichts über die dortige Menschenrechtssituation“ zu ersuchen.

Das Schreiben wurde vom damaligen amtierenden Präsidenten des OACPS-Ministerrats, Jeremiah Manele, dem Außenminister der Salomonen, übermittelt. Die OACPS schreibt in diesem Brief, dass sie Indonesiens volle Souveränität über Westpapua anerkennen, ihr Generalsekretär Georges Rebelo Pinto Chikoti bekräftigte jedoch "das unerschütterliche Engagement der OACPS für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Prinzipien".

Chikoti würdigte in diesem Zusammenhang die Arbeit des *Pacific Islands Forums* zur Situation in Westpapua und sagte, dass die OACPS im Einklang mit den Grundsätzen der Subsidiarität und Komplementarität weiterhin aktuelle Informationen über die Lage in Westpapua vom Forum erhalten werde.

Das *Pacific Islands Forums* hat in der Vergangenheit Indonesien mehrfach dazu aufgefordert, einen Besuch des *Office of the High Commissioner for Human Rights* (OHCHR) in Westpapua und einen unabhängigen Bericht über um-

fangreiche mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen in Papua zu ermöglichen. Bisher fand noch kein Besuch des OHCHR in Westpapua statt.

(<http://www.acp.int/content/statement-secretary-general-oacps-implementation-decision-council-ministers-regard-west-papu>)

3 Millionen Dosen Impfstoff für Pazifikstaaten

Beim neunten *Pacific Islands Leaders Meeting* (PALM9) der Vertreter*innen der Mitgliedsstaaten des *Pacific Islands Forum* (PIF) mit den Regierungsvertreter*innen von Japan hat der japanische Premierminister Yoshihide Suga angekündigt, von Juli an bis Ende des Jahres 2021 im Rahmen der COVAX-Strategie den pazifischen Forumstaaten drei Millionen Impfdosen zur Verfügung zu stellen.

Das PALM9 fand Corona-bedingt in diesem Jahr online unter Leitung des japanischen Premiers und des Geschäftsführers des PIF, Premierminister Kausea Natano (Tuvalu), statt. 18 Vertreter*innen der Forumsländer hatten sich zugeschaltet, darunter auch die Vertreter von Australien und Neuseeland sowie Vertreter der „Beobachterländer“ Französisch-Polynesien und Neukaledonien.

Info: Seit 1997 organisiert Japan alle drei Jahre ein regionales Gipfeltreffen der pazifischen Forumsländer mit Japan. In diesem Jahr sollte der Gipfel eigentlich Mitte Juli in Zentraljapan in der Stadt Shima stattfinden, wurde aber wegen der Corona-Pandemie in den digitalen Raum verlegt.

(*Marshall Islands Journal* 09.07.21, <https://mainichi.jp/english/articles/20210702/p2g/00m/0na/060000c>, <https://www.japantimes.co.jp/news/2021/07/02/national/pacific-island-vaccine-donation/>)

SPC spendet Beatmungsgeräte

Die *Pacific Community* (SPC) hat im Juni elf pazifischen Inselstaaten insgesamt 20 Beatmungsgeräte der Schweizer Firma *Hamilton Medical* gespendet.

Die Geräte wurden an die Cook-

Inseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Kiribati, Nauru, Niue, die Marshall-Inseln, die Salomonen, Tokelau, Tonga, Tuvalu und Vanuatu verteilt.

Die SPC hatte bereits im März vergangenen Jahres eine Untersuchung zum Materialbestand auf den Intensivstationen der betreffenden Staaten durchgeführt und dabei festgestellt, dass es in den meisten Pazifikstaaten weder ausreichend Betten auf Intensivstationen gibt noch ausreichend Beatmungsgeräte.

Die Kosten für die Geräte wurden übernommen vom australischen Außen- und Handelsministerium sowie vom UNICEF-Kinderhilfswerk.

Über *Device Technology Australia* konnte das medizinische Personal in den Kliniken der Pazifikinseln in der Benutzung der neuen Beatmungsgeräte geschult werden. Die Schulungen fanden ausschließlich online statt. Die australische Firma steht auch weiter für den technischen Support zur Verfügung. (Pressemitteilung *Pacific Community* 16.07.21)

Fördergelder für Kunst und Kultur im Pazifik

Mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Union und technischer Hilfe durch das Sekretariat der Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP) wurde Ende Juli in Suva (Fidschi) das Dreijahresprojekt „*Ausbau der Kapazitäten für die Nachhaltigkeit der Kultur- und Kreativwirtschaft im Pazifikraum*“ auf den Weg gebracht.

In den kommenden drei Jahren sollen Künstler*innen und Musiker*innen in den Mitgliedsstaaten der *Pacific Community* (SPC) finanzielle Unterstützung, technischen und logistischen Rat sowie fachliche Expertise erhalten, um ihre Kunst- und Kulturprojekte erfolgreich umsetzen zu können. Die Kunst- und Kulturschaffenden können dazu bei der SPC einen Antrag auf finanzielle Förderung stellen.

Ziel des Projektes ist es, dass die Beteiligten von ihrer Kunst leben

können und idealerweise auch noch die Wirtschaftskraft ihres Heimatstaates stützen.

Traditionelle Kunst- und Kulturtechniken im Pazifik seien einzigartig und könnten einen wertvollen Beitrag zur nationalen Ökonomie leisten sowie Traditionen und Techniken für die Zukunft bewahren, erklärte Dr. Frances Vaka'uta, Leiterin der Kulturabteilung bei der SPC. Eine Investition in die Kreativität sei eine nachhaltige Anlage für die Pazifikinsulaner*innen, sagte sie weiter.

Professorin Verena Thomas von der australischen *Queensland University of Technology*, die das Projekt strategisch begleitet und berät, erklärte, Kunst und Kultur im Pazifik seien treibende Kräfte für eine nachhaltige Wirtschaft in der Region. Mithilfe pan-pazifischer Künstlernetzwerke könne man das pazifische kreative Wissen auch hinaus in die weite Welt tragen, begeisterte sich Thomas für das dreijährige Vorhaben. (*Pressemitteilung Pacific Community 22.07.21*)

Konferenz der Frauen

Bereits im April fand online die vierzehnte *Triennial Conference of Pacific Women* statt. Sie wurde von Französisch-Polynesien im digitalen Raum ausgerichtet und organisiert. Vom 27. bis zum 29. April diskutierten Vertreterinnen aus Politik und (Zivil-)Gesellschaft zu drei Themenfeldern: 1) die Ertüchtigung von Frauen im Wirtschaftssektor, 2) Geschlechterbasierte Gewalt gegen Frauen und 3) Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels speziell für Frauen.

Die Frauen verabschiedeten einen Aktionsplan mit Maßnahmen, die zu mehr Gendergerechtigkeit im Pazifikraum führen sollen.

Am 4. Mai trafen sich ebenfalls digital die jeweiligen pazifischen Ministerinnen aus den Ministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Dieses siebte Treffen der Frauenministerinnen stand unter dem Motto „*Our Ocean, our heritage, our future- Empowering all*

women in the Blue Pacific Continent.“

Beide Konferenzen wurden öffentlich online übertragen, so dass weitere Frauen in den jeweiligen Ministerien ihrer Länder zuschauen konnten. (*Marshall Islands Journal 02.07.21, <https://www.spc.int/events/14th-triennial-conference-of-pacific-women-and-7th-meeting-of-pacific-ministers-for-women>*)

Führungswechsel auf Kwajalein

Rund 300 Personen verfolgten am 30. Juni den Führungswechsel auf dem Hangar der US-amerikanischen Militärbasis auf dem Kwajalein-Atoll (Marshall-Inseln). Colonel Jeremy Bartel, der Oberkommandierende der *U.S. Army Garrison Kwajalein Atoll* (USAG-KA) wurde mit militärischen Ehren verabschiedet und sein Nachfolger Colonel Thomas Pugsley wurde in sein neues Amt eingeführt. Die live im Internet übertragene Zeremonie begann mit dem Spielen beider Nationalhymnen und beinhaltete neben dem vorgeschriebenen US-amerikanischen Zeremoniell auch eine Andacht von Militärkaplan Brian Conner sowie den Anschnitt eines großen Kuchens. Unter Fanfarenklängen, dem Hissen beider Flaggen sowie der Übergabe von Blumenkränzen an Pugsleys Ehefrau Shawna Hughes und die Kinder Max und Elena konnten auch hochrangige marshallische Regierungsvertreter*innen den neuen Kommandanten willkommen heißen. Die Zeremonie endete mit der Übergabe der lokalen Garnisonsflagge von Jeremy Bartel an den neuen Oberkommandierenden der Streitkräfte.

Info: Thomas Pugsley besitzt drei Master-Abschlüsse und einen Dokortitel der *Naval Postgraduate School*. Er wurde als Feldartillerieoffizier ausgebildet, als Offizier für Weltraumoperationen angenommen und lehrte als Professor an der Militärakademie der Vereinigten Staaten in West Point. Im Jahr 2011 kam er in den pazifischen Raum und wurde Leiter der Raumfahrtabteilung der Abteilung für strategische Programme der USARPAC.

Pugsley war als Leiter der Abteilung für Befehls- und Kontrollfunktionen für das Programm für Weltrechtsicherheit und -verteidigung in Colorado Springs tätig und fungierte bis dato als Leiter der Abteilung für Sonderprogramme des Zentralkommandos der US-Armee auf dem Luftwaffenstützpunkt Shaw in South Carolina, wo er für alle Weltrechtsraum-, Cyber- und technischen Sondereinsätze zur Unterstützung des Zentralkommandos verantwortlich war.

Die *Ronald Reagan Ballistic Missile Defense Test Site* ist eine Raketen-Teststation. Sie beherbergt Raketenabschussanlagen auf dem Kwajalein-Atoll, dem Wake-Atoll und dem Aur-Atoll.

Ihre Hauptaufgabe ist die Durchführung von Raketentests für die US-amerikanische Raketenabwehr und für das US-Raumfahrt-Forschungsprogramm.

Das Kontrollzentrum ist ebenso wie die meisten Personal- und Infrastruktureinrichtungen auf dem Kwajalein-Atoll lokalisiert. Elf Inseln des Atolls werden auf Basis eines Langzeitvertrages mit der Regierung der Marshall-Inseln vom US-Militär genutzt.

Die Station dient auch als Bodenstation für den bemannten Raumflug und Forschungsprojekte der NASA. Die Aktivitäten auf der Anlage beinhalten Tests ballistischer Raketen, meteorologische Versuchsreihen und den Betrieb des privaten Raumfahrtunternehmens SpaceX (*Space Exploration Technologies Corporation*) auf Omelek Island.

Auf den beiden Inseln Kwajalein und Roi-Namur leben rund 1.300 Amerikaner*innen, die für die US-Regierung als Militärangehörige und als Zivilbeamte des US-Verteidigungsministeriums arbeiten. (*Marshall Islands Journal 09.07.21, Wikipedia, <https://home.army.mil/kwajalein/index.php>*)

Neue klimafreundliche Transportmöglichkeiten

Um die pazifische Seefahrt umweltfreundlicher zu machen, hat die Organisation *Waan Aelon in Majel* (WAM) auf den Marshall-Inseln drei neue Bootstypen für den Seetransport entwickelt und das handwerkliche Wissen für den Bau dieser Boote in einer dreimonatigen Fortbildung an 13 Bootsbauern von den *outer islands* weitergegeben. Die Männer von den Atollen Likiep, Mili, Ailuk und Ebon arbeiteten drei Monate lang in Delap (Majuro) an den Booten. Die fertigen Boote werden von der *Majuro Shipping Coporation* auf die jeweiligen Außeninseln gebracht. Zusätzlich zu ihrem Zertifikat über die erfolgreiche Teilnahme am Bootsbauworkshop erhielten die Männer je ein Fahrrad für ihre Atolle.

In den Workshops waren die 13 Männer in traditionellem Kanubau und energieeffizienter Technologie geschult worden und ihnen waren kostengünstige und nachhaltige Bootsbaumethoden vorgestellt worden.

WAM-Direktor Alson Kelen erklärte, Ziel sei es, nachhaltige, kostengünstige und umweltfreundliche Boote zu bauen, die sich über Windkraft segeln lassen und keine fossilen Treibstoffe benötigen.

WAM entwickelte zur Umsetzung des Ziels drei neue Bootstypen: 1) Das „korkor“ ist ein Kanu und kann drei Menschen mit wenig Gepäck transportieren. 2) Das „WAMcat“ ist eine Art Katamaran. Es eignet sich für eine Familie und kann bis zu einer halben Tonne Gewicht transportieren. 3) Das „proa“ ist ein großer Segelfrachter, der für die Hochsee geeignet ist. Es ist für den Transport von Menschen und Waren geeignet. Außerdem enthält das Boot einen Meerwasserpool, in dem die unterwegs gefangenen Fische ganz ohne Eis lebendig und frisch aufbewahrt werden können.

WAM wird von der *Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit* (GIZ) unterstützt. Die GIZ fördert die Entwicklung nachhaltiger Seetransportmöglichkeiten im Pazifik mit dem auf fünf

Jahre (2017 bis 2022) angelegten Projekt „*Übergang zum kohlenstoffarmen Seetransport*“.

Das Ziel des Projektes: Der inländische Seetransport auf den Marshall-Inseln verringert den Kohlenstoffausstoß und geht zu energieeffizienten Lösungen über.

Bei der Entwicklung der drei Boote wurde WAM deshalb auch von deutschen und australischen Ingenieuren unterstützt, die Anregungen zum Bau der Schiffstypen gaben.

WAM-Direktor Kelen zeigte sich begeistert von dem Erfolg des Projekts. Man sei jetzt nicht mehr abhängig von fremder Unterstützung, denn Bootsbauern von den Marshall-Inseln könnten ihr Wissen nun an andere Bootsbauern weitergeben. Seit Jahrhunderten habe man sich auf den Marshall-Inseln mit Booten fortbewegt und dies würden die moderneren Boote auch nicht ändern, zeigte sich der Direktor stolz auf die traditionelle Seefahrernation.

Info: Tragende Säule für die Wirtschaftstätigkeit, Konnektivität und Resilienz der Marshall-Inseln ist die Seeschifffahrt. Auf den abgelegenen Inseln und Atollen ist Konnektivität entscheidend für den Zugang der Bürger*innen zu Dienstleistungen und sozioökonomischen Möglichkeiten. Der Seetransport gewährleistet auch die Versorgung im Bereich Bildung und Gesundheit, stützt die Umwelt- und Wirtschaftsentwicklung und spielt eine Rolle im Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels.

Da die Inseln fast vollständig von importierten fossilen Brennstoffen abhängig ist, sind die Kosten für diese Leistungen hoch und belasten das Staats- und Haushaltsbudget stark. Mit der Umstellung auf erneuerbare Energiequellen könnte diese Belastung reduziert und ein inklusiveres und nachhaltigeres Wirtschaftswachstum im Land unterstützt werden.

Die Marshall-Inseln sind in ihrem Engagement für Klimaschutz weltweit führend und haben als einziges Land den inländischen Seetransport explizit in ihre nationalen

Klimabeiträge (*Nationally Determined Contributions*, NDCs) aufgenommen. Im Dezember 2020 hatte sich das Land das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen aus der inländischen Schifffahrt bis 2030 um 40 % zu senken. Als Vergleichsgrundlage dienen die Werte von 2010. Die vollständige Dekarbonisierung soll bis 2050 erreicht werden.

(*Marshall Islands Journal* 18.06.21, <https://www.giz.de/de/weltweit/59626.html>)

Palmölkonzern verliert FSC-Zertifizierung

Der koreanische Palmölkonzern *Korindo* wird am 16. Oktober 2021 seine Nachhaltigkeitszertifizierung durch den *Forest Stewardship Council* (FSC) verlieren. Der FSC hatte mit *Korindo* zusammengearbeitet, obwohl verschiedene Umweltgruppen wiederholt schwere Vorwürfe gegen das Konglomerat erhoben hatten. Der FSC hat nun beschlossen, *Korindo* die Zertifizierung zu entziehen, nachdem die Beziehung zum Konzern „nicht mehr tragbar“ geworden war. Das FSC-Zertifikat soll Verbraucher*innen darüber informieren, dass Güter unter menschenrechtswürdigen Verhältnissen auf nachhaltige Weise produziert werden.

„Wir konnten bei *Korindo* keine Verbesserungen bei der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards beobachten“, sagte Kim Carstensen, internationaler FSC-Generaldirektor, in einem Interview mit der britischen Nachrichtenagentur BBC. Die *Korindo*-Gruppe erklärte durch ihren Chief Sustainability Officer, Kwangyul Peck, dass das Unternehmen „sehr schockiert über die FSC-Entscheidung“ sei und betonte, dass *Korindo* sich an einen vereinbarten Fahrplan zur Beseitigung von Missständen gehalten habe.

Greenpeace International und *Forensic Architecture* veröffentlichten im November 2020 die Ergebnisse einer Satellitenbildanalyse. Beide Organisationen kamen zu dem Schluss, dass *Korindo* bei der Rodung von Regenwäldern in West-

papua große Waldflächen durch Brandrodungen entwaldet hatte; eine Methode, die sowohl nach indonesischem Recht, als auch nach FSC-Nachhaltigkeitsstandards, strengstens verboten ist.

Laut einem Bericht des FSC aus dem Jahr 2018 wurden Hinweise gefunden, welche darauf hindeuten, dass *Korindo* Primärregenwälder in großem Umfang abgeholzt habe. Der FSC sagte jedoch, er habe keine ausreichenden Beweise für vorsätzliche Verbrennungen gefunden. *Korindo* verkaufte daher weiterhin sein Palmöl mit dem FSC-Nachhaltigkeitszertifikat. Der vollständige Bericht wurde nie veröffentlicht, da *Korindo* damit drohte, den FSC im Fall einer Veröffentlichung zu verklagen. Die sensiblen Ergebnisse der FSC-Studie kamen schließlich doch an die Öffentlichkeit, nachdem eine Kopie des Berichts in die Hände der BBC fiel.

Umweltorganisationen in Indonesien werfen der *Korindo Group* vor, gegen nationale Plantagenvorschriften zu verstoßen. Das Konglomerat besitzt drei Palmölunternehmen im Landkreis Merauke mit einer Landfläche von 80.931 Hektar und drei Plantagen im Landkreis Boven Digoel, die eine Gesamtfläche von 67.706 Hektar haben. Das ist mehr als jeder andere Palmölkonzern in Westpapua. Nach indonesischen Plantagenvorschriften ist die Konzessionsfläche für Palmöl und andere landwirtschaftliche Güter pro Konglomerat auf 20.000 Hektar innerhalb einer Provinz oder 100.000 Hektar in ganz Indonesien beschränkt. Eine Ausnahme besteht für die Provinzen Papua und Papua Barat, wo die maximale Landnutzungsgrenze das Doppelte der maximalen Landnutzungsfläche pro Provinz beträgt. (*Westpapua-Netzwerk online 28.07.21*), <https://fsc.org/en/newsfeed/fsc-announces-disassociation-from-korindo-group> 14.07.21)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Absage der Volkszählung

Die für August angesetzte Volkszählung ist aufgrund steigender Coronazahlen abgesagt worden. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Erstellung des Wählerverzeichnisses für die im nächsten Jahr anstehenden nationalen Wahlen, hieß es aus der Wahlkommission (*Electoral Commission*). Diese hat bereits in den Provinzen National Capital District und Central Province damit begonnen, das Wählerverzeichnis zu überprüfen und zu aktualisieren. Strittig ist bis dato noch die Einteilung der jeweiligen Wahlbezirke. Die Behörden überlegen, die flächenmäßig große Provinz Morobe in zwei Bezirke zu unterteilen. Außerdem soll der Wahlbezirk Lae auf die außerstädtischen Randbezirke (sogenannte „*settlements*“) vergrößert werden. (*Marshall Islands Journal 16.07.21*)

Weltbank unterstützt Wirtschaft bei Bewältigung der Corona-Folgen

Das Exekutivdirektorium der *Weltbank* hat Ende Juni die Zahlung von 100 Millionen US-Dollar (ca. 352 Mio. Kina) genehmigt, um Papua-Neuguinea bei der Bewältigung der COVID-19-Krise zu unterstützen.

Da die Wirtschaft Papua-Neuguineas zu Beginn der COVID-19-Krise nur begrenzt widerstandsfähig gegen externe Schocks war, hat die Pandemie zu einem starken wirtschaftlichen Rückgang, höherer Arbeitslosigkeit und einer beträchtlichen Verarmung vor allem von Frauen und jungen Menschen geführt.

Die finanzielle Hilfe zur Krisenbewältigung und nachhaltigen Erholung von Papua-Neuguinea zielt darauf ab, das Gesundheitssystem zu stärken, den Lebensunterhalt

von gefährdeten Haushalten und Kleinunternehmen zu unterstützen und Grundlagen für eine nachhaltigere wirtschaftliche Erholung zu schaffen.

Die Finanzierung wird dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung bei der COVID-19-Impfung zu sichern, Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen finanzielle Unterstützung zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu gewähren und die Steuerverwaltung für kleine Unternehmen zu erleichtern.

Darüber hinaus werden die zusätzlichen Gelder die Regierung dabei unterstützen, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der Verschuldung zu gewährleisten, die Mitsprache von Frauen bei der Entscheidungsfindung zu stärken, die Effizienz des Finanzsektors zu verbessern und PNG auf die Auswirkungen des Klimawandels vorzubereiten.

Für die Zeit nach Corona plant die Weltbank, PNG weiter bei seiner dringend benötigten Haushaltskonsolidierung zu unterstützen.

Info: Die Finanzhilfe durch die Weltbank steht in Einklang mit dem Länderpartnerschaftsabkommen der Weltbankgruppe mit Papua-Neuguinea für die Jahre 2019 bis 2023 und wird durch einen Kredit zu sehr günstigen Konditionen über die Internationale Entwicklungsorganisation, den Fonds der Weltbankgruppe für die bedürftigsten Länder der Welt, bereitgestellt. (<https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2021/06/28/sustainable-economic-recovery-the-focus-for-world-bank-support-to-papua-new-guinea>)

Ausgaben für Corona-Schutzmaßnahmen

Laut einer vom *Business Council of PNG* durchgeführten Umfrage haben Unternehmen fast eine Million Kina für COVID-19-Schutzausrüstungen und Schutzmaßnahmen ausgegeben, um ihre Mitarbeiter*innen und Betriebe vor dem Eintrag des Virus zu schützen.

Nach den Ergebnissen der Umfrage zum Status von COVID-19-Impfungen in neuguineischen Un-

ternehmen wurden 70 % der Kosten für Gesichtsmasken und Desinfektionsmittel, 21 % für Testkits und 11 % für den Bau eigener COVID-19-Einrichtungen und Kliniken ausgegeben, so Douveri Henao, geschäftsführender Direktor des *Business Council*.

Laut Henao haben einige Unternehmen zwischen 50.000 und 9,5 Millionen Kina investiert, um eine eigene Klinik oder ein medizinisches (Test-)Zentrum für ihre Mitarbeiter*innen einzurichten.

Henao wies auch darauf hin, dass im Jahr 2020 nur 19 Unternehmen über eine Krankenversicherung für ihre Mitarbeiter*innen verfügten, während diese Zahl jetzt auf 64 % gestiegen ist. (*PNG Business News 06.09.21*)

EU fördert Korruptionsbekämpfung

Die *Europäische Union* (EU) fördert in den nächsten drei Jahren mit 5,4 Millionen Euro die neuguineischen Bemühungen im Kampf gegen Korruption.

Der Deutsche Dirk Wagener, nationaler Vertreter des Wachstumsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in Papua-Neuguinea, meinte bei der Einweihung eines neuen Anti-Korruptionsprogramms in Port Moresby, dass die Korruption die Entwicklung Papua-Neuguineas behindere.

„Die Europäische Union wird 5,4 Millionen Euro für dieses Projekt bereitstellen, zusätzlich zu den Mitteln, die direkt an die Regierung von Papua-Neuguinea gezahlt werden, um Schlüsselkomponenten der Anti-Korruptionsstrategie und des Aktionsplans der Regierung umzusetzen“, erklärte Wagener die zusätzliche Finanzspritze der EU.

Laut Wagener ist die Korruptionsbekämpfung eine wesentliche Voraussetzung für das nationale Wachstum des melanesischen Inselstaates. *„Sie ist eine Voraussetzung für die Verwirklichung der nationalen Entwicklungsvision und*

der Entwicklungsbestrebungen Papua-Neuguineas“, meinte der UNDP-Vertreter.

Er warnte davor, dass die Korruption die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in Papua-Neuguinea behindern würde, wenn sie nicht bekämpft wird.

Wagener erklärte, die Initiative verfolge vier Ziele, die darauf abzielen, die lokalen Kapazitäten für eine erfolgreiche Korruptionsbekämpfung zu stärken. An der Umsetzung dieser Ziele sind sowohl Regierungs- als auch Nichtregierungsorganisationen beteiligt:

Das erste Ziel ist die Unterstützung bei der Umsetzung und Überwachung des strategischen Aktionsplans der nationalen Regierung.

Das zweite Ziel ist die Einrichtung einer voll funktionsfähigen unabhängigen Kommission gegen Korruption.

Das dritte Ziel ist die Stärkung der derzeitigen Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden zur Korruptionsbekämpfung.

Das vierte Ziel erkennt die Bedeutung der Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft bei der Korruptionsbekämpfung an.

„Das Projekt wird mit den nationalen und provinziellen Anti-Korruptions- und Betrugseinheiten der Royal PNG Constabulary und dem Büro des Staatsanwalts zusammenarbeiten“, erklärte Wagener das weitere Vorgehen.

Die internationale Anti-Korruptionsorganisation *Transparency International PNG* (TI-PNG) lobte Papua-Neuguinea für die Verabschiedung des Organisationsgesetzes zur Einrichtung einer unabhängigen Kommission gegen Korruption im November 2020.

„Der Kampf gegen die Korruption muss ganz oben auf die Tagesordnung unserer Gesellschaft gesetzt werden. Wenn die Korruption nicht eingedämmt wird, vergiftet sie unsere Lebensweise und untergräbt unsere Standards“, sagte der TI-PNG-Vorsitzende Peter Aitsi. (*Asia Pacific Report 09.08.21*)

Wiedereröffnung der Porgera-Mine

Der Prozess der Wiedereröffnung der Porgera-Goldmine gemäß der verbindlichen Rahmenvereinbarung zwischen der Regierung von Papua-Neuguinea und dem Betreiber *Barrick Niugini Limited* (BNL) ist Anfang Juni mit einem Gespräch zwischen dem Präsidenten und *Chief Executive* von Barrick, Mark Bristow, PNG-Premierminister James Marape und den verschiedenen Gruppen von Porgera-Landbesitzern einen großen Schritt vorangekommen.

Die Rahmenvereinbarung sieht vor, dass die Porgera-Mine im Besitz eines neuen Joint Ventures sein wird, das zu 51 % von Interessensgruppen aus Papua-Neuguinea und zu 49 % von BNL gehalten wird, wobei BNL weiterhin als Betreiber fungiert. Die Rahmenvereinbarung sieht weiterhin vor, dass die Porgera-Landbesitzer und die Provinz Enga einen Dialog darüber führen sollen, wie die 10% „geschütztes Eigenkapital“, die Teil des 51%-tigen Anteils von PNG sind, aufgeteilt werden sollen.

Bei einer Veranstaltung mit Premierminister James Marape, Enga-Gouverneur Peter Ipatas und dem örtlichen Parlamentsabgeordneten Tomait Kapili erklärte *Barrick*-Präsident Bristow, er plane die Wiedereröffnung der Mine zum 16. September 2021.

Porgera ist seit über eineinhalb Jahren geschlossen. Der kanadische Betreiber BNL sah sich gezwungen, die Mine im April 2020 für Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten zu schließen, nachdem die Regierung von PNG eine Verlängerung des Bergbaupachtvertrags zunächst abgelehnt hatte. Als Grund nannte die Regierung die Unzufriedenheit der traditionellen Landeigner mit den Umweltschutzmaßnahmen des Betreibers und mangelnde Einbindung der Landeigner in Entscheidungsprozesse rund um den Betrieb der Mine. Bei Streiks der Belegschaft in den letzten Jahren zwischen 2007 und 2020 war es immer mal wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen.

zungen zwischen den Streikenden und dem Sicherheitspersonal der Mine gekommen. Etliche Angestellte kamen dabei zu Tode.

Info: Die Porgera-Mine ist eine Gold- und Silbermine in der Enga-Provinz. Das Bergwerk liegt etwa 130 Kilometer westlich der Stadt Mount Hagen und 600 Kilometer nordwestlich von Port Moresby. Die Produktion des Bergwerks macht 12 % des Exports von Papua-Neuguinea aus.

(<https://www.barrick.com/English/news/news-details/2021/Porgera-Moves-Closer-to-Restart-5a68a8c8fb/default.aspx>, *The National online*)

Freeport kauft Carpo Resources

Am 28. Juni gab das kanadische Mineralienexplorationsunternehmen *Freeport Resources Inc.* bekannt, dass es die auf den Cayman Islands gemeldete Bergbaufirma *Carpo Resources Inc.* im Rahmen eines Aktienkaufvertrags übernommen hat - und damit die Kontrolle über das geplante Yandera-Kupferprojekt in Madang.

Yandera ist eine der am meisten erkundeten potentiellen Kupfer-Abbaugebiete in PNG. Das 95 Kilometer südwestlich von Madang gelegene Projektgebiet war in den späten 1960er und 1970er Jahren Gegenstand intensiver, bohrgestützter Explorationsprogramme durch eine Reihe von Unternehmen, darunter *Kennecott Copper* und die *BHP Group* (australisch-britischer Rohstoffkonzern).

Die Explorations-Aktivitäten, die 102 Diamantbohrlöcher mit einer Gesamtlänge von über 33.000 Metern umfassten, gipfelten in der Erstellung einer Bergbaustudie durch BHP, in der das Yandera-Porphyrssystem als eines der größten unerschlossenen Porphyry-Kupfersysteme (mit zusätzlichen Molybdän- und Goldvorkommen) im Südwestpazifik identifiziert wurde.

Eine Vormachbarkeitsstudie, die von der *Worley Parsons Group* im November 2017 abgeschlossen wurde, wies darauf hin, dass Yan-

dera über Ressourcen von 727 Millionen Tonnen mit einem Gehalt von 0,39 % Kupferäquivalent und abgeleitete Ressourcen in der Menge von 231 Millionen Tonnen mit einem Gehalt von 0,32 % Kupferäquivalent verfügt. Die Studie identifizierte auch 541 Millionen Tonnen Reserven mit einem Gehalt von 0,39 % Kupferäquivalent.

Seit dem Erwerb von Yandera hat *Era Resources Inc.*, das sich im Besitz von *Carpo Resources* befindet, zusätzliche 471 Diamantbohrlöcher mit insgesamt über 144.000 Metern abgeschlossen.

Da Freeport - das vor kurzem *Quidum Resources* erworben hat, das wiederum das Star Mountains Projekt in PNG kontrolliert - nun die Kontrolle über Carpo/Era übernommen hat, scheint Yandera der Erschließung einen Schritt näher zu kommen.

Freeport bestätigte in einer Presseerklärung, dass es keine wesentlichen Verbindlichkeiten übernehmen wird und auch nicht den Großteil seines Betriebskapitals oder seiner Ressourcen für Carpo oder die Entwicklung von Yandera einsetzen wird.

Die Übernahme ist für das in Vancouver ansässige Unternehmen *Freeport* die zweite in PNG innerhalb eines Jahres. Im vergangenen Oktober erwarb es das Kupfer- und Goldprojekt Star Mountains. Der Abschluss des Yandera-Geschäfts muss noch von der Toronto Stock Exchange genehmigt werden. (*PNB Business News Issue 2/2021*, <https://www.freeportresources.com/>, <https://www.industriescarpo.com/en/company/>)

Abkommen zum Ausbau erneuerbarer Energien

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat Mitte August ein Abkommen („*Deed of Agreement*“) mit dem australischen Unternehmen *Fortescue Metals Group* (FMG), dem viertgrößten Eisenerzproduzenten der Welt, geschlossen. Das Abkommen wurde vom neuguineischen Minister für staatliche Unternehmen, William

Duma, und dem Gründer und Eigentümer von FMG, Dr. Andrew Forrest, unterzeichnet und von Premierminister James Marape und der Vorstandsvorsitzenden von *Fortescue Future Industries*, Julie Suttleworth, bezeugt und mitunterzeichnet.

Das Abkommen wurde im Rahmen der „Take back PNG“-Politik (Rückeroberung PNGs) geschlossen und sieht vor, erneuerbare Energiequellen wie Wasserkraft, Solarenergie, Windkraft und geothermische Energien zu nutzen, um die Versorgung mit „grüner Energie“ in PNG voranzutreiben.

Die Unterzeichnung ermöglicht es dem australischen Unternehmen nun, mit dem Erwerb der entsprechenden Lizenzen zu beginnen. Der australische Investor hat bereits Standorte in den Provinzen Gulf und West New Britain ins Auge gefasst, um das Wasserkraft- bzw. Geothermiepotenzial zu untersuchen und zu erforschen, während er weiterhin andere Standorte in PNG erkundet, insbesondere in den Bereichen Geothermie, Wasserkraft und Solarenergie.

Minister Duma sagte, dass ein Zeitrahmen von höchstens drei Jahren ins Auge gefasst werde, bevor das erste Projekt in Betrieb genommen werden könne.

Premierminister Marape dankte FMG-Eigentümer Dr. Forrest für seine „persönliche Entscheidung“, in PNG in diesem Sektor zu investieren und bezeichnete ihn als „einen Freund von PNG, der näher an der Heimat ist“. Dr. Forrest ist laut der Fachzeitschrift *Australian Financial Review* mit einem Nettovermögen von 27,25 Mrd. AUD der zweitreichste Mann Australiens. Über eine virtuelle Videoverbindung erklärte Dr. Forrest seine persönliche Verbundenheit mit PNG, da er während des Zweiten Weltkriegs einen Onkel in PNG verloren hatte, was ein Grund für seine Entscheidung sei, privat in das Land zu investieren.

Info: Die Unterzeichnungsveranstaltung wurde vom Ministerium für Staatsunternehmen und seiner

Einrichtung, der *Kumul Consolidated Holdings*, geleitet. An ihr nahmen Regierungsvertreter aus den zuständigen Ministerien und staatlichen Einrichtungen teil. (<https://www.pngbusinessnews.com/articles/2021/8/png-signs-agreement-with-fortescue-metals-group>)

Ausbau des Morobe-Highway

Premierminister James Marape hat Ende Juni das 66-Millionen-Kina-Projekt zur Wiederherstellung des *Bulolo Highway* in der Morobe-Provinz offiziell eröffnet.

Marape sprach vor Hunderten von Menschen, die sich in Wau versammelt hatten, über das staatliche Projekt "*Connect PNG 2020-2040 Road Plan*" der Regierung, das darauf abzielt, das Land durch Straßen zu erschließen.

„Bis 2025, wenn PNG 50 Jahre Unabhängigkeit feiert, muss ein gutes Straßennetz unser Land verbinden“, erklärte der Premier. *„Deshalb ist der 9-Meilen-Highway nach Wau-Bulolo sehr wichtig.“*

Die Straße soll von Garaina in der Morobe-Provinz nach Goilala in der Zentralprovinz und weiter nach Kerema in der Golfprovinz führen und das bereits bestehende marode Straßensystem ersetzen.

Marape forderte die Menschen auf, sich um die von der Regierung finanzierten Projekte zu kümmern, ihr Land zu bestellen und sich um einkommensschaffende Maßnahmen zu bemühen, statt müßig am Straßenrand zu sitzen und Drogen zu konsumieren.

Er kündigte an, dass die nationale Regierung zusätzlich zu den regulären Mitteln aus dem *District Service Improvement Program* (DSIP) eine Million Kina für den Bildungssektor des Distrikts Bulolo bereitstellen wird. *„Es gibt viele Kinder, die aus unserem Bildungssystem herausfallen und keine zweite Chance bekommen“*, erläuterte Marape diese Investition in den Bildungssektor.

Die Regierung wünscht sich auch, dass die Nationale Entwicklungsbank (NDB) eine Filiale in Wau baut, so Marape. Er kündigte außerdem eine Förderung in Höhe von 50.000 Kina für Rugby-Liga-Turniere in Wau und Bulolo an, sowie jeweils 50.000 Kina für Damen- und Herren-Basketball-Wettbewerbe in Wau.

Premierminister Marape war zusammen mit seinem Stellvertreter Sam Basil, dem Abgeordneten für den Bezirk Bulolo, nach Wagau gereist, um den Startschuss für die Abdichtung und den Ausbau der Straße von Gabensis nach Buang zu geben.

Er übergab dem Bauunternehmen *Kaia Works* drei Millionen Kina für die Versiegelung von weiteren acht Kilometern Straße, was Tausenden von Anwohner*innen in der Region zugutekommen wird.

Im Rahmen des *Bulolo District Rural Electrification Program* (Programm zur Elektrifizierung des ländlichen Raums) schaltete Premier Marape auch das Licht im Dorf Mapos 2 in Buang ein.

Er war ebenfalls bei der Eröffnung des lokalen Gefängnisses des Mumeng District anwesend, für das die nationale Regierung 50 Millionen Kina zugesagt hatte. *„Wir wollen ein ordentliches Gefängnis für den Strafvollzug bauen und sicherstellen, dass die Insassen die Berufsschule in Mumeng besuchen können“*, sagte PM Marape.

Marape weihte bei seinem Besuch außerdem das "Golpu House" des Mumeng Distrikts ein, das Mumeng Town Straßenversiegelungs- und Straßenbeleuchtungsprojekt, die Kirche der Nationalen Pastorenkonferenz der Evangelisch-Lutherischen Kirche von PNG im Mumeng District und das Mumeng Town Projekt.

Info: Die australische Regierung finanziert den Bulolo Highway im Rahmen des *Transport Sector Support Program* (TSSP) des Department of Works.

(<https://www.pngbusinessnews.com/articles/2021/6/pm-opens-bulolo-highway-restoration-project>)

BOUGAINVILLE

Rio Tinto „ausgezeichnet“

Der bereits 1873 gegründete britisch-australische Bergbaukonzern *Rio Tinto* ist mit dem erstmals vergebenen „Cane Toad Award“ („Rohrkröten-Preis“) „ausgezeichnet“ worden.

Bei dem von den australischen Nichtregierungsorganisationen *Friends of the Earth*, *Jubilee* und *act!onaid Australia* organisierten Wettbewerb konnten Menschen online darüber abstimmen, welches Unternehmen einen „Preis“ für besonders schädliches Umweltmanagement erhalten sollte. Insgesamt standen sechs besonders „giftige“ Unternehmen auf der Liste. Über 1.000 Teilnehmende votierten für *Rio Tinto* sowie für den australischen Bergbaukonzern *Mayur Resources*.

Rio Tinto wurde für sein jahrzehntelanges Versagen bei der Sanierung der Panguna-Mine in Bougainville und die erst kürzlich erfolgte Zerstörung indigener Kulturstätten in Australien zum „giftigsten Unternehmen“ gewählt.

Mayur Resources erhielt die zweitmeisten Stimmen der Öffentlichkeit und die Auszeichnung *Cane Toad Award* für den Vorstoß zur Eröffnung einer neuen umweltschädlichen Kohlemine im Pazifik.

Info: Der *Corporate Cane Toad Award* wurde erstmals vergeben. Er benennt australische Unternehmen, die weltweit in Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung verwickelt sind und stellt diese bloß.

Der Preis ist benannt nach der Rohrkröte. Im Jahr 1935 wurde diese giftige Krötenart mit Genehmigung der Regierung künstlich in Australien eingeführt, um die Zuckerrohrpflanzen vor einem bestimmten Käfer zu schützen. Dies führte zu einer der schlimmsten Umweltkatastrophen Australiens: Die Rohrkröte zerstörte Ökosysteme und tötete unzählige andere Arten. (<https://canetoadaward.org/>, https://www.foe.org.au/corporate_cane_award_2021)

Rio Tinto verpflichtet sich zu Umweltstudie

Der britisch-australische Bergbaukonzern *Rio Tinto* kündigte am 21. Juli an, eine Studie zu den langfristigen Umweltauswirkungen der 1973 eröffneten und 1989 geschlossenen Panguna-Mine finanzieren zu wollen.

Seine ehemalige Tochtergesellschaft *Bougainville Copper Limited* (BCL) wird sich ebenfalls an den Kosten für diese Umweltstudie beteiligen.

Rio Tinto war der Mehrheitseigner der Firma BCL, die in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts die gigantische Gold- und Kupfermine Panguna auf der Insel Bougainville betrieben hatte. Die Mine musste 1989 ihren Betrieb zu Beginn eines Gewaltkonfliktes einstellen. Seinerzeit verließen die Betreiber die Insel fluchtartig und es hat nie eine geordnete Minenschließung gegeben. Noch heute leiden die Menschen an den Folgen des Minenbetriebs. Riesige, früher landwirtschaftlich genutzte Flächen, sind unter dem Minenabraum verschwunden, das Wasser der Flüsse ist belastet, die seinerzeit zwangsumgesiedelten Menschen leben in erbärmlichen Verhältnissen und haben vielfältige Gesundheitsprobleme, die sie auf die Hinterlassenschaft des Minenbetriebs zurückführen.

Im Juni 2016 verschenkte *Rio Tinto* seine BCL-Anteile an die Zentralregierung PNGs und an die Autonomieregierung Bougainvilles (*Autonomous Bougainville Government*, ABG) und machte gleichzeitig klar, dass man damit keinerlei Verantwortung mehr habe für die Hinterlassenschaften der Mine. Diese Haltung stieß auf heftigen Protest in Bougainville. Das ABG erklärte, es sei inakzeptabel, dass sich *Rio Tinto* einfach aus dem Staub machen wolle und rief zu einer Kampagne auf, um *Rio Tinto* zur Behebung der Umweltschäden zu bewegen.

Ende September 2020 reichte das australische *Human Rights Law Centre* (HRLC) im Namen von mehr als 150 Betroffenen bei der australischen Regierung Be-

schwerde gegen *Rio Tinto* ein. Die Beschwerde beruft sich auf die Leitsätze für multinationale Unternehmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu Wirtschaft und Menschenrechten und ist anhängig bei der nationalen OECD-Kontaktstelle, die im australischen Finanzministerium angesiedelt ist. Die Beschwerdeführer argumentieren, dass sich *Rio Tinto* gravierender Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen schuldig gemacht habe. *Rio Tinto* erklärte sich zu einem Verfahren vor der australischen Kontaktstelle bereit. In den Folgemonaten trafen sich Vertreter*innen von *Rio Tinto*, HRLC und betroffenen Gemeinden regelmäßig (online) zu Vermittlungsgesprächen.

Erstes substantielles Ergebnis dieser Gespräche ist nun die gemeinsame Erklärung vom 21. Juli. Darin einigten sich die Parteien auf die Durchführung eines von *Rio Tinto* finanzierten „*Panguna Mine Legacy Impact Assessment*“, welches die Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und Empfehlungen zu ihrer Behebung abgeben soll. Damit erfüllt *Rio Tinto* eine erste Forderung der Beschwerdeführer*innen.

Die Untersuchung wird von einer unabhängigen 'dritten Partei' – voraussichtlich ein Konsortium von lokalen und internationalen Expert*innen – durchgeführt werden. Gesteuert wird die Studie von einem Komitee, in dem neben den Konfliktparteien (*Rio Tinto*, HRLC, betroffene Gemeinden) auch das ABG, die Regierung Papua-Neuguineas, BCL und Landbesitzer-Vereinigungen vertreten sein werden.

Die Anti-Bergbau-Aktivistin Theonila Roka Matbob, die örtliche Abgeordnete im autonomen Parlament von Bougainville, half bei der Einreichung der Beschwerde. Sie zeigte sich erfreut über das Zugeständnis von *Rio Tinto*, mahnte aber zugleich an, dass die Studie nur ein erster Schritt sein könne. Die Ergebnisse müssten dann so umgesetzt werden, dass die Anrainer im Minengebiet wieder gefahr-

los fischen und Ackerbau betreiben könnten, forderte sie.

Bougainvilles Präsident Ishmael Toroama zeigte sich ebenfalls erfreut von dem Zugeständnis von *Rio Tinto* und BCL. In einer Pressemitteilung vom 27. Juli sagte er aber explizit, eine Wiedereröffnung der Mine oder die Vergabe neuer Lizenzen zum Abbau sei derzeit überhaupt nicht im Gespräch. Zunächst gelte es, die Vergangenheit ordentlich aufzuarbeiten. (*ABC Radio Australia* 24.07.21, *Pressemitteilung ABG Government* 27.07.21, Dr. Volker Böge auf dem *Misereor-Böog* 06.08.21)

Gesundheitsminister verunglückt auf See

Der Gesundheitsminister der autonomen Region Bougainville, Charry Napto, ist Opfer eines Bootsunglücks geworden. Napto war gemeinsam mit seiner Frau und seinem Sohn am Samstag, den 17. Juli 2021, auf dem rund dreistündigen Seeweg von Buka auf die Insel Nissan, als das mit sieben Personen vollbesetzte Schlauchmotorboot im rauen Seegang kenterte, nur rund 300 Meter von der Küste der Insel Nissan entfernt. Nach Aussagen des einzigen überlebenden Augenzeugen versuchten sich die Passagiere, an Bootsgegenstände zu klammern. Der überlebende Mann, ein Lehrer, trieb zunächst noch gemeinsam mit dem Sohn des Kapitäns im Meer, verlor diesen aber aus den Augen. Er erreichte schwimmend die Insel Pinipel, die zwei Kilometer südlich von Nissan liegt. Dort fand ihn ein Bewohner am Strand.

Von den anderen Bootsinsassen fehlt jede Spur. Man geht deshalb davon aus, dass sie ertrunken sind. (*The National* 22.07.21, <https://www.abg.gov.pg/index.php/cabinet-ministers/profile/hon-charry-napto>)

SALOMONEN

Entwicklung der Schweinezucht-Industrie

Das Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht der Salomonen (*Solomon Islands Ministry of Agriculture and Livestock*, MAL) hat am 4. August 2021 eine Absichtserklärung mit dem Verband der Schweinezüchter der Salomonen (*Solomon Islands Pig Farmers Association*, SIPFA) zur Entwicklung der Schweineindustrie des Landes unterzeichnet.

Die salomonische Staatssekretärin Ethel Tebengi Frances unterzeichnete für das MAL und John Kwaita, der Vorsitzende des SIPFA, unterschrieb im Namen des Verbands der Schweinezüchter.

In dem *Memorandum of Understanding* (MoU) geht es um die Bereitschaft von MAL, dem Schweinezüchterverband die Nutzung und Anmietung eines Teils seines Grundstücks, des *Honey House* in der Nähe von Burns Creek in Ost-Honiara, für den Verkauf und die Verteilung von Viehfutter an Schweinezüchter in Honiara und den anderen Provinzen zu gestatten, um die Entwicklung der Schweinefleischindustrie zu unterstützen.

SIPFA-Vorsitzender John Kwaita sagte, dass hochwertiges Viehfutter schon immer die größte Herausforderung für die Schweine- und Geflügelindustrie im Land gewesen sei. Die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Qualitätsfuttermitteln für die lokale Viehwirtschaft sei der Schlüssel zum Erfolg dieser Branche im Land, ergänzte er. (<https://www.onepng.com/2021/08/solomon-islands-mal-and-sipfa-signs-mou.html> 14.08.21)

Förderung von Frauen in der Wirtschaft

Einige Minister*innen der Regierung der Salomonen haben gemeinsam mit Beamt*innen des australischen Hochkommissariats Mitte August bei einem Networ-

king-Frühstück der *Solomon Islands Women in Business Association* (SIWIBA) für mehr Frauen in der Wirtschaft geworben.

Bei dem Frühstück für erfolgreiche Geschäftsfrauen von den Salomonen wurde die Partnerschaft der australischen Regierung mit der SIWIBA im Rahmen ihrer gemeinsamen Initiative „Strongim Bisnis“ gefeiert.

Diese von Australien finanzierte Partnerschaft zielt darauf ab, die Unternehmensentwicklungsdienste für Frauen zu verbessern und die Zahl der SIWIBA-Mitglieder unter den Unternehmerinnen zu erhöhen.

Die Ministerin für Frauen, Jugend, Kinder und Familienangelegenheiten, Freda Rotutafi Rangirei, hielt beim Frühstück die Eröffnungsansprache.

Zu den Gästen der Veranstaltung gehörten auch die Ministerin für Bildung und Entwicklung, Lanelle Tanangada, und der australische Hochkommissar Dr. Lachlan Strahan. Er sagte: *„Frauen zu befähigen, Führungsrollen in der Wirtschaft zu übernehmen und sich voll an der Erwerbsbevölkerung zu beteiligen, ist nicht nur richtig, sondern auch gut für die Wirtschaft. Überall auf der Welt, auch auf den Salomonen, sind Frauen in der Arbeitswelt und in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert. Die australische Regierung unterstützt SIWIBA, um diese Realität zu ändern.“*

Die Präsidentin von SIWIBA, Pamela Zoleveke, eröffnete das Frühstück mit folgenden Worten: *„Als gemeinnützige Organisation sind wir dazu da, den Interessen der Geschäftsfrauen auf den Salomonen zu dienen. Wir haben über 900 Mitglieder und ermutigen alle Geschäftsfrauen, sich mit uns in Verbindung zu setzen und von den Schulungs- und Geschäftsdienstleistungen zu profitieren, die wir anbieten können, um das Wachstum ihrer Unternehmen zu fördern.“*

Info: „Strongim Bisnis“ ist mit SIWIBA eine Partnerschaft eingegangen, um Frauen, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen bessere wirtschaftliche Chancen zu bieten. „Strongim Bisnis“ ist in den Bereichen Kakao, Kokosnuss, Tourismus, Finanzdienstleistungen, Holz, Gartenbau und Abfallwirtschaft tätig. (*Pressemitteilung SIWIBA 15.08.21*)

Jugendliche feiern International Youth Day

Verschiedene Jugendgruppen in der Hauptstadt Honiara haben gemeinsam den Internationalen Tag der Jugend begangen. Er stand in diesem Jahr unter dem Motto „Transforming Food Systems: Youth Innovation for Human and Planetary Health“.

Dr. Cedrick Alependava, Regierungssekretär im Ministerium für Frauen, Jugend und Familie, sagte in seiner Festrede, das diesjährige Thema sei von großer Relevanz für die Weltgemeinschaft. Gesunde Jugendliche und gesunde Erwachsene könne es nur geben, wenn auch gesunde Nahrungsmittel zur Verfügung stünden. Alependava riet davon ab, *fast Food*, konservierte Lebensmittel und gezuckerte Limonaden zu konsumieren. Frische Früchte, Nüsse und Obst und Gemüse aus den Gärten seien wesentlich günstiger und gesünder.

Der Bürgermeister von Honiara, Eddie Siapu, betonte in seiner Rede zum *Youth Day* die besondere Kreativität, Energie und die Innovationsbereitschaft junger Menschen. Junge Bewohner*innen von Honiara könnten mit ihren vielfältigen Talenten zur (nachhaltigen) Weiterentwicklung der Stadt beitragen, sagte Siapu. Deshalb sei es auch so wichtig, den Weltjugendtag gebührend zu feiern, betonte der Bürgermeister.

Info: Der *Internationale Tag der Jugend* ist ein von den *Vereinten Nationen* ausgerufenen Aktionstag. An diesem Tag soll die Aufmerksamkeit auf eine Reihe kultureller und rechtlicher Fragen im Zusam-

menhang mit der Jugend gelenkt werden. Der erste Weltjugendtag wurde am 12. August 2000 gefeiert. (*The Island Sun online*, <https://www.un.org/en/observances/youth-day>, Wikipedia)

Neuer Job

Harald Reggie aus dem Dorf Dovele im Bezirk Vella la Vella (Western Province) übernimmt gegen Ende des Jahres das Kommando über die Patrouillenboote des *Police Maritime Department* bei der *Royal Solomon Island Police* (RSIPF) Ihm wurde dazu das Kapitänspatent verliehen. Zukünftig führt er das Kommando auf dem Küstenwachschiff „Gizo“.

Reggie hatte 1999 die *School of Marine* am College auf den Salomonen abgeschlossen und war dann in den Polizeidienst eingetreten, wo er sich dem Küstenschutz verschrieb.

In den nächsten sechs Monaten wird Reggie zunächst eine Fortbildung in Australien im Rahmen des dortigen *Patrol Boat Watchkeeper-Programms* machen. Er soll dazu auf den Patrouillenschiffen der *Australian Navy* mitfahren und sich Fähigkeiten und Kenntnisse über die maritime Sicherheit der Küstengewässer der Salomonen aneignen.

Kapitän Reggie zeigte sich begeistert über seine Beförderung und über die Möglichkeit, fortan die Küsten der Salomonen schützen zu dürfen. (*Pressemitteilung RSIPF* 13.08.21)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Oliver Hasenkamp, Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerkes, Berlin]

Covid-19-Fälle gehen nach weltweit höchsten Pro-Kopf-Infektionszahlen im Juli langsam zurück

Die Zahl der Covid-19-Neuinfektionen in Fidschi liegt im September weiterhin auf einem vergleichsweise hohen Niveau, sinkt jedoch seit einigen Wochen stetig. In den ersten zwei Septem-

berwochen lag die Zahl täglich zwischen 290 und 127 Infektionen – die 7-Tage-Inzidenz lag zum Redaktionsschluss am 14. September 2021 bei 124 Infektionen pro 100.000 Einwohner*innen.

Einen dramatischen Höhepunkt erreichten die täglichen Neuinfektionen im Juli, als die Zahl der neuen Infektionen gemessen an der Einwohnerzahl vorübergehend den weltweit höchsten Wert darstellte. Am 15. Juli infizierten sich etwa 1.854 Menschen mit dem Corona-Virus – hochgerechnet auf die Bevölkerungszahl von Deutschland hätte das prozentual zum Anteil der Bevölkerung einem Wert von über 164.000 Neuinfektionen an nur einem Tag hierzulande entsprochen.

Die Gesamtzahl der Infektionen in Fidschi hat mittlerweile einen Wert von knapp 50.000 erreicht (stand: 14.09.2021), dies entspricht etwa 5,4% der Bevölkerung (Deutschland: ca. 3,4 % der Bevölkerung, allerdings verteilt über einen deutlich längeren Zeitraum als in Fidschi). Die Dunkelziffer dürfte möglicherweise jedoch deutlich höher liegen. Trotz der massiven Fallzahlen hat Fidschi zu keinem Zeitpunkt einen landesweiten Lockdown verhängt, sondern ausschließlich auf Impfungen und Quarantäne gesetzt, die teils mit militärischer Härte durchgesetzt wird. Unter anderem werden ganze Dörfer, in denen es zu Ausbrüchen kommt, oder Krankenhäuser tagelang abgeriegelt, was weiterhin zu einer angespannten Ernährungssituation vieler Menschen im Land führt (siehe auch vorherige Ausgabe der *Pazifik aktuell*).

Besorgniserregend ist vor allem, dass die Anzahl der Neuinfektionen auf abgelegeneren Inseln mittlerweile kontinuierlich ansteigt. Bis zum August hatte das Infektionsgeschehen fast ausschließlich auf der bevölkerungsreichsten Insel Viti Levu stattgefunden, mittlerweile gibt es aber auch Fälle etwa auf Vanua Levu, Kadavu, Macuta, Malolo und Beqa. Besonders die Insel Kadavu entwickelt sich immer mehr zu einem neuen Infektionsherd. Die Regierung hat bereits vor Monaten ein Verbot von Reisen zwischen der Hauptinsel und wei-

teren Inseln des Staats verhängt. Nun ist auch der Reiseverkehr zwischen den betroffenen fidschianischen Inseln eingeschränkt und Militär sowie Küstenwache sind entsendet worden, um die Reiseverbote auch in abgelegenen Regionen umzusetzen.

Für die Insel Viti Levu, auf welcher die Zahlen mittlerweile sinken, wurden die bestehenden Maßnahmen jedoch gelockert. Hier gilt seit Anfang September nun eine verkürzte Ausgangssperre und es dürfen sich etwa für Beerdigungen wieder mehr Personen treffen als zuvor. (*ABC* 12.09.21, *www.corona-inzahlen.de* 14.09.21, *Johns Hopkins-Universität* 14.09.21, *Radio New Zealand International* 06.09.21, 09.09.21, 12.09.21, 13.09.21, *Social Media*)

Ehemalige Premierminister und Oppositionspolitiker nach Kritik an Landrechtsreform und Covid-19-Politik verhaftet

Ende Juli sind zahlreiche oppositionelle fidschianische Spitzenpolitiker*innen vorübergehend verhaftet und von der Polizei verhört worden, darunter die beiden früheren Premierminister Sitiveni Rabuka (*Social Democratic Liberal Party*, SODELPA) und Mahendra Chaudhry (*Fiji Labour Party*, FLP), die Oppositionsführerin Lynda Tabuya (*SODELPA*), die Parteivorsitzenden der beiden im fidschianischen Parlament vertretenen Oppositionsparteien, Viliame Gavoka (*SODELPA*) und Biman Prasad (*National Federation Party*, NFP), sowie weitere Parlamentsabgeordnete. Zuvor hatten sie alle sich kritisch über eine von der Regierung geplante Landrechtsreform geäußert. Selbst für Fidschi, wo es auch nach der demokratischen Wahl von Premierminister Voreqe Bainimarama, der erstmals im Jahr 2006 durch einen Militärputsch an die Macht gelangt ist, und seiner *Fiji-First-Partei* in den Jahren 2014 und 2018 immer wieder zu Einschüchterung von Regierungskritiker*innen gekommen ist, stellt diese Verhaftungswelle ein bisher kaum bekanntes Ausmaß da. Auch international haben sich zahlreiche Organisationen, die sich für Demo-

kratie und Menschenrechte einsetzen, besorgt über die Verhaftungen und Verhöre gezeigt.

Mit Ausnahme des früheren Premierministers Chaudhry, der erst am 26. Juli verhaftet wurde, wurden die insgesamt neun betroffenen Politiker*innen am 25. Juli von der Polizei in Gewahrsam genommen. Alle Betroffenen wurden kurze Zeit später zwar wieder auf freien Fuß gelassen. Die Verhaftungen und Verhöre zeigen aber ein aus der Vergangenheit bekanntes Muster: Es geht vor allem um eine Machtdemonstration und die Einschüchterung politischer Gegenspieler*innen. Bereits seit einigen Jahren berichten vor allem Menschenrechts- und Demokratieaktivist*innen, aber auch politische Gegner und auch gewählte Abgeordnete, zunehmend von einer wieder deutlich steigenden Anzahl solcher Verhöre und damit verbundenen Einschüchterungen (siehe dazu auch frühere Berichterstattung in der *Pazifik aktuell*). Davon betroffen waren in den folgenden Wochen neben den Spitzenpolitiker*innen auch mehrere Personen, die sich ehrenamtlich für die Oppositionsparteien engagieren.

Auch wenn die konzentrierte Aktion Ende Juli besonders große Aufmerksamkeit erzeugte, berichtet etwa der NFP-Vorsitzende Biman Prasad, er sei allein seit Juli vier Mal von der Polizei verhört worden.

Im Zentrum der Kontroverse, die zur Verhaftungswelle geführt haben soll, steht eine mittlerweile von der Regierung beschlossene Änderung am sogenannten *iTaukei Land Trust Act*, der vor allem den Landbesitz der indigenen Bevölkerung regelt. Beide Oppositionsparteien im fidschianischen Parlament kritisieren, dass es im Vorfeld eine unzureichende Konsultation mit der Bevölkerung gegeben habe, und fürchten, dass die Gesetzesänderung zu deutlich größeren Befugnissen der Polizei auch auf privatem Land führen könnte. In diesem Zusammenhang richten einige Journalist*innen auch außerhalb Fidschis Kritik gegen neuseeländische Behörden, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

die Erarbeitung des neuen Gesetzesvorhabens mit Beratern unterstützt haben sollen. In Fidschi wird auch darüber spekuliert, dass das Gesetz auch in Reihen der Regierungsfraktion umstritten gewesen ist und der Parteiaustritt der früheren Ministerin für Frauen, Kinder und Armutsbekämpfung, Mereseini Vuniwaqa, mit dem umstrittenen Gesetz zusammenhängt.

Einige der im Juli Verhafteten bestätigten nach ihrer Freilassung, dass sie vor allem zu ihrer Kritik an dem Gesetzesvorhaben verhört worden seien. Biman Prasad veröffentlichte sogar noch aus dem Polizeiauto einen Beitrag auf den Sozialen Medien, in dem er ebenfalls die Kritik seiner Partei an der Gesetzesänderung als Grund für das Verhör nannte. Demnach sei die Argumentation der Polizei zur Begründung der Verhaftungen gewesen, bei der Kritik an dem Gesetz handele es sich um eine böswillige Handlung, um das Gesetz durch falsche Behauptungen zu verhindern. Gleichzeitig weisen zahlreiche Medien aber auch darauf hin, dass viele der Verhafteten zu den deutlichsten Kritiker*innen der Regierungspolitik zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie gehören (siehe dazu auch Berichterstattung in der letzten Ausgabe der *Pazifik Aktuell*). So kritisiert die Opposition, dass die politischen Freiheiten in Fidschi, vor allem die freie Meinungsäußerung, seit Beginn der Maßnahmen gegen die Coronapandemie noch weiter eingeschränkt worden seien als bereits zuvor. Sowohl Medien als auch die Opposition berichten, dass auch nach der Verhaftungswelle der Spitzenpolitiker*innen im Juli weitere Regierungskritiker zumindest vorübergehend festgesetzt und durch die Polizei verhört worden sind. Aufmerksamkeit erhielt etwa der Fall eines zuvor beim Gesundheitsministerium beschäftigten Arztes, Jone Hawea, der Ende August während der nächtlichen Ausgangssperre in seinem Haus verhaftet worden war, nachdem er die Covid-19-Politik kritisiert hatte. Die Opposition fürchtet, dass gerade die nächtliche Ausgangssperre dazu beiträgt, dass nächtliche Verhaftungen und Verhöre ohne große

Aufmerksamkeit durchgeführt werden können. Aus Sicht der Regierung sind die Verhöre notwendig, um zu verhindern, dass falsche Gerüchte verbreitet werden und vor allem die nationale Impfkampagne nicht gefährdet werde. Auch die fidschianische *Law Society* kritisierte die Verhaftung von Hawea jedoch scharf. (*Fiji Times* 27.09.21, *Fiji Village* 09.09.21, *Radio New Zealand International* 27.07.21, 01.08.21, 05.08.21, 01.09.21, *ABC* 26.07.21, *The Guardian* 26.07.21, *Fiji Herald* 05.08.21, *Asia-Pacific Report* 27.07.21, *Social Media*)

Impfkampagne: „No jab, no job“-Politik sorgt international für Aufsehen

Fidschi treibt seine Impfkampagne gegen Covid-19 weiter massiv voran und setzt dabei auch auf drastische Maßnahmen. So hat das Land mittlerweile eine Impfpflicht für alle Erwachsenen eingeführt und droht Angestellten mittlerweile unter dem Slogan „No jabs, no job“ (umgangssprachlich in etwa: „Keine Impfung, keinen Job“) damit, dass sie ihren Job verlieren, wenn sie sich nicht impfen lassen. So setzte Premierminister Voreqe Bainimarama Anfang Juli, als die Zahl der Neuinfektionen in dem Land gemessen an der Bevölkerungszahl einen weltweiten Höchstwert erreichte, Staatsbediensteten eine Deadline, sich bis zum 15. August impfen zu lassen – anderenfalls würden sie fristlos ihre Jobs verlieren. Bereits zuvor waren ungeimpfte Bedienstete in bestimmten Bereichen unbezahlt vom Dienst suspendiert worden. Mittlerweile können auch Beschäftigte von privaten Unternehmen entlassen werden, wenn sie sich nicht impfen lassen. Dieses umstrittene Durchgreifen in Fidschi hat auch international für Aufmerksamkeit und Diskussionen gesorgt.

Mittlerweile hat Fidschi eine Impfquote von 62,71 % der Bevölkerung erreicht. Etwas mehr als die Hälfte der Geimpften – insgesamt 33,22 % der Bevölkerung – haben bereits zwei Impfungen erhalten. Die meisten Impfungen werden mit dem Astra-Zeneca-Impfstoff durchgeführt, den Fidschi als erstes Land im Pazifik im Frühjahr

über die globale Impfkampagne COVAX von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und während des Höhepunkts des Ausbruchs außerdem von Australien und Neuseeland gespendet bekommen hat. Anfang September kündigte Neuseeland an, dass Fidschi mit einem Paket in Höhe von insgesamt 12 Millionen Neuseeland-Dollar unterstützt werde, das unter anderem die Spende von insgesamt 100.000 Impfdosen und die Bezahlung von medizinischem Personal beinhaltet.

Einer Studie der fidschianischen Nichtregierungsorganisation *Dalogue Fiji*, die bereits im Juni durchgeführt wurde, belegt jedoch eine relativ hohe Skepsis gegenüber Covid-19-Impfstoffen in der fidschianischen Gesellschaft. Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung halte die Impfstoffe zwar für sicher, fast 20 % der Befragten halte sie jedoch für wenig oder gar nicht sicher. Unter den im Juni noch nicht geimpften Personen gaben über 50 % an, dass sie sich vor allem um Nebenwirkungen sorgten und sich deshalb nicht impfen lassen wollen – außerdem antworteten 17% der Ungeimpften, sie glaubten, mit den Impfungen würden Mikrochips implantiert, um Menschen zu überwachen. 10 % lehnten die Impfung demnach aus religiösen Gründen ab. Der Studie zur Folge war die Skepsis unter Christ*innen zwar besonders hoch, gab es in der Impfquote aber hingegen keine erkennbaren Unterschiede zwischen christlichen, hinduistischen und muslimischen Gruppen. (ABC 12.09.21, www.corona-inzahlen.de 14.09.21, Radio New Zealand International 05.09.21, 10.09.21)

Fidschi plant Öffnung der Grenzen im November

Trotz der weiterhin hohen Covid-19-Fallzahlen plant Fidschi, seine Grenzen im November wieder für vollständig geimpfte Tourist*innen zu öffnen. Bis dahin möchte Fidschi 80 % der Erwachsenen geimpft haben und geht deshalb davon aus, dass Reisen in das Land wieder einigermaßen sicher sind und auch das Vertrauen in die Si-

cherheit bei Gästen vor allem aus Australien schnell zurückkehrt. Allerdings soll es vor der Einreise einen verpflichtenden PCR-Test geben. Dies hat der Geschäftsführer von *Tourism Fiji*, Brent Hill, Mitte September bekanntgegeben. Gleichzeitig verwies er jedoch darauf, dass Reisende auch weiterhin damit rechnen müssten, in Quarantäne zu müssen, sollten sie sich vor Beginn der Reise oder in Fidschi infizieren. Daher empfiehlt er Reisenden bereits jetzt, zur Sicherheit eine Reiseversicherung abzuschließen, die möglicherweise anfallende Zusatzkosten übernimmt. Auch die australische Fluggesellschaft *Qantas* hat bereits damit begonnen, Werbeanzeigen für Flüge nach Fidschi ab Dezember dieses Jahres zu schalten – obwohl derzeit noch gar nicht klar ist, ob Australien selbst seine Grenzen bis dahin überhaupt wieder geöffnet hat.

Vor Beginn der Pandemie hat der Tourismus etwa 40 % des Bruttonationaleinkommens in Fidschi ausgemacht. Anders als andere pazifische Inselstaaten hatte Fidschi auch bereits bis zum massiven Covid-19-Ausbruch im März 2021 Tourist*innen ins Land gelassen, die dann eine Quarantäne in einem Luxushotel verbringen konnten. Das Land hatte auch bereits massiv für eine sichere Reisezone zwischen Fidschi und Australien und Neuseeland geworben, die dann durch den Ausbruch in Fidschi, aber auch Ausbrüche in Australien und Neuseeland, zunichtegemacht worden war. Brent Hill berichtete nun davon, dass viele Tourismusunternehmen in Fidschi die erneute Ankunft von Gästen kaum noch erwarten können und sich bereits auf diese vorbereiten.

Doch nicht alle im Land sind überzeugt von den Öffnungsplänen: Sashi Kiran, Gründerin und Leiterin der zivilgesellschaftlichen Organisation *FRIEND*, die in der Pandemie durch Unterstützung betroffener Familien etwa mit Nahrungsmitteln und deutlicher Kritik an der fidschianischen Regierung bekannt geworden waren, hält den Zeitpunkt angesichts der immer noch hohen Infektionszahlen für ver-

früht. Sie sorgt sich vor allem um die Unter-18-Jährigen, die in die Impfquote des Landes derzeit noch nicht eingerechnet werden.

(ABC 12.09.21, *aboutTravel* 09.09.21, Radio New Zealand International 30.07.21, 04.09.21, 10.09.21)

Fidschianer*innen aus Afghanistan evakuiert

Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan haben auch fidschianische Staatsbürger*innen, die sich in dem Land aufgehalten haben, das Land verlassen. So konnten einige Fidschianer*innen, die unter anderem in der Entwicklungszusammenarbeit tätig waren, das Land vor dem endgültigen Abzug der letzten US-Soldat*innen vom Flughafen in Kabul mit einem australischen Evakuierungsflug Richtung Katar verlassen. Weitere Menschen aus Fidschi konnten ins benachbarte Kasachstan ausgeflogen werden.

Insgesamt haben sich Berichten zur Folge mindestens achtzehn Fidschianerinnen und Fidschianer in Afghanistan aufgehalten, die überwiegend für die Internationale Arbeitsorganisation und die Weltgesundheitsorganisation tätig waren, während fünf Männer für private Sicherheitsfirmen tätig waren. Ende August hielten sich zumindest ein Teil der aus Fidschi stammenden Personen weiterhin in dem Land auf und warteten auf eine Evakuierung. (Radio New Zealand International 25.08.21, Social Media)

Vize-Polizeipräsident zurückgetreten

Nur eine Woche nach der Rückkehr des fidschianischen Polizeipräsidenten Brigade-General Sitivi Qiliho von einem Studienaufenthalt in Großbritannien ist dessen Stellvertreter Rusiate Tudravu „aus persönlichen Gründen“ zurückgetreten. Der 58-jährige Tudravu hatte die Amtsgeschäfte während der Abwesenheit von Qiliho als „Acting Deputy Commissioner of Police“ geführt und sich dabei vor allem um eine Corona-Strategie für den Polizeiapparat

verdient gemacht. Tudravu hatte vor Übernahme der Amtsgeschäfte im Geheimdienst gearbeitet und sich wohl einen höheren Posten im Polizeiwesen erträumt, als er von Qiliho zu dessen Stellvertreter ernannt worden war. Da Qiliho nach seiner Rückkehr jedoch wieder den Posten des Polizeipräsidenten übernommen hatte, sah Tudravu keine Zukunft mehr für sich und trat nach 39 Dienstjahren komplett aus der *Fiji Police Force* aus. Zuvor betonte er, wie wichtig seiner Meinung nach eine institutionelle Stärkung des Polizeiapparates auf allen Hierarchieebenen sei. (Artikel von Julia Ratzmann. *Islands Business* 12.08.21, <https://www.fijitimes.com/tudravu-resigns-after-39-years-of-service/>)

VANUATU

Impfpflicht für Stipendiat*innen

Im Ausland studierende Ni-Vanuatus haben mit Entsetzen auf die Ankündigung einer Corona-Impfpflicht durch das „*Vanuatu National Scholarship and Training Board*“ reagiert. Der Sprecher des Komitees, Collin Natonga, erklärte, Vanuatu habe die Impfpflicht für Stipendiat*innen erlassen, um die Ausbreitung des Coronavirus weiter einzudämmen. Alle im Ausland mit einem Stipendium des Staates studierenden jungen Menschen müssten sich umgehend gegen COVID-19 impfen lassen. Wer dies nicht tue, verstoße gegen die Auflagen der Regierung, so Natonga. Mit der Impfverweigerung einher gehe die sofortige Beendigung des Stipendiums.

Glen Bule, der Sprecher der *Vanuatu Student Association* in Fidschi, zeigte sich empört. Die Studierenden hätten keine Wahl und müssten sich impfen lassen, wenn sie die staatliche finanzielle Unterstützung nicht verlieren wollten.

Info: Nach Angaben des vanuatischen Gesundheitsministeriums wurden bis Mitte August 34.000 Impfdosen verimpft. Rund 3.000 Menschen sind bereits doppelt geimpft. Zu den prioritären Gruppen der ersten Impfphase gehörten

Mitarbeiter*innen des Gesundheitswesens, Menschen mit Grunderkrankungen, ältere Menschen (ab 55 Jahren) und Mitarbeiter*innen in systemrelevanten Berufen.

Nach der ersten Impfphase wurde die Priorisierung Ende August aufgehoben und gemäß dem Wunsch der Politik die Impfmöglichkeit für alle Einwohner*innen geöffnet. Die Regierung und der Privatsektor haben vor kurzem einen Impf-Anreiz geschaffen, indem sie wöchentliche Verlosungen anbieten. Derzeit gibt es keinen akuten Corona-Fall auf Vanuatu. (*Vanuatu Daily Post* 18.08, 23.08.21)

MoU mit China

Mitte September haben Vanuatu und die Volksrepublik China in der Hauptstadt Port Vila ein *Memorandum of Understanding* (MoU) zur Förderung des chinesischen Sprachunterrichts in Vanuatu unterzeichnet. Die Bildungsminister beider Länder einigten sich darauf, Chinesischunterricht bereits in den Grundschulen anzubieten. Dazu sollen Fachleute aus China in Vanuatu Lehrkräfte ausbilden und sie nicht nur die chinesische Sprache lehren, sondern ihnen auch Kultur und Tradition des chinesischen Volkes nahebringen. Diese Lehrkräfte sollen dann in Vanuatu als Multiplikator*innen arbeiten. Längerfristig sollen auch bisher genutzte vanuatische Schulbücher in die chinesische Sprache übersetzt werden.

Der chinesische Botschafter für Vanuatu, Zhou Haicheng, sagte bei der Unterzeichnung des MoU, die Einführung eines Chinesisch-Lehrplans an Vanuatus Schulen sei Bestandteil der neuen strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Staaten. China werde helfen, jede Menge chinesischsprachiger Schüler*innen zu generieren. Chinesisch sei die Sprache der Zukunft und werde jungen Ni-Vanuatus weltweit gute Berufsperspektiven verschaffen, so der Botschafter.

Der vanuatische Bildungsminister Samson Samsen erklärte, das

neue MoU sei ein weiterer Schritt in Richtung einer stabilen bilateralen Beziehung und eines guten kulturellen Austausches zwischen den beiden Staaten. (*Loop Vanuatu* 13.09.21)

Werbung für Impfung

Mit Radio-Songs, Musik-Videos, Comic-Heften und Fernsehspots wirbt die Regierung dafür, sich gegen Corona impfen zu lassen. Rund drei Monate nach Beginn der Impfkampagne sind über 50 % der erwachsenen Bevölkerung erstmals geimpft, 18 % sind doppelt geimpft.

Um die Impfquote zu steigern, hat die nationale Rundfunkanstalt das Lied „*Protektem yu, famili, komuniti mo fiuja blong Vanuatu*“ komponiert, das in der Sprache Bislama für die Impfung wirbt und im Radio mehrfach täglich abgespielt wird. Ein Comicheft über die Impfung richtet sich vor allem an Kinder und Analphabeten und soll spielerisch und ohne Worte über Corona und die Schutzimpfung aufklären.

In Gesundheits-Workshops in den einzelnen Provinzen werden Multiplikator*innen in Hygiene und Schutzmaßnahmen geschult. Bisher haben allein auf der Insel Santo 23 dieser Workshops mit rund 800 Teilnehmenden stattgefunden. Nach Angaben von Russel Tamata aus dem vanuatischen Gesundheitsministerium bieten Workshops in den Dörfern die beste Möglichkeit, Impfgegner von der Impfung zu überzeugen und Impfunwillige zu motivieren. Wenn bereits Geimpfte in den Workshops über ihre Erfahrungen berichteten und die Menschen sehen könnten, dass Geimpfte „ganz normale Menschen“ seien, erhöhe dies die Impfbereitschaft wesentlich besser als medizinische Aufklärungsbroschüren, so Tamata. Hinzu käme, dass die Workshops von den landesweit bekannten Mitgliedern des *Wan Smolbag Theaters* durchgeführt würden. Die Menschen kennen und schätzen die humorigen Theateraufführungen von *Wan Smolbag* und vertrauten dem Team, hieß es seitens der UNICEF, die sich sehr für die

Impfkampagne in Vanuatu engagiert.

Finanziert wurden die Workshops, die Comichefte und weitere Materialien durch die Asiatische Entwicklungshilfsbank ADB.

Info: Bis dato (15.09.21) waren vier Corona-Fälle aus Vanuatu bekannt, ein Mensch starb. Akut erkrankt ist derzeit niemand. Noch bis zum 26. September 2021 sind Flüge nach Vanuatu ausgesetzt. Bis zum 31. Dezember 2021 sind die Grenzen von Vanuatu für den internationalen Reiseverkehr/den Tourismus geschlossen. (*Loop Vanuatu 14.09.21; Johns Hopkins University Corona Map 15.09.21*)

Multifunktions-Sportplatz eröffnet

Der Minister für Jugend und Sport, Willie Saatearoto, hat Ende August in der Provinz Malampa einen Multifunktions-Sportplatz feierlich eingeweiht. Das Sportgelände wurde im Ort Lakatorum Malakula gebaut. An der Einweihung nahmen neben dem Sportminister auch zwei Parlamentarier teil. Sie alle begrüßten die neue Sportstätte für die Jugendlichen. Die Malampa-Provinz habe nun die Möglichkeit, junge Menschen in verschiedenen Sportarten auszubilden, das sei ein großer Gewinn für die ganze Gemeinschaft, so der Minister. (*Loop Vanuatu 23.08.21*)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Wiederwahl von Rock Wamytan als Parlamentspräsident - Wahl von Louis Mapou zum Regierungspräsidenten

Am 28. Juli 2021 ist der Kandidat der Unabhängigkeitsparteien, Rock Wamytan, als Parlamentspräsident Neukaledoniens wiedergewählt worden. Damit werden erstmals in der Geschichte des französischen Überseegebietes sowohl der Regierungspräsident als auch der Parlamentspräsident von Unabhängigkeitsvertretern gestellt.

Am 8. Juli konnten sich die elf Regierungsmitglieder nach fünf Monaten Hängepartie schließlich auf einen Präsidenten einigen. Louis Mapou (62 Jahre) von der Unabhängigkeitspartei Palika-UNI (*Parti de Libération Kanak - Union Nationale pour l'Indépendance*) wurde zum Präsidenten der 17. Regierung des Landes gewählt.

Er zählt zum linken Flügel der übergeordneten Unabhängigkeitsbewegung FLNKS (*Front de Libération National Kanak et Socialiste*) und unterstützt einen „industriellen Nationalismus“, d.h. eine Förderung des neukaledonischen Nickelsektors, um eine wirtschaftliche und politische Emanzipation von Frankreich zu erreichen. Nach einem Studium der Geographie in Nantes und Paris kehrte er nach Neukaledonien zurück und arbeitete in unterschiedlichen Verwaltungsfunktionen: Von 1998 bis 2005 für die ADRAF; die Agentur, die sich um Landrückgaben an indigene Kanak-Clans kümmert. Von 2005 bis 2014 war er für die Investmentgruppe SOFINOR, den wirtschaftlichen Arm der Nordprovinz, tätig. Später war er im Verwaltungsrat des französischen Bergbaukonzerns Eramet (in dem er bereits von 2001 bis 2014 saß). Er ist wie der charismatische Präsident der Nordprovinz, Paul Néaoutyine, von marxistischen Theorien beeinflusst.

Vizepräsidentin der neuen Regierung wurde Isabelle Champmoreau von der rechtsgerichteten Partei MPC (*Mouvement populaire calédonien*), die sich für einen Verbleib Neukaledoniens in der französischen Republik einsetzt. Außerdem gehören vier weitere Vertreter von rechtsgerichteten Parteien, die gegen die Unabhängigkeit sind, der Regierung an. Die Regierung komplementieren vier Vertreter von Unabhängigkeitsparteien und ein Vertreter der Partei „*Éveil Océanien*“, die die Wallisische und Futunische Bevölkerungsgruppe in Neukaledonien vertritt und der ebenfalls für Louis Mapou als Regierungspräsident gestimmt hatte.

Zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung wird die Vorbereitung des dritten Referendums über die politische Zukunft des Landes zählen. Die Bewohner des Überseegebietes sind am 12. Dezember 2021 zum dritten Mal innerhalb von drei Jahren zur Abstimmung aufgerufen. Dabei wird entschieden, ob Neukaledonien Teil Frankreichs bleibt (mit einem wahrscheinlich weitergehenden Autonomiestatus) oder zu einem souveränen Staat wird. (*Artikel von prof. Dr. Matthias Kowasch, Vorstandsvorsitzender Pazifik-Netzwerk, Graz.*)

Covid-19 Pandemie

Die Zahl der infizierten Personen in Neukaledonien ist Mitte September plötzlich explodiert. Insgesamt zählte das französische Überseegebiet am Abend des 14. September 2021 1.286 bestätigte Covid-Fälle seit dem 18.3.2020, dem Beginn der Pandemie.

Insgesamt 1.150 Covid-Fälle ereigneten sich jedoch ab dem 6. September 2021. Allein am 14. September waren innerhalb 24 Stunden 329 neue Infektionen hinzugekommen. Mittlerweile sind vier Menschen an Covid-19 nachweislich verstorben, allesamt im September 2021.

28,13 % der Gesamtbevölkerung Neukaledoniens sind zumindest einmal geimpft worden. Die Impfkampagne wird von der Regierung massiv vorangetrieben. Ärzte berichten im Fernsehen, dass die Impfung nicht nur wichtig, sondern lebensnotwendig sei. Auch der „*Sénat Coutumier*“, der indigene Kanak-Senat, welcher die Regierung Neukaledoniens in Fragen von indigenen Landrechten, kulturellem Erbe etc. berät, empfiehlt die Impfung. Um die Impfungen schneller durchführen zu können, suchen Krankenhäuser und Pflegestationen nach freiwilligen Ärzt*innen und Krankenpfleger*innen.

Der Regierungssprecher Yannick Slamet verglich die Situation in einem Interview sogar mit einem Kriegszustand. Er forderte die Neukaledonier*innen zur Solidarität auf. Bis zum 27. September gilt weiterhin zudem eine Ausgangs-

beschränkung. Von 21 Uhr abends bis 5 Uhr morgens darf das Haus nur aus wichtigen beruflichen Gründen und für medizinische Notfälle verlassen werden. Ob die Ausgangsbeschränkung verlängert wird, hänge von der medizinischen Situation ab, so Slamet. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsvorsitzendem Prof. Dr. Matthias Kowasch, Graz. 1ière <https://la1ere.francetvinfo.fr/>, 14.09.21)

MIKRONESIEN

Neue Kadetten vereidigt

Nördliche Marianen: 44 Kadetten haben im August die 26. Polizeiakademie des Ministeriums für öffentliche Sicherheit (DPS) der Nördlichen Marianen (CNMI) erfolgreich abgeschlossen. Erstmals gehörte zu den Kadetten auch eine Frau von der Insel Rota, die eine Ausbildung zur Beamtin für Naturschutz absolviert hatte.

Die Absolvent*innen der Polizeiakademie wurden von Joseph Camacho, dem stellvertretenden Richter des CNMI Superior Court, im Hotel „Saipan World Resort“ vereidigt. In der *Mount Carmel Cathedral* wurde eine Messe für die Absolvent*innen gefeiert.

Richter Camacho, ein ehemaliger Polizeibeamter und Absolvent der 8. Polizeiakademie des DPS, merkte an, dass es zu seiner Zeit nur 20 Kadetten gab und dass alle Männer gewesen seien.

Robert Guerrero vom Ministerium für öffentliche Sicherheit erklärte, dass die neuen Beamten, deren Ausbildung im April 2021 begonnen hatte, „ein Gewinn für die Polizeibehörde“ seien. „Wir befinden uns in einer Pandemie und wir planen, unseren Tourismus wieder zu öffnen, also brauchen wir mehr Beamte auf den Straßen und an strategischen Standorten“, sagte Guerrero. Er wies bei seiner Rede anlässlich der Vereidigung auch auf die erhöhte Sicherheit auf den Marianen hin. Dank sehr guter Polizeiarbeit sei die Quote von Verbrechen in den letzten vier Jahren merklich gesunken, so Guerrero. (*Guam Daily Post* 13.08.21)

US-Soldat*innen „testen“ potentiellen Standort

Palau: Nach Angaben des *National Security Office* von Palau verbringen rund 400 Soldat*innen der US-Armee (Luftwaffe, Marine und Armee) die Sommermonate „auf Probe“ in der mikronesischen Inselrepublik. Die Koordinatorin des *National Security Office*, Jennifer Anson, erklärte, die Soldat*innen führten vor Ort kleinere militärische Trainingseinheiten durch und stünden auch für humanitäre Hilfseinsätze zur Verfügung. Sie sagte, alle Soldat*innen müssten vor der Einreise nach Palau bereits doppelt gegen Corona geimpft sein.

Die Soldat*innen sind für ein Jahr in verschiedenen pazifischen Regionen im Einsatz. Aufgrund der Corona-Pandemie war ihr Einsatz in vielen Pazifikstaaten abgebrochen worden. Palau jedoch bot an, alle US-amerikanischen Soldat*innen aufzunehmen und ihnen ein militärisches Training zu ermöglichen.

Präsident Surangel Whipps Jr. hat bereits des Öfteren öffentlich den Wunsch geäußert, Palau zu einem Standort für eine US-amerikanische Militärbasis zu machen im Sinne einer wirtschaftlichen Diversifizierung. Sein Staat sei zu abhängig vom Tourismus, das habe Corona gezeigt. Er wolle andere Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten für die rund 22.000 Bewohner*innen Palaus schaffen, äußerte der Präsident.

Bei einem Besuch des ehemaligen US-amerikanischen Verteidigungsministers Mark Esper, hatte Whipps diesem eine handschriftliche diplomatische Note zukommen lassen, in der er um die Stationierung US-amerikanischer Truppen auf Palau sowie den Bau eines Militärstützpunktes bat. Präsident Whipps hatte auch um Unterstützung für die Überwachung der See innerhalb der exklusiven ökonomischen Zone gebeten, um illegale Fischtrawler aufzubringen. (*Palau Island Times* 08.06.21, *Marianas Variety* 15.06.21, *Marshall Islands Journal* 18.06.21)

Schüler*innen bekommen Lebensmittelkarten

Guam: Die Gesundheits- und Sozialbehörde von Guam (*Department of Public Health and Social Services*) hat mit Beginn des neuen Schuljahres Mitte August Lebensmittelkarten an Schüler*innen öffentlicher Schulen und deren Eltern verteilt. Insgesamt wurden 1.068 sogenannte P-EBT-Karten („Pandemiekarten“) an 583 Eltern und Erziehungsberechtigte ausgegeben. Jeder Haushalt erhielt also zwei Karten. Das vorübergehende Lebensmittelhilfeprogramm gilt für alle Schüler*innen, die im vergangenen Schuljahr an staatlichen Schulen eingeschrieben waren, aber aufgrund der Schließung der Schulen wegen der Corona-Pandemie keine mittägliche Schulspeisung erhielten.

Jede/r Schülerin erhält 1.243,32 US-Dollar an Nahrungsmittelhilfe, mit der die Schüler*innen Lebensmittel in Geschäften einkaufen können, die am „*Supplemental Nutritional Assistance Program*“ teilnehmen.

Info: Das Programm wird durch die „*Food and Nutrition Services*“ des US-Landwirtschaftsministeriums finanziert. (*The Guam Daily Post* 11.08.21)

Impfen und Ferien

Guam: Das Fremdenverkehrsamt von Guam (*Guam Visitors Bureau*) hat zum 6. Juli das Programm „*Air V&V Guam*“ in Kooperation mit dem Gesundheitsamt und der Hotellerie und Gastronomie aufgelegt. Die beiden „Vs“ im Namen stehen hier für Vaccination (Impfen) und Vacation (Ferien).

Dazu bietet die Tourismusbehörde Reisenden ein „Rundum-Sorglos-Paket“ an. Sie werden vom Flughafen abgeholt und in eines der beteiligten Hotels gebracht. Dort erwartet sie ein medizinischer Check-up inklusive eines Corona-Tests. Die Impfung mit einem mRNA-Impfstoff findet dann im modernen „Plaza Shopping Center“ statt. Anschließend können die

Reisenden ihren Urlaub im gebuchten Hotel verbringen, wo ihnen bei Bedarf ein Arzt zur Verfügung steht.

Die Impfung ist nur möglich, wenn die Impfwilligen in einem der beteiligten Hotels einchecken und dort 21 bzw. 28. Tage bis zur Zweitimpfung verbringen, bzw. rechtzeitig zur Zweitimpfung dort wieder einchecken.

Nach Angaben von Carl Gutierrez, dem Präsidenten des *Visitors Bureau*, läuft das „Air V&V“ äußerst erfolgreich. Bis 11. August hatten allein 3.000 Taiwanese*innen von dem neuen Angebot Gebrauch gemacht. (*Kuam News* 11.08.21, <https://www.visitguam.com/airvv/>)

U.S. Senat billigt Gelder

Guam: Der US-amerikanische Senat hat im August ein Infrastrukturgesetz in Höhe von einer Billion Dollar verabschiedet. Guam wird davon Millionen von Dollar an Unterstützung erhalten.

Der Gouverneur von Guam, Lou Leon Guerrero, und Vizegouverneur Josh Tenorio zeigten sich erfreut über die Verabschiedung des „Infrastructure Investment and Jobs Act“ im Senat.

Der Gesetzentwurf sieht Investitionen in Millionenhöhe für die Modernisierung und den Wiederaufbau der Autobahnen und Straßen, Brücken und den Hochwasserschutz vor. Außerdem sollen auf der Insel neue Breitband- und Cybersicherheitssysteme bereitgestellt werden.

„Der Gesetzentwurf sieht Mittel für die Instandsetzung unserer Straßen und Brücken vor und erkennt damit die wichtige Rolle an, die unsere Autobahnen und Straßen für unseren wirtschaftlichen Aufschwung spielen – insbesondere, wenn wir uns darauf konzentrieren, die Menschen wieder in Lohn und Brot zu bringen. Die Bestimmungen des Gesetzentwurfs zur finanziellen Unterstützung bei Überschwemmungen und zur Verringerung des Waldbrandrisikos werden benötigt, da Guam gegen die Kli-

makrise kämpft“, erklärte Vizegouverneur Tenorio.

(<https://www.pncguam.com/u-s-senate-passes-1-trillion-infrastructure-bill-guam-to-get-millions-of-dollars-in-aid/>)

Gelder für Klimawandelfolgen

Guam: Im Rahmen eines US-amerikanischen Bundesprogramms zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels erhält Guam sechs Millionen US-Dollar.

Der US-amerikanische Präsident Joe Biden bewilligte vor kurzem mehr als 3,46 Milliarden Dollar im Rahmen des „Hazard Mitigation Grant Program“ der *Federal Emergency Management Agency* für die Bekämpfung von Klimawandelfolgen in amerikanischen Überseegebieten.

Mit den Geldern sollen lokale Gemeinden ihre Schutzmaßnahmen gegen die Folgen des globalen Klimawandels ausbauen können.

„Während wir den Kampf gegen die Pandemie fortsetzen, dürfen wir die anhaltende Klimakrise nicht vergessen, insbesondere nicht für Inselgemeinden wie Guam“, sagte Gouverneur Lou Leon Guerrero, der darauf hinwies, dass Guam schon viele Super-Taifune überstanden habe. Der lokale Nationale Wetterdienst überwache die Region sehr genau und könne die Bevölkerung rechtzeitig warnen, so der Gouverneur. Es sei aber beruhigend zu wissen, dass neue Schutzmaßnahmen nicht an Geldmangel scheitern würden. (*The Guam Daily Post* 10.08.21)

Monat der Ernährung

Nauru: Im August beging Nauru den *Monat der gesunden Ernährung und des Stillens*. Zahlreiche Aktivitäten rund um gesunde Ernährung fanden statt, wie etwa Kochshows, Workshops über die Vermeidung von ‚Zivilisationskrankheiten‘ sowie medizinische Check-ups wie Messung von Blut-

druck, Gewicht und Größe.

Der Themen-Monat endete mit einem zweitägigen „Baby-Schönheitswettbewerb“. Kleinkinder zwischen 0 und 5 Jahren wurden einer Jury präsentiert. Dabei ging es nicht nur um die schönste Baby-Kleidung, sondern vor allem um Größe, Gewicht und Ernährungsgewohnheiten der Kleinstkinder. Ziel war es, noch mehr Mütter zum Stillen zu ermuntern. Deshalb fanden auch Workshops für stillende Mütter statt, in denen sie Tipps und Tricks zum gesunden Stillen bekamen.

Info: Laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO aus dem Jahr 2007 sind 27 % aller Männer auf Nauru übergewichtig. 50 % der Männer sind sogar adipös. 24 % der erwachsenen Frauen sind übergewichtig und 56 % adipös. Schwangere Frauen pflegen laut WHO einen ungesunden Ernährungsstil. Sie essen zwar viel Reis und Fisch, dazu aber viel zu viele zucker- und fetthaltige Fertig- und Dosengerichte.

Bei Kleinkindern unter fünf Jahren wurde ein Eisenmangel festgestellt. Außerdem beklagte die WHO die kurze Stillzeit von Säuglingen. Mütter stillten ihre Kinder ohne Beikost nur 3,3 Monate und begannen danach mit dem Zufüttern. Mit rund 18,6 Monaten waren die Kinder komplett abgestillt. (*Loop Pacific Nauru* 11.08.21, *Nauru DHS Report 2007 der WHO*)

MARSHALL-INSELN

Container aus Taiwan

Im Juli nahmen der taiwanesischen Botschafter für die Marshall-Inseln, Jeffrey S.C. Hsiao, und Mitarbeitende des Gesundheitsministeriums im Containerterminal im Hafen von Majuro sechs Container mit medizinischen Hilfsgütern in Empfang. Fast ein Jahr hat es gedauert, die Container zu medizinischen Einheiten umzurüsten. Das Besondere an den Containern: Sie wurden eigens im Namen der taiwanesisch-marshallesischen Freundschaft designt und bemalt. Die gelb angestrichenen Container zeigen am rechten Rand breite

Streifen aus den Farben der beiden Landesflaggen. Links am oberen Rand sind beide Flaggen aufgemalt sowie der Slogan „Love from Taiwan“.

Botschafter Hsiao erklärte, die Container sollten auch von außen ein Symbol der langjährigen Freundschaft darstellen.

Sie werden jetzt an mehreren Stellen auf der Insel aufgestellt, u.a. am Flughafen und vor dem Krankenhaus, und sollen als mobile Gesundheitsposten sowie Test- und Impfstationen dienen. Begeistert von diesen mobilen Gesundheitsstationen zeigte sich vor allem Dr. Robert Maddison, der ärztliche Direktor des staatlichen Krankenhauses in Majuro.

Gesundheitsminister Bruce Bilimon betonte die gute Zusammenarbeit zwischen Taiwan und den Marshall-Inseln bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Ende August werde Taiwan weitere drei Container für das Atoll Ebeye spenden, erklärte der Minister angesichts der feierlichen Ankunft der ersten sechs Container im Hafen. Diese drei Container sollen vor dem Krankenhaus von Ebeye aufgestellt werden und als mobile Labore zum Einsatz kommen.

(*Marshall Islands Journal* 23.07.21, <https://www.facebook.com/mofatmi/posts/rep-ublic-of-china-taiwan-donates-medical-containers-to-the-rmion-friday-16-july-1360097699096670/>)

Vorbereitung der Volkszählung im August

Zur Vorbereitung der Volkszählung ab dem 23. August haben Angestellte des *Economic Policy, Planning and Statistics Office* (EPPSO) der Marshall-Inseln damit begonnen, in der Stadt Majuro Hausnummern an den Häusern anzu-bringen. Dazu kleben die Angestellten gelbe Aufkleber mit der entsprechenden Hausnummer an den Türstock. Außerdem werden Listen mit der Anzahl der Häuser geschrieben. Ziel ist es, eine Übersicht darüber zu gewinnen, wie viele Haushalte es auf den Inseln gibt, um den Zensus entsprechend vorzubereiten zu können.

Bisher sind 20 sogenannte „Enumerators“ auf den Atollen Majuro und Ebeye im Einsatz. EPPSO-Direktor Fred deBrum rechnet damit, dass weitere 150 bis 200 Mitarbeitende angestellt werden müssen, um die Häuser auf den Außeninseln zu zählen. Zusätzlich zur Zahl der Häuser und Einwohner*innen soll zudem noch die Ausstattung der Häuser mit Wasser, Strom, Telefon und Internet erfasst werden.

Info: Für die 29 Atolle der Marshall-Inseln sind bisher 54.516 Menschen erfasst. Der Zensus soll nun aktuellere Zahlen liefern sowie auch Auskunft geben über die Altersstruktur der Bevölkerung. Der Fragebogen des Zensus umfasst in diesem Jahr 140 Fragen. De-Brum rechnet damit, dass die Volkszählung rund 14 Tage dauern wird. Die letzte Volkszählung fand regulär im Jahr 2011 statt. (*Marshall Islands Journal* 16.07., 23.07.21, <https://sdd.spc.int/mh/>)

Zertifikate zur Nahrungsmittelsicherheit

Unter Leitung der *Marshall Islands Marine Resource Authority* (MIMRA) haben 16 Teilnehmende erfolgreich einen zweimonatigen Online-Lehrgang zur Nahrungsmittelsicherheit abgeschlossen. Die erfolgreiche Teilnahme an diesem Kurs ermöglicht es den teilnehmenden Betrieben aus der Fisch-industrie und dem fischverarbeitenden Gewerbe, Fisch und Meeresfrüchte in die Europäische Union (EU) zu exportieren. Die EU ist einer der Hauptabnahmemärkte für Fisch und Meeresfrüchte aus den Marshall-Inseln.

Der Online-Kurs über ZOOM wurde durchgeführt von dem Portugiesen Helder Silva. Er ist Fachmann für Lebensmittelsicherheit, Qualitätsstandards und Lebensmittelprüfung. Finanziert wurde der Kurs durch das *Pacific Region Oceanscape Program* (PROP) der Weltbank.

Aufgrund niedriger Coronazahlen zum Zeitpunkt des Kursabschlusses war ein analoges Treffen im Bürogebäude der MIMRA in Delap

möglich. Hier erhielten die Teilnehmenden der MIMRA, von *Pan Pacific Foods* und von *Pacific International Inc.* ihre Zertifikate bei einer feierlichen Zeremonie aus den Händen von MIMRA-Direktor Glen Joseph. (*Marshall Islands Journal* 23.07.21)

UNDP fördert Schulzentrum

Aus Mitteln des Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) kann die *Majuro Cooperative School* mit Solarpanelen ausgestattet werden. In einem ersten Schritt soll das Gebäude der Grundschule mit seinen vier Klassenzimmern mit Solarenergie gespeist werden. Direktor Kenneth Fernando erklärte, mit dem erzeugten Solarstrom könnten Lampen, Klimaanlage, Ventilatoren sowie die Pumpen in den Sanitäranlagen betrieben werden, so dass man auch im Falle eines Ausfalls konventionellen Stroms weiter die Toiletten benutzen könne.

Die Solarpaneele sollen auf dem Dach der Grundschule angebracht werden.

Mit den UNDP-Geldern kann zudem eine Wasserentsalzungsanlage angeschafft werden. Mit dieser können täglich 114 Liter Wasser entsalzen werden. Damit kann die Schulgemeinschaft auch im Falle zukünftiger Trockenzeiten und Dürren zuverlässiger mit Trinkwasser versorgt werden, zeigte sich Fernando erfreut. Bislang mussten Schüler*innen und Lehrkräfte im Falle eines Stromausfalls nach Hause geschickt werden, weil die Pumpen für die Toilettenspülung dann ausfielen und es auch kein Trinkwasser auf dem Campus mehr gab.

Mit der Solaranlage und der Entsalzungsanlage könne der Schulalltag für die Schüler*innen in der Grund- und Mittelschule entscheidend verbessert werden, so der Direktor. Er begrüßte vor allem die Verringerung der Ausgaben für den Strom. Bislang habe man jährlich eine Stromrechnung in Höhe von über 30.000 US-Dollar gehabt, dieser Betrag dürfte sich nun verringern. (*Marshall Islands Journal* 16.07.21)

Erfolgreiche Akkreditierung

Die US-amerikanische *Accrediting Commission for Schools, Western Association of Schools and Colleges* (ACS-WASC) hat erstmals zwei Schulen auf dem Atoll Jaluit erfolgreich akkreditiert.

Die *Jabor Elementary School* (1. bis 8. Klasse) und die *Jaluit High School* (9. bis 12. Klasse) erhielten das Gütesiegel für die Qualität ihres Bildungsangebotes. Die Akkreditierung ist zunächst bis zum 30. Juni 2024 gültig, dann stehen die Schulen erneut auf dem Prüfstand.

Mit einer Akkreditierung von Schulen ermöglicht es die WASC, einen auch in den USA anerkannten Bildungsabschluss zu erwerben. Außerdem können die Schulabsolvent*innen der High School mit ihrem Abschluss dann weltweit an jeder englischsprachigen Universität studieren. Das WASC-Siegel sichert die Einhaltung des Lehrplans und spricht für die Qualität von Lehrpersonal und Inhalten.

Mit den beiden Schulen auf Jaluit gibt es nun insgesamt 11 WASC-zertifizierte Schulen auf den Marshall-Inseln.

Info: Jaluit gehört als Teil der Ralik-Kette zu den Außeninseln der Marshall-Inseln. Das Atoll besteht aus 91 Inseln, auf der Hauptinsel Jabor leben knapp 1.800 Menschen.

(Marshall Islands Journal 09.07.21, <https://www.acswasc.org/about/acs-wasc-overview/>)

KIRIBATI

Container-Labor für PCR-Tests

Ab sofort können in Kiribati auch PCR-Tests durchgeführt werden. Dafür wurde dem Staat ein Container-Labor nach Tarawa gebracht. Seit Ausbruch der Coronapandemie konnten in Kiribati mangels Kapazitäten und diagnostischem Material nur sogenannte Antigen-Schnelltests durchgeführt werden.

Möglich gemacht wurde die Einfuhr des Container-Labors durch die Zusammenarbeit zwischen der Regierung von Kiribati mit der *Pacific Community*, dem australischen Außen- und Handelsministerium sowie dem neuseeländischen *Pathology Training Centre*.

Bei der feierlichen Inbetriebnahme des Labors betonte Gesundheitsminister Dr. Tinte Itinteang, dass im Labor nicht nur Tests auf eine Corona-Infektion durchgeführt werden könnten, sondern auch andere Viruserkrankungen wie Zika, Masern oder Chikungunya erkannt werden könnten. Das sei ein großer Fortschritt in der Gesundheitsvorsorge für die I-Kiribati, betonte der Minister.

Mit dem Labor vor Ort spare man sich auch Zeit, denn die Proben müssten nicht mehr in andere Länder zur Auswertung geschickt werden.

Laborleiterin Rosemary Tekoaua erklärte, das neue Labor sei ein gutes Instrument zur Verbesserung der regierungseigenen Corona-Strategie.

Info: Der PCR-Test (auch Labortest genannt) ist der Goldstandard unter den Corona-Tests. Mittels PCR-Test kann in einer Probe aus den Schleimhäuten der Atemwege zuverlässig nachgewiesen werden, ob Erreger vorhanden sind. Der Test beruht auf der sogenannten Polymerase-Kettenreaktion. Dabei wird Erbmaterial des Virus vervielfältigt. Dadurch gelingt es, Viren nachzuweisen, auch wenn erst wenige Erreger vorhanden sind.

Sogenannte Antigen-Schnelltests funktionieren nach einem ähnlichen Prinzip wie Schwangerschaftstests. Die Schnelltests auf SARS-CoV-2 weisen bei einer Infektion bestimmte Eiweiße des Coronavirus SARS-CoV-2 in den Schleimhäuten der Atemwege nach, sind aber unzuverlässiger als die PCR-Tests. *(Pressemitteilung Pacific Community 05.08.21, www.infektionsschutz.de)*

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Spielerisch gegen Übergewicht

Wallis und Futuna: Ende Juli wurde in Wallis und Futuna das Projekt „*Numéris@nté*“ eingeführt. Es handelt sich hier um eine gemeinsame Initiative der *Pacific Community* (SPC) und des *Catholic Education Office* von Wallis und Futuna. Finanziert wird das Projekt vom australischen Außen- und Handelsministerium und dem *Fonds d'expérimentation pour la jeunesse* (Jugendhilfefonds).

Bei dem Programm geht es darum, digitale Lernprogramme einzusetzen, mit denen Kinder und Jugendliche sich spielerisch über die Folgen von Übergewicht sowie über gesunde Ernährung informieren können. Außerdem sollen die Nutzer*innen dieser digitalen Angebote zu mehr Sport und Bewegung angehalten werden.

Laut einer Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation WHO aus dem Jahr 2020 ist jeder neunte von zehn Bewohner*innen von Wallis und Futuna übergewichtig. Jeder fünfte von zehn Befragten bewegt sich zu wenig und/oder treibt gar keinen Sport.

Nach Angaben der WHO sind 75% aller Todesfälle im Pazifik auf vermeidbare Krankheiten wie etwa Übergewicht zurückzuführen. Deshalb sei es so wichtig, schon Kinder auf die gesundheitlichen Gefahren von Übergewicht hinzuweisen, erklärte Dr. Berlin Kafoa, Direktorin der Gesundheitsabteilung bei der SPC.

Zur Aufklärung und Bewusstseinsmachung wird nun auf Wallis und Futuna das Programm „*Beyond the Stars*“ eingesetzt. Das ist ein innovatives Programm zur Gesundheitserziehung, das Filme,

virtuelle Realität, Märchenbücher und interaktive Spiele kombiniert, um Schulkinder auf den Pazifikinseln zu gesunden Ernährungsgewohnheiten anzuregen. Das Programm läuft bereits erfolgreich in neun Schulen auf Fidschi und soll nach Wallis und Futuna noch in Französisch-Polynesien und Neukaledonien eingesetzt werden.

Info: Wallis und Futuna ist ein französisches Überseegebiet, das aus zwei zwischen Fidschi und Samoa gelegenen Inselgruppen besteht. Die Hauptstadt ist Mata-Utu auf Uvea. Das Gebiet besteht aus den drei seit 1961 anerkannten Königreichen Uvea, Sigave und Alo mit rund 12.000 Bewohner*innen. (Pressemittteilung SPC 29.07.21, Wikipedia, <https://s1t2.com/projects/beyond-the-stars>)

Tonga plant staatliche Universität

Tonga: Die tongaische Regierung hat den Willen bekundet, im Königreich eine staatliche Universität gründen zu wollen. Bis dato gibt es in Tonga nur zwei private Universitäten, die *Atenisi University* und die *Christ's University in Pacific*.

Es wird erwartet, dass das Parlament des Königreichs noch im Laufe des August einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der die Einzelheiten der neuen Universität regelt. Die Öffentlichkeit hatte bis zum 18. August Zeit, sich zum Gesetzesentwurf „Tonga University Bill 2021“ zu äußern.

Die Universität soll verschiedene Einrichtungen unter ihrem Dach vereinen, darunter das *Tonga Institute of Education*, das *Tonga Institute of Higher Education*, das *Tonga Institute of Science and Technology*, das *Tonga Maritime Polytech Institute*, das *Queen Salote Institute of Nursing and Allied Health* sowie das *Tonga Police College*.

Die Uni soll akademische, technische und berufliche Programme und Qualifikationen von der Zertifikats- bis zur Post-Doktoratsstufe anbieten.

Die Pläne zur Eröffnung einer Uni stießen vor allem bei jungen tongaischen Studierenden auf Begeisterung. In Interviews mit Medien berichteten sie von den großen finanziellen und logistischen Schwierigkeiten, mit denen sie bei ihrem Studium auf anderen pazifischen Inseln konfrontiert waren. (*Te Waha Nui* 18.08.21)

Todesstrafe für Drogenhändler?

Tonga: Die tongaische Legislative befasst sich derzeit mit einem Zusatz zum Gesetzentwurf zur Kontrolle illegaler Drogen 2021 (*Illicit Drugs Control Amendment Bill*), der vom Parlamentspräsidenten Lord Fakafanua als Privatperson eingebracht wurde.

Er fordert eine obligatorische Todesstrafe für Straftäter, die mit fünf Kilogramm oder mehr einer Droge der sogenannten „Klasse A“ handeln (z.B. Heroin, Kokain, LSD und Crystal Meth).

Fakafanua erklärte seinen Antrag damit, dass „*Drogendelikte in Tonga in alarmierendem Ausmaß zunehmen*“. 12 % aller Gefängnisinsassen in Tonga sitzen wegen illegaler Drogengeschäfte ein. Wiederum die Hälfte dieser Insassen muss aufgrund starker Psychosen in die Psychiatrie eingewiesen werden.

Mehrere andere Gesetze, die darauf abzielen, das Drogenproblem in Tonga in den Griff zu bekommen, wurden im August dem Parlament vorgelegt.

Dazu gehören das Gesetz über berauschende Substanzen (*Intoxicating Substances Bill 2021*) und das *Gesetz über therapeutische Güter* (Amendment) 2021.

Info: In Tonga ist die Todesstrafe legal. Sie wurde jedoch seit 1982 nicht mehr verhängt. (*Radio NZ Intern.* 16.08.21)

Segelreise auf dem vaka

Cook-Inseln: Eine Gruppe junger Menschen segelt derzeit auf einem traditionellen *vaka* (Großsegler-

Katamaran ohne Motorantrieb) zu allen 15 Inseln der Cook-Inseln. Auf der „*Marumaru Atua*“ orientieren sich die Jugendlichen nur anhand der Wellenbewegungen, des Windes und der Sterne, um nachvollziehen zu können, wie ihre Vorfahren den Pazifik besiedelt haben. Die wechselnden Crews wollen zunächst die nördliche Inselkette befahren und anschließend die südliche Inselkette.

Eine Teilnehmerin der Segelreise beschrieb ihre Gefühle auf dem *vaka*, das ohne jede Technik auskommt, wie folgt: „*I have the feeling that our guardians are watching over us.*“ (*Radio NZ Intern.* 16.08.21)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Starker Anstieg an Corona-Infektionen

Frz.-Polynesien: In Französisch-Polynesien mangelt es an Sauerstoff, Intensivbetten und Platz in den Leichenhallen. Vincent Simon, Chef der Notärztevereinigung, erklärte, die meisten Patienten versterben bereits mangels Sauerstoff im Rettungswagen auf dem Weg in das Krankenhaus.

Derzeit (Mitte September) hat das französische Überseegebiet eine Inzidenz von 2.800, d.h. 2.800 Menschen auf 100.000 Einwohner*innen sind an COVID-19 erkrankt. Es ist die höchste Inzidenz, die jemals ein französisches Gebiet hatte.

Insgesamt sind 43.711 Erkrankungen gemeldet.

Die gesundheitliche Situation ist dermaßen schlecht, dass Frz.-Polynesien Mitte September die Testungen eingestellt hat. Das gesamte medizinische Personal würde für die Versorgung der Kranken auf den Intensivstationen gebraucht, für Tests blieben keine Zeit und keine Ressourcen mehr, hieß es in einem dramatischen Hilferuf der überlasteten Gesundheitsbehörden in Pape'ete, der Hauptstadt des Überseeterritori-

ums auf der Insel Tahiti.

Die meisten der bisher 551 Virus-toten starben in den letzten Wochen. Als Grund für den rasanten Anstieg der Infektionen nennen die Behörden die gesundheitlichen Vorbelastungen der rund 297.000 Einwohner*innen wie Übergewicht und Diabetes, aber auch die Öffnung des Landes für den Tourismus im Frühsommer des Jahres.

Tony Tekuataoa, der Leiter der Notaufnahme des staatlichen Krankenhauses in Pape'ete, wandte sich mit der Bitte um Unterstützung an die internationalen Medien. Es mangle an allem. 55 Personen müssten derzeit auf Intensivstationen behandelt werden, weitere 330 Personen lägen auf Normalstationen. Das sei weit über der Aufnahmekapazität der Krankenhäuser.

Tekuataoa kritisierte das französische Mutterland stark. Man habe nur zehn Krankenschwestern aus Frankreich „ausgeliehen“ bekommen, die französischen Karibikstaaten hätten wesentlich mehr personelle Unterstützung erhalten.

Mit 15 bis 20 Todesfällen pro Tag seien die wenigen Bestattungsunternehmen auf den 118 Inseln des Archipels überlastet. Beerdigungen könnten nicht mehr würdevoll durchgeführt werden, mangels Zeit und Personal, hieß es.

Info: Bisher sind erst 38 % der Bevölkerung doppelt geimpft, und dies rund acht Monate nach Beginn der Impfkampagne. 50 % der Bevölkerung haben immerhin schon die erste Impfdosis erhalten. Bis zum 15. September wurden 221.629 Impfdosen verabreicht. (*South China Morning Post* 05.09.21, <https://covid19.who.int/region/wpro/country/pf>)

Corona-freie Insel

Pitcairn: Als eines der letzten Länder weltweit ist die isoliert gelegene Insel Pitcairn bislang vom Coronavirus verschont geblieben. 86 % der Bevölkerung (47 Menschen) sind bereits doppelt geimpft. Pitcairn hatte gleich zu Beginn der Pandemie seine Grenzen geschlossen, um die Bevölkerung vor dem Eintrag des Virus zu

schützen. Der älteste Bewohner der Insel ist 93 Jahre alt.

Es wurde jedoch eine „Reiseblase“ zu Neuseeland aufgenommen. Die Bewohner*innen können die rund zweiwöchige Schiffsreise nach Neuseeland antreten, um dort medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen oder um Familienangehörige zu besuchen.

Das sei aber eigentlich nie vorgekommen, erzählt Charlene Warren, die Bürgermeisterin. Die Einwohner*innen von Pitcairn hätten unter den Einschränkungen der Coronapandemie wie der eingeschränkten Reisemöglichkeit oder dem Maskengebot überhaupt nicht gelitten. Eine Maske würde niemand auf der Insel tragen, das sei nicht nötig. Sie seien es auch gewohnt, monatelang ohne Kontakt zur Außenwelt auf der Insel zu leben. Allerdings fehle den Bewohner*innen der Kontakt zu Tourist*innen, beklagte sich Warren. Es sei immer so erfrischend und nett, wenn sie neue Leute kennenlernen könnten und mal jemanden zum Quatschen hätten, so die Bürgermeisterin, die als Erste mit dem Impfstoff von AstraZeneca geimpft worden war. Da hatten die Impfdosen bereits eine abenteuerliche Reise hinter sich: Es bedurfte dreier Flüge, einer Autofahrt, einer zweiwöchigen Seereise durch die rauen Gewässer des Südpazifiks und eines schnellen Transfers in einem Beiboot, um die Impfdosen sicher nach Pitcairn zu bringen.

Die Impfstoffe während der gesamten Reise auf der richtigen Temperatur zu halten, machte den Transport noch komplizierter, da die Besatzungen zwischen den Transfers mit den einzelnen Transportmitteln um die Wette laufen mussten, bevor die Kühlkette zusammenbrach.

Info: Pitcairn ist die Hauptinsel der Pitcairnsinseln und liegt etwa 5.000 km von Neuseeland und rund 5.400 km von Südamerika entfernt mitten im östlichen Pazifik. Sie ist die einzige bewohnte Insel des Archipels. Weitere Inseln der Gruppe sind Oeno mit dem dazugehörigen winzigen Sandy Island, Henderson und das Atoll Ducie. Pitcairn wurde am 2. Juli 1767 von

dem Seekadetten Robert Pitcairn entdeckt und ist seit 1838 britisches Überseegebiet. Die Pitcairnsinseln sind die letzte britische Kolonie im Pazifik. (*ABC News* 07.08.21, *Wikipedia*)

Ex-Bürgermeister wegen Nacktheit vor Gericht

Pitcairn: Der Antrag auf „Versöhnung“ (reconciliation) des früheren Bürgermeisters (2008 bis 2013) der Insel Pitcairn, der wegen öffentlicher Unsittlichkeit angeklagt ist, wurde kürzlich abgelehnt.

Michael Calvert Warren (Jahrgang 1964) erschien Mitte August vor dem *Pitcairn Magistrates' Court*, wo er sich mit drei Anklagen wegen öffentlicher Unsittlichkeit konfrontiert sah.

Warren hat alle drei Vorwürfe bestritten und muss sich nun im September vor dem Inselrichter Simon Young und drei Beisitzern, die aus den 47 Einwohnern der Insel ausgewählt wurden, verantworten. Der Anwalt von Warren, Dr. Tony Ellis, der über eine Videokonferenz aus Neuseeland zugeschaltet worden war, forderte den Richter auf, die Anklage abzuweisen, sich dafür zu entschuldigen, dass die Anklage überhaupt erhoben wurde, und eine Empfehlung an den Generalstaatsanwalt der Insel zu richten, einen FFK-Bereich zu bestimmten Tageszeiten an bestimmten Strandabschnitten einzurichten. Der Magistrat lehnte es jedoch kategorisch ab, die Frage eines FFK-Bereichs an den Generalstaatsanwalt der Insel zu verweisen.

„Die Verteidigung vertritt den Standpunkt, dass Herr Warren das Recht hat, auf der Insel nackt herumzulaufen“, sagte Anwalt Dr. Ellis und bezog sich dabei auf die europäischen Menschenrechtsgesetze und das Gesetz von Pitcairn, das die Meinungsfreiheit schützt.

Info: Dem ehemaligen Bürgermeister von Pitcairn wird vorgeworfen, zwischen Januar und Juni 2020 dreimal nackt über die Hauptinsel Pitcairn gelaufen zu sein. Dabei

war der nackte Spaziergänger von mehreren Personen gesichtet worden, die Anklage wegen unsittlichen Verhaltens in der Öffentlichkeit erhoben hatten.

In der Vergangenheit war Warren mehrfach wegen unerlaubten Besitzes von Kinder-pornographischem Material angeklagt und zu einer Haftstrafe von 20 Monaten verurteilt worden. (*Stuff NZ 03.08.21, Wikipedia*)

Drohnen erkennen Frischwasserquellen

Rapa Nui: Robert DiNapoli, Postdoktorand in Umweltstudien und Anthropologie; Carl Lipo, Professor für Anthropologie und Umweltstudien; Timothy De Smet, Leiter des Labors für Geophysik und Fernerkundung, sowie Terry L. Hunt von der Universität von Arizona (USA) haben vor kurzem die Wirksamkeit von Wärmebilddrohnen bei der Erkennung der Lage von küstennahen Frischwasser-Quellen auf der Osterinsel (Rapa Nui) nachgewiesen. Die Ergebnisse ihres Pilotprojekts „Thermal imaging shows submarine groundwater discharge plumes associated with ancient settlements on Rapa Nui (Easter Island, Chile)“ wurden am 28. Juni in der Zeitschrift *„Remote Sensing“* veröffentlicht.

Aufgrund einer geologischen Besonderheit sinkt das Regenwasser auf der Insel sofort durch das poröse Grundgestein nach unten, wo es eine unterirdische Wasserleitung speist, erklärte Robert DiNapoli die Forschungsarbeiten seiner Wissenschaftler-Kollegen. Dieses Süßwasser tritt an Stellen an der Pazifikküste aus, die als „Küstensickerquellen“ bekannt sind. *„An einigen dieser Stellen an der Küste fließt so viel Wasser aus den Quellen, dass es im Grunde frisch ist. Es ist etwas salzig, aber nicht ungenießbar salzig“*, erklärte DiNapoli das Phänomen. Es führt zu der Besonderheit, dass Menschen und Tiere auf Rapa Nui quasi „Meerwasser“ trinken können, wenn sie die richtige Stelle an der Küste kennen.

Die Inselbewohner*innen pumpen heute immer noch Wasser direkt

aus diesen Süßwasserstellen im Meer und nutzen es zur Bewässerung ihrer Pflanzen und zur Versorgung ihres Viehs.

Es ist jedoch unmöglich, Satellitenbilder zu verwenden, um diese Süßwasserquellen auf Rapa Nui zu identifizieren, da die Pixelgrößen zu groß sind, um die küstennahen Quellen im Detail zu erfassen, erklärte DiNapoli. Deshalb testeten die Wissenschaftler die Möglichkeit, diese Trinkwasserquellen mit Drohnen zu entdecken. Eine Drohne fliegt in geringerer Höhe und kann hochauflösendere Bilder aufnehmen.

Wärmebilddrohnen waren zuvor bereits auf Hawai'i eingesetzt worden, um die dortigen Sickerquellen an der Küste zu untersuchen. Lipo und DiNapoli wussten jedoch nicht, ob diese Technologie auch auf Rapa Nui funktionieren würde, wo die Süßwasserstellen viel kleiner sind. Das konnten sie nun mit ihrem Pilotprojekt erfolgreich nachweisen.

In ihren Forschungsarbeiten untersuchen Lipo und DiNapoli die Art und Weise, wie die Ureinwohner*innen der Insel diese Quellen nutzen konnten, da Rapa Nui bereits in der Vergangenheit vielfach unter langen Dürreperioden litt. Sie fanden heraus, dass die Rapa Nui nicht nur Regenwasser sammelten, sondern auch beckenartige Brunnen (*Puna*) bauten, die den Wasserstrom aus dem Grundwasserleiter abfangen, bevor er das Meer erreicht. Sie errichteten auch Unterwasserdämme im Meer, um zu verhindern, dass sich das Meerwasser mit dem Süßwasser an den Quellen vermischt.

Bei früheren Forschungen auf der Insel hatten die Wissenschaftler bereits festgestellt, dass die steinernen Moais eng mit der Lage der Süßwasservorkommen korrelieren. Die Wissenschaftler wollen nun in einem weiteren, von *National Geographic* finanzierten, Forschungsprojekt die Lage aller Küstensickerquellen auf der Insel ermitteln. Dazu wollen sie die Wärmebilddrohnen einsetzen.

(<https://www.binghamton.edu/news/site/category/science-technology> 19.08.21, <https://www.mdpi.com/2072-4292/13/13/2531>)

HAWAI'I

Dürren, Waldbrände und Erdrutsche

Nach Angaben des Nationalen Wetterdienstes von Hawai'i (*National Weather Service*) leiden derzeit mehrere Regionen auf der Insel *Big Island* an extremen und besonders langanhaltenden Dürreperioden. Wegen der überdurchschnittlich heißen Tagestemperaturen kam es in einigen Gebieten auch zu Waldbränden. So wurde z.B. im Distrikt South Kohala eine 40.000 Quadratmeter große Waldfläche zerstört.

Da sich die Dürreregionen immer weiter ins Landesinnere ausbreiten, hat das US-amerikanische Landwirtschaftsministerium am 28. Juni den Notstand ausgerufen und *Big Island* zum Katastrophengebiet erklärt. Damit können von Dürre und Ernteausfall betroffene Landwirte staatliche Hilfen beantragen.

In Waikii fielen im Monat Juli nur 2 cm Regen, etwas weniger als die Hälfte der üblichen Niederschlagsmenge von 4,3 cm.

Das stets trockene Waikoloa an der Südküste von Kohala war sogar noch ausgedorrter als sonst und verzeichnete mit 0,7 cm Regen nur zwei Drittel der üblichen Juli-Niederschlagsmenge. Und in Puuanahulu im Distrikt North Kona fielen nur 2,8 cm Regen, rund 55% des Juli-Durchschnitts der vorherigen Jahre.

Doch nicht die gesamte *Big Island* ist von der Dürre betroffen. Der Kaffeegürtel von Kona, der - im Gegensatz zum Rest des Bundesstaates - seine Regenzeit im Sommer erlebt, hat weiterhin einen überdurchschnittlich nassen Sommer, wobei alle vier offiziellen Regenmessstationen für den Juli überdurchschnittliche Niederschlagsmengen gemessen haben. So wurde beispielsweise der Distrikt Waiaha mit 36 cm Regen überschwemmt, fast dreimal so viel Niederschlag wie gewöhnlich. Und Kealakekua und Honaunau verzeichneten mehr als das 1,5-fache der durchschnittlichen Niederschlagsmenge im Juli.

Die übermäßigen Regenfälle führten in den betroffenen Regionen auch zu Hangabrutschen und Schlammlawinen.

Auch die Insel Maui ist in diesem Sommer stärker von Dürre betroffen als in den Vorjahren.

Info: Die Daten über Dürreperioden werden vom *U.S. Drought Monitor* erfasst. Dieser wurde im Jahr 2000 eingeführt. Seit 2000 dauerte die längste Dürreperiode (Kategorien von D0 bis D4) auf Hawai'i 388 Wochen, beginnend am 22. April 2008 und endend am 22. September 2015. Die intensivste Dürreperiode trat in der Woche vom 9. März 2010 auf, als die Stufe D4 6,59 % der Fläche Hawai'is betraf.

Im August 2021 sind 79,9 % der Fläche aller acht hawaiianischen Inseln in der Kategorie D0 „abnormally dry“. 44,7 % sind in der Stufe D1 („moderate drought“). In der Stufe D2 („severe drought“) sind derzeit 20,6 %. Die höchsten Warn-Stufen D3 („extreme drought“, 1,5 %) und D4 („exceptional drought“, 0,00 %) sind noch nicht eingetroffen.

(<https://www.wbur.org/hereandnow/2021/08/11/hawaii-drought-fires>, *Hawaii Tribune Herald* 0.08.21, <https://hfbf.org/drought-in-hawaii/>, <https://www.drought.gov/states/hawaii/>)

Infrastruktur durch Klimawandel bedroht

Einem Bericht des Verkehrsministeriums zufolge sind die meisten Straßen und Brücken in Hawai'i durch Naturkatastrophen und den Klimawandel bedroht.

Laut der Studie sind fast 60 % der Straßen und über 75 % der Brücken in Hawai'i durch Erdbeben, Küstenerosion, den Anstieg des Meeresspiegels, Sturmfluten, Tsunamis und Waldbrände gefährdet, wie die englischsprachige Tageszeitung *Honolulu Star-Advertiser* Mitte August berichtete. Nach Angaben der Behörden sind Felsstürze und Erdbeben das größte Problem für den Zustand der Infrastruktur. 15 % aller Durchlässe und alle sechs großen Autobahntunnel sind extrem gefährdet durch die Folgen des Klimawandels, heißt es in dem Bericht.

dels, heißt es in dem Bericht.

Anhand historischer Daten und Klimaprojektionen wurden mehr als 900 Meilen staatlicher Straßen, darunter fast 400 Brücken und sechs Tunnel, bewertet.

Ed Sniffen, der Vize-Direktor der Abteilung „Autobahnen“ beim *Department of Transportation*, erklärte, der Staat müsse widerstandsfähiger und anpassungsfähiger werden und sich mit den Risiken des Klimawandels für das Autobahnnetz befassen. (*US News* 09.08.21)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Mehr Frauen in IT-Branche

Das *Dream Collective*, ein 2012 gegründetes globales Beratungsunternehmen für Vielfalt, Gleichberechtigung und Integration, hat im August in Zusammenarbeit mit *Amazon Web Services (AWS)* das Programm „*SheDares*“ in Neuseeland eingeführt.

„*SheDares*“ ist ein kostenloses, interaktives Online-Lernprogramm, das berufstätige Frauen inspirieren soll, eine Karriere in der Technologiebranche in Betracht zu ziehen und ihnen den Weg dorthin aufzeigen soll.

Zuvor hatte das *Dream Collective* in einer Studie herauszufinden versucht, was genau Frauen davon abhält, einen Beruf in der Technologiebranche zu ergreifen. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass Frauen das hohe Niveau an Fachwissen fürchten, dass sie nicht wissen, wo sie mit der Erkundung von Karrierewegen in der Technologiebranche beginnen sollen und dass es an sichtbaren weiblichen Vorbildern fehlt. Deshalb entwickelte das *Dream Collective* das Programm „*SheDares*“.

Dieses kostenlose Programm umfasst vier 45-minütige Online-Module zum Selbststudium. Die Module enthalten praktische Ratschläge für den Einstieg in die Technologiebranche, Arbeitsblätter zur Anwendung des Gelernten, ein

Quiz zu den beruflichen Fähigkeiten und Interviews mit Frauen, die darüber berichten, wie sie erfolgreich in die Technologiebranche gewechselt haben.

Haren Samarasekera, Leiter der Abteilung für kleine und mittelständische Unternehmen bei *Amazon Web Services* in Neuseeland, sagte: „*In Neuseeland herrscht derzeit ein großer Mangel an technischen Fachkräften, und AWS trägt dazu bei, dieses Problem zu lösen, indem es eine Reihe von Schulungsprogrammen anbietet. [...] Indem wir Frauen durch das SheDares-Programm ermutigen, eine Karriere im technischen Bereich in Betracht zu ziehen, wollen wir dazu beitragen, die Vielfalt in den digitalen Belegschaften Neuseelands zu erhöhen, die digitale Qualifikationslücke zu schließen und die Widerstandsfähigkeit unserer Volkswirtschaften zu stärken.*“

Hintergrund: Die Ergebnisse eines neuen Forschungsberichts mit dem Titel „Digital Skills Aotearoa: Digital Skills for our Digital Future“, der vom neuseeländischen Ministerium für Wirtschaft, Innovation und Beschäftigung in Zusammenarbeit mit der *New Zealand Tech Alliance* in Auftrag gegeben wurde, zeigt, dass Neuseeland jedes Jahr 4.000 bis 5.000 neue Fachkräfte für digitale Technologien benötigt. Bisher sind nur 27 % der neuseeländischen IT-Fachkräfte Frauen.

(*Scoop News* 11.08.21, <https://www.thedreamcollective.com.au/>)

Weniger Emissionen durch Lockdowns

Nach Angaben des neuseeländischen Statistikamtes (*Stats NZ*) sind die neuseeländischen Treibhausgasemissionen 2021 bis zum Monat März um 4,5 Prozent gesunken - der niedrigste Stand seit sieben Jahren.

Das Ministerium erklärte, das Jahr sei von bedeutenden Umwälzungen in Wirtschaft und Gesellschaft geprägt gewesen, die sich auch auf die Emissionen ausgewirkt hätten.

Die neuseeländische Wirtschaft stieß bis zum März 2021 80.552

Kilotonnen Treibhausgase aus, 4,5 Prozent weniger als der Höchstwert von 84.367 Kilotonnen im März des Vorjahres.

Das Bruttoinlandsprodukt sank bis März 2021 um 2,3 %, was auch die Auswirkungen der Corona-Beschränkungen widerspiegelt.

Nur zwei Wirtschaftszweige verzeichneten im Laufe des Jahres einen Anstieg der Emissionen: Die Strom-, Gas-, Wasser- und Abfalldienstleistungen stiegen um 13% und 2.) die Dienstleistungen ohne Verkehr, Post und Lagerhaltung stiegen um 0,3 %.

Im Juni 2020 war der bisher größte Rückgang der Emissionen zu verzeichnen, nämlich um 7,6 Prozent, was auf eine Kombination aus Lockdown und Grenzbeschränkungen zurückzuführen war, hieß es aus dem Statistikamt.

(<https://www.newstalkzb.co.nz/news/national/covid-restrictions-help-drive-nz-greenhouse-gas-emissions-down-4-5/11.08.21>)

Fidschi und Indonesien sind Hochrisikogebiete

Neuseeland hat am 11. August Indonesien und Fidschi aufgrund der steigenden Zahl von COVID-19-Fällen als Länder mit sehr hohem Risiko („Hochrisikogebiet“) eingestuft und Reisebeschränkungen für diese beiden Länder erlassen.

Reisen aus Indonesien und Fidschi nach Neuseeland werden auf neuseeländische Staatsbürger, deren Partner und Kinder sowie Eltern von unterhaltsberechtigten Kindern, die neuseeländische Staatsbürger sind, beschränkt, erklärte der für die neuseeländische COVID-19-Strategie zuständige Minister Chris Hipkins.

Andere Reisende, einschließlich in Neuseeland ansässiger Personen, müssen sich 14 Tage außerhalb Indonesiens aufhalten, bevor sie nach Neuseeland einreisen können, sagte Hipkins. (*The Fiji Times* 11.08.21,

<https://www.immigration.govt.nz/about-us/covid-19/border-closures-and-exceptions>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Überarbeitetes Gesetz zur Sonderautonomie verabschiedet

Indonesien: Ein Ausschuss des indonesischen Parlaments zur Überarbeitung des Sonderautonomiegesetzes für Papua hat die Fertigstellung des neuen Gesetzesentwurfs bekannt gegeben. Der Vorsitzende des Ausschusses, Komarudin Watubun, erklärte am 12. Juli 2021 in Jakarta, dass das überarbeitete Sonderautonomiegesetz (RUU Otsus) fertig sei. Der Gesetzesentwurf schlägt 19 Änderungen am jetzigen Sonderautonomiegesetz vor und wurde am 15. Juli 2021 vom indonesischen Parlament verabschiedet. Die Änderungen zu den Artikeln 1, 34 und 75 wurden von der indonesischen Regierung vorgeschlagen. Vor allem die Revision von Artikeln über die Vergabe von Sonderautonomiegeldern und die Bildung neuer Autonomieregionen hatte zuvor für hitzige Diskussionen und öffentliche Empörung in Westpapua gesorgt.

Artikel 34 des Gesetzesentwurfs legt einen neuen gesetzlichen Zeitrahmen für die Verteilung von Sonderautonomiegeldern bis zum Jahr 2041 fest. Darüber hinaus sieht der Gesetzesentwurf eine Erhöhung der Mittel für die besondere Autonomie von 2 % auf 2,25 % des nationalen allgemeinen Zuteilungsfonds vor und legt fest, dass 1,25 % der nationalen Mittel für Bildung, Gesundheit und die wirtschaftliche Stärkung der indigenen Papuas verwendet werden müssen (RUU Otsus, Artikel 34(3)e). Mindestens 30 % dieses Fonds sollen für die Entwicklung des Bildungswesens und mindestens 20 % für die Verbesserung des Gesundheitssystems verwendet werden.

Artikel 36 RUU Otsus enthält weitere Vorgaben für die Verwendung des Sonderautonomiefonds. Die Provinzregierungen in Westpapua sollen die Sonderautonomiegelder

zu 35 % für Bildung, zu 25 % für das Gesundheitswesen, zu 30 % für den Ausbau der Infrastruktur und zu 10 % für die Stärkung indigener Gemeinschaften nutzen. Derzeit beinhaltet Artikel 36 des Sonderautonomiegesetzes nur Vorgaben für den Gesundheitssektor (15 %) und den Bildungssektor (30 %).

Artikel 76 des Sonderautonomiegesetzes schreibt vor, dass die Bildung neuer Autonomiegebiete in Westpapua nur mit Zustimmung des Volksrates der Provinz 'Papua' (MRP) und der Provinzparlamente in Papua und Papua Barat erfolgen könne. Im neuen Gesetzesentwurf dürfen neue Sonderautonomieregionen in Zukunft auch durch die indonesische Regierung und das nationale Parlament gegründet werden (RUU Otsus, Artikel 76 (2)). Artikel 76 RUU sorgt somit für eine klare Machtverlagerung zugunsten der Zentralregierung und nimmt dem MRP und den Provinzregierungen die Möglichkeit, die Bildung neuer Provinzen und Landkreise selbstbestimmt zu gestalten.

Darüber hinaus wurden die Paragraphen 1 und 2 des Artikel 28 des Sonderautonomiegesetzes bezüglich der Gründung lokaler Parteien und deren Teilnahme an öffentlichen Wahlen aus dem neuen Gesetzesentwurf gestrichen (UU Otsus, Artikel 28, Paragraphen 1 & 2).

Am 17. Juni 2021 hatten die Volksräte der Provinzen Papua und Papua Barat Klage beim indonesischen Verfassungsgericht mit der Begründung eingereicht, dass die indonesische Regierung mit der Überarbeitung des Sonderautonomiegesetzes unter Ausschluss der Papua Volksräte die rechtlichen Vorgaben verletzt habe. Das Verfassungsgericht hat das Verfahren wegen der wachsenden Zahl an Covid-19-Infektionen in Indonesien auf unbestimmte Zeit vertagt. Der MRP forderte das indonesische Parlament auf, weitere Debatten zur Verabschiedung des Gesetzesentwurfs einzustellen, solange das Verfassungsgericht noch nicht zu einer Entscheidung gekommen ist. (*Westpapua-Netzwerk online* 28.07.21)

NGO-Studie belegt wirtschaftliche Interessen hinter illegalen Militäroperationen in Intan Jaya

Indonesien: In den letzten drei Jahren kam es zu einer nicht enden wollenden illegalen Stationierung indonesischer Streitkräfte im zentralen Hochland von Papua, das international als Westpapua bekannt ist, was zu einem eskalierenden bewaffneten Konflikt zwischen dem Militär und der *Nationalen Befreiungsarmee Westpapas* (TPNPB) sowie zu Gewalt gegen die Zivilbevölkerung geführt hat. Eine geografische Analyse zeigt, wo sich Militär- und Polizeiposten um die Bergbaugebiete herum befinden, deren Konzessionen mit den Generälen in Verbindung gebracht werden.

Eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), bestehend aus der *Indonesian Legal Aid Foundation* (YLBHI), dem *Indonesian Forum for the Environment* (WALHI), *WALHI Papua*, *Pusaka Bentala Rakyat*, der *Papua Legal Aid Foundation* (LBH Papua), der *Commission for Missing Persons and Victims of Violence* (KontraS), *Greenpeace Indonesia*, dem *Mining Advocacy Network* (JATAM) und *Trend Asia*, hat vor kurzem ihre Studie veröffentlicht, die die Beziehungen zwischen Bergbauunternehmen und dem Einsatz des Militärs im Bezirk Intan Jaya aufzeigt.

Die Militäroperationen in Intan Jaya haben die Serie staatlicher Gewalt in Westpapua noch verstärkt. Mindestens 10 % der Bevölkerung von Intan Jayas Hauptstadtbezirk Sugapa wurden Anfang 2021 vertrieben, darunter 331 Frauen und Kinder. Im April bezeichnete die indonesische Regierung die TPNPB, die Organisation Freies Papua (OPM) und alle bewaffneten Gruppen, die mit der TPNPB und der OPM verbunden sind, als Terroristen und verlegte unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung noch mehr Truppen nach Papua.

„Der unklare Status der Sicherheitslage in Papua bietet dem

Staat weiterhin die Möglichkeit, Militärposten zu errichten und mehr Truppen zu stationieren. Dabei ist klar, dass der Sicherheitsansatz niemals die systemischen Probleme in Papua löst, nämlich den fehlenden Zugang zu den Grundbedürfnissen, die Zerstörung der natürlichen Ressourcen und die Verletzung der bürgerlichen Freiheiten“, sagte KontraS-Forscher Rivanlee Anandar.

Intan Jaya ist einer von vier Bezirken im zentralen Hochland von Papua, in denen das neue Militärbezirkskommando (Kodim) eingerichtet wurde. Das *Intan Jaya Kodim* befindet sich in Sugapa. Es ist nicht bekannt, wie viele Militärangehörige sich in Papua befinden, insbesondere im zentralen Hochland. Das Provinzparlament von Papua (DPRP) sagte sogar, dass es auch für sie schwierig sei, Daten und Informationen über die Anzahl der Truppen zu erhalten, die jedes Jahr nach Papua geschickt werden. Nach Angaben des Gouverneurs von Papua, Lukas Enembe, die Zahl.

Asfinawati von der YLBHI sagte, dass gemäß Artikel 7 (2) b und (3) des Gesetzes Nr. 34/2004 über das indonesische Militär militärische Operationen, die keinen Krieg darstellen, einschließlich der Überwindung bewaffneter separatistischer Bewegungen, der Überwindung bewaffneter Rebellionen, der Sicherung der Grenzen und der Sicherung nationaler lebenswichtiger Objekte, auf staatlicher Politik und politischen Entscheidungen beruhen müssen. Bislang habe der Staat keine politischen Entscheidungen zur Durchführung von Militäroperationen in Papua getroffen. Daher seien die derzeitigen Operationen unrechtmäßig.

Der Aktivist Made Supriatma stellte in seiner Studie fest, dass das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Sicherheitspersonal pro Kopf in Papua 97:1 beträgt. Das bedeutet, dass auf 97 Papua-Bürger ein Polizist oder Soldat kommt. Dieses Verhältnis zeigt, dass die Konzentration der Sicherheitskräfte in Papua viel höher ist als in anderen

Gebieten mit einem Verhältnis von 296:1, was bedeutet, dass auf 296 Bürger eine Sicherheitskraft kommt.

„Der Einsatz der Truppen hat zu einer höheren Eskalation des bewaffneten Konflikts geführt. Infolgedessen sind die Menschen in mehreren Bezirken von Puncak Jaya, Nduga und Intan Jaya von ihrem angestammten Land geflohen. Die Unterstützung der Regierung für diese Vertriebenen war minimal. Sie neigen sogar dazu, die Lage der Vertriebenen zu ignorieren“, sagte Tigor Hutapea von der *Bentala Rakyat Heritage Foundation*.

Der NGO-Bericht nennt vier Unternehmen in Intan Jaya, nämlich *PT Freeport Indonesia*, *PT Madinah Qurrata'Ain (PTMQ)*, *PT Nusapati Satria* und *PT Kotabara Miratama*. Bei zwei der vier Unternehmen, *Freeport* und *Madinah Qurrata'Ain*, handelt es sich um Goldminen, die mit dem Militär verbunden sind, darunter auch mit dem koordinierenden Minister für maritime Angelegenheiten und Investitionen, Luhut Binsar Panjaitan. Mindestens drei Offiziere sind mit *Madinah Qurrata'Ain* verbunden: der pensionierte Polizeigeneral Rudiard Tampubolon, der pensionierte Militärgeneral Paulus Prananto und der pensionierte Militärgeneral Luhut Binsar Panjaitan. Tampubolon ist Kommissar von *Madinah Qurrata'Ain*, dessen Führung von *West Wits Mining*, einem Anteilseigner von *Madinah Qurrata'Ain*, als erfolgreich gewürdigt wurde. Das von Tampubolon geführte Unternehmen *PT Intan Angkasa Aviation* ist nicht nur Kommissionsmitglied, sondern auch mit 20 % an *PT Madinah Qurrata'ain* beteiligt.

An einem ihrer Projekte, dem Darowo-River-Goldprojekt, hat *West Wits Mining* auch eine 30-prozentige Beteiligung an *PT Tobacom Del Mandiri* (TDM) abgegeben, dessen Präsident und Direktor Paulus Prananto ist. In einer Veröffentlichung stellt *West Wits Mining* klar, dass TDM für forstwirtschaftliche Genehmigungen und Genehmigungen im Zusammenhang mit dem Sicherheitszugang zu den Projektstandorten zu-

ständig sei. TDM ist Teil der PT *Toba Sejahtera Group*, bei der Luhut Binsar Panjaitan ein Minderheitsaktionär ist. Sowohl Paulus Prananto als auch Luhut Binsar Panjaitan waren Mitglieder des Freiwilligenteams, das Präsident Joko "Jokowi" Widodo sowohl bei den Wahlen 2014 als auch 2019 unterstützte.

Im Fall der geplanten Goldmine im Wabu-Block wurden in der NGO-Studie fünf Militärangehörige in drei verschiedenen Unternehmen unter derselben Holdinggesellschaft, MIND ID, genannt. Der pensionierte Militärgeneral Hinsa Siburian ist Beauftragter von *Freeport*, dem Unternehmen, das die bisherige Konzession im Wabu-Block hält. Er diente zuvor von 2015 bis 2017 als XVII/Cenderawasih-Militärkommandeur und wurde auch als Mitglied des Freiwilligenteams aufgeführt, das Jokowi 2019 bei der Wahl unterstützte. Das Unternehmen, das mit der Bearbeitung des an die Regierung zurückgegebenen Konzessionsgebiets von Freeport (Wabu-Block) beauftragt wurde, ist *PT ANTAM*. Bei ANTAM ist der pensionierte Militärgeneral Agus Surya Bakti der Kommissionspräsident, während der Polizeigeneral Bambang Sunarwibowo Kommissar ist. Sunarwibowo ist immer noch als Hauptsekretär der *Nationalen Nachrichtenagentur* (BIN) tätig. Darüber hinaus gibt es in MIND ID auch den pensionierten Militärgeneral Doni Monardo als Präsidentenbeauftragten und den pensionierten Militärgeneral Muhammad Munir als unabhängigen Beauftragten. Bislang ist Muhammad Munir auch als Vorsitzender des Strategic Analysis Board des BIN aufgeführt.

Diese Erkenntnisse deuten darauf hin, dass hinter einer Reihe von illegalen Militäroperationen in Intan Jaya wirtschaftliche Interessen stehen. Einige der Namen, die in der Studie auftauchen, sind ehemalige Militärgeneräle, die dem Kopassus, einer Eliteeinheit des Militärs, angehörten. Einige haben einen Hintergrund oder Erfahrung im staatlichen Geheimdienst. Es

gibt auch solche, die nach Beendigung ihres Dienstes Teil des Teams des derzeitigen Präsidenten Joko Widodo wurden.

Asfinawati sagte, dass gemäß der Polizeiverordnung Nr. 3/2019 über die Bereitstellung von Sicherheitsunterstützung für national wichtige Objekte, die Bereitstellung von Sicherheitsunterstützung auf Anfrage der Objektmanager erfolge. Daher, so Asfinawati, verstärke die Beteiligung von Militärgenerälen an diesen Bergbauunternehmen die Hinweise auf einen Interessenskonflikt beim Einsatz von Truppen in Intan Jaya. Tigor fügte hinzu, dass dieser Interessenskonflikt die Rechte der indigenen Papuas als gewohnheitsmäßige Landeigentümer verletzt habe.

„Land wird ohne die Zustimmung der indigenen Bevölkerung kontrolliert. In vielen Fällen werden die Menschen, die ihr Land nicht abgeben wollen, stigmatisiert und als entwicklungsfeindlich oder sogar separatistisch abgestempelt. Der Einsatz des Militärs zielt darauf ab, die indigene Bevölkerung in Angst zu versetzen, damit sie ihr Land verlässt“, sagte er. *(Das ist ein Artikel des westpapuanischen Journalisten und Aktivisten Victor Mambor mit einer Übersetzung durch das Westpapua-Netzwerk, 27.08.21)*

Corona-Zahlen steigen stark

Westpapua: Lange beschränkte sich ein Großteil der COVID--Infektionen in Westpapua auf größere Städte wie Jayapura und zu Beginn der Pandemie im vergangenen Jahr auf vermehrte Infektionen in der Belegschaft der Freeport-Mine.

Derzeit lässt sich jedoch beobachten, dass die Infektionen mit Corona auch in abgelegenen Gebieten von Westpapua zunehmen. Dies stellt die Gesundheitsversorgung in diesen ländlichen und geographisch isolierten Bezirken vor große Herausforderungen. Insbesondere die Versorgung mit Sauerstoff wird immer schwieriger.

Der Leiter des Gesundheitsamtes des Landkreises Asmat, Richard Mirino, sagte, dass die Zahl der Covid-19-Fälle in abgelegenen Gebieten seit Juli dramatisch zu-

genommen habe. Die Auslastung der medizinischen Behandlungskapazitäten liege bei über 90 %. Derzeit gibt es in der Region Asmat 204 aktive Covid-19-Fälle (Stand: 13. August), in einem Krankenhaus und zwei zentralen Quarantänestandorten werden jedoch nur 32 Personen behandelt. Inzwischen müssen sich über 170 weitere Personen in Selbstisolation begeben.

Medizinischer Sauerstoff wird in Asmat nur noch im *Agats Regional General Hospital* hergestellt, welches über eine vollständige Einrichtung für die Behandlung von Covid-19-Patienten mit schweren Symptomen verfügt. Daher, so Richard, erlebe Asmat eine Sauerstoffkrise für die Behandlung von Covid-19-Patient*innen. Er hofft, dass die Provinzregierung von Papua und die Zentralregierung dazu beitragen können, das Problem zu überwinden. *„Ich hoffe, dass Covid-19-Patienten, die sich einer Selbstisolation unterziehen, ihre Gesundheit erhalten und keine schweren Symptome verspüren, da die Behandlung mit Sauerstoff in Asmat eingeschränkt ist“*, sagte er.

Der Leiter der Abteilung für medizinische Dienste des Wamena-Krankenhauses im Landkreis Jayawijaya, Dr. Imanuel Siegfried Aparay, erklärte, dass die Zahl der Covid-19-Patienten aus abgelegenen Gebieten, die sich einer Behandlung unterziehen müssen, dramatisch gestiegen sei. Der Belegungsanteil für die Patienten mit Covid im Wamena-Krankenhaus hat 99,2 Prozent der insgesamt 101 Betten erreicht. Der tägliche Bedarf nach Sauerstoff übersteigt die täglich herstellbare Menge.

Das Wamena-Krankenhaus ist das wichtigste Überweisungskrankenhaus für die Behandlung von Covid-19-Patienten im Zentralgebirge von Papua. *„Derzeit ist das Wamena-Krankenhaus bereits mit dem Umgang mit Covid-19-Patienten aus ganz Jayawijaya und einer Reihe anderer Distrikte überfordert. Wir hoffen, dass es Unterstützung mit angemessener Sauerstoffproduktionsausrüstung, persönlicher Schutzausrüstung*

und Medikamenten gibt“, sagte Imanuel. (*Westpapua-Netzwerk online* 11.08.21, <https://www.asmatkab.go.id/article/pemkab-asmat-sediakan-mobil-ambulan-untuk-rsud>)

Prozess gegen Victor Yeimo eröffnet

Westpapua: Nach mehr als drei Monaten Haft wurde am 24. August 2021 vor dem Bezirksgericht Jayapura der Prozess gegen Victor Yeimo eröffnet. Der internationale Sprecher des *Nationalen Komitees von Westpapua* (KNPB) wurde am 9. Mai 2021 verhaftet und wegen verschiedener Straftaten im Zusammenhang mit einer Reihe von Protesten gegen Rassismus im August und September 2019 angeklagt. Yeimo wird seit mehr als drei Monaten im Hauptquartier der Mobilien Polizeibrigade (Brimob) in Jayapura in Insolationshaft festgehalten.

Seine Anwälte äußerten wiederholt Bedenken wegen zahlreicher Verstöße gegen das Strafverfahren während der Inhaftierung im Brimob-Hauptquartier. Sie leiteten ein Vorverfahren gegen den Polizeichef von Papua ein, um die Rechtmäßigkeit von Victor Yeimos Verhaftung und Inhaftierung anzufechten. Das Vorverfahren begann am 19. August 2021.

Die Anwälte von Victor Yeimo argumentieren, dass die Polizei bei der Festnahme und Inhaftierung verschiedene Verfahrensfehler begangen habe. Mitglieder der Polizeieinheit *Nemangkawi* sollen den Menschenrechtsaktivisten ohne Haftbefehl verhaftet haben. Die Angehörigen wurden nicht sofort über die Verhaftung informiert und später daran gehindert, Victor Yeimo während der Haft zu besuchen.

Den Anwälten zufolge hat die interne Politik des Brimob-Hauptquartiers wiederholt zu Verzögerungen bei der Rechtsberatung geführt und die Anwälte daran gehindert, Victor Yeimos Gesundheitszustand während der Polizeihaft zu überwachen. Sie forderten die sofortige Freilassung ihres Mandanten und eine öffentliche Entschuldigung des Polizeichefs

von Papua, Mathius Fakhiri, für die angeblichen Verstöße. Die papuanische Polizei behauptet, dass die Festnahme und Inhaftierung von Victor Yeimo in Übereinstimmung mit der indonesischen Strafprozessordnung (KUHAP) erfolgte. Yeimos Anwälte legten dem Richter 16 Dokumente als Beweis für die angeblichen Verstöße vor, während die Anwälte des Polizeichefs 49 Dokumente im Zusammenhang mit Victor Yeimos Verhaftung und Inhaftierung übergaben. Am 31. August 2021 erklärte der für das Vorverfahren zuständige Einzelrichter, Roberto Naibaho, das Vorverfahren für rechtlich unbegründet, da das Verfahren in Yeimos Fall bereits beim Bezirksgericht Jayapura registriert worden sei. Der Richter verurteilte den Kläger außerdem zu einer Geldstrafe von 5.000 Rp.

Victor Yeimos Gesundheitszustand hat sich seit seiner Inhaftierung kontinuierlich verschlechtert. Er hat an Gewicht verloren, spürt Schmerzen in der Brust und hat Berichten zufolge Blut erbrochen. Am Nachmittag des 10. August 2021 wurde Victor Yeimo zu einer ersten medizinischen Untersuchung in das Allgemeine Krankenhaus von Jayapura gebracht. Die Ärzte des Teams empfahlen Folgeuntersuchungen durch Fachärzte.

Ungeachtet des sich verschlechternden Gesundheitszustands von Victor Yeimo wurde der Prozess gegen ihn am 24. August 2021 vor dem Bezirksgericht Jayapura eröffnet. Die Gerichtssitzung wurde aufgrund des sich verschlechternden Gesundheitszustands von Victor Yeimo zweimal verschoben. Die Anwälte von Victor Yeimo baten die Richter, Victor Yeimo medizinisch zu versorgen und ihn in eine andere Haftanstalt zu verlegen. Am 27. August 2021 stimmten die Richter einer medizinischen Nachuntersuchung und Behandlung zu, nachdem sich zwei Mitglieder des papuanischen Provinzparlaments, John NR Gobai und Laurenzus Kadepa, bereit erklärt hatten, rechtlich für Victor Yeimo zu bürgen.

Am späten Nachmittag des 27. August 2021 begleitete der Staats-

anwalt, Herr Adrianus Y. Tomana, Victor Yeimo in das allgemeine Krankenhaus in Jayapura. Auf der Grundlage der Ergebnisse der medizinischen Untersuchungen empfahlen die Ärzte eine stationäre Behandlung, da Victor Yeimo an einer chronischen Magen-Darm-Infektion und einer Lungenerkrankung leidet. Anstatt eine ausreichende medizinische Untersuchung und Behandlung zuzulassen, brachte der Staatsanwalt Victor Yeimo um 20.00 Uhr zurück in seine Zelle und ignorierte damit die Empfehlung der Ärzte, Yeimo stationär zu behandeln.

Victor Yeimos Anwälte behaupten, dass die Staatsanwaltschaft die Anweisung des Richters ignoriere, eine vollständige medizinische Behandlung im Krankenhaus zuzulassen, wie sie von einem Team von Fachärzten empfohlen wurde. Angehörige und Anwälte versuchten am 28. August 2021 mit dem Leiter der Staatsanwaltschaft über die medizinische Behandlung von Victor Yeimo zu sprechen. Die Verhandlungen waren jedoch nicht erfolgreich.

Die Anwälte forderten die Staatsanwaltschaft außerdem auf, Victor Yeimo in eine andere Haftanstalt zu verlegen. Die Staatsanwaltschaft in Jayapura reagierte jedoch erst nach zwei Tagen auf die Forderung. Am 30. August 2021 wurde Victor Yeimo von etwa 20 Polizisten, dem Staatsanwalt, Anwälten und zwei Mitgliedern des papuanischen Provinzparlaments, John Gobai und Laurenzus Kadepa, in das öffentliche Krankenhaus in Jayapura eskortiert. Dort wird er medizinisch behandelt, bis die Ärzte bestätigen, dass sein Gesundheitszustand stabil genug ist, um an der Verhandlung teilzunehmen. Die dritte Verhandlung, die am 31. August 2021 stattfinden sollte, wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Info: Aus Sorge um Victor Yeimo haben verschiedene Organisationen in Europa und Übersee mit Unterstützung von *Amnesty International* eine „urgent Action“-Briefaktion gestartet. Aktuelle Informationen zu Victor Yeimo gibt

es auf der Homepage des Westpapua-Netzwerkes unter

www.westpapuanetz.de.

(<https://www.westpapuanetz.de/aktuelles/1815-update-zum-fall-victor-yeimo>)

Menschenrechts- organisationen kritisieren Preisvergabe

Timor-Leste: Die britische Menschenrechtsorganisation TAPOL, das US-amerikanische *East Timor and Indonesia Action Network* (ETAN) und die deutsche Nichtregierungsorganisation *Watch Indonesia!* verurteilen aufs Schärfste die Entscheidung des indonesischen Präsidenten Joko Widodo, Herrn Eurico Guterres am 12. August 2021 den „*Bintang Jasa Utama*“, eine der höchsten indonesischen Auszeichnungen, zu verleihen.

Guterres, ein Anführer der Anti-Unabhängigkeits-Milizen in Timor-Leste, war eine der Schlüsselfiguren, die vor und nach dem Referendum von 1999, bei dem die überwiegende Mehrheit der Timoresen für die Unabhängigkeit von Indonesien stimmte, an einer Reihe von Massakern und Zerstörungen in seinem Heimatland beteiligt waren. In enger Zusammenarbeit verübten die Milizen und das indonesische Militär zahlreiche Gräueltaten, töteten über 1.400 Zivilisten und hinterließen eine Spur der Verwüstung, um das Referendum zu unterlaufen.

Im Jahr 2002 wurden Guterres und zehn weitere Personen von der UN-Übergangsverwaltung in Osttimor (UNTAET) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Er war einer von nur zwei Personen, die vom indonesischen Ad-hoc-Menschenrechtstribunal wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurden, obwohl die Verurteilung aufgrund des politischen Drucks der Elite in Jakarta später aufgehoben wurde. Zwei Jahrzehnte später genießen Guterres und die indonesischen Militärs, die letztlich für die von ihm begangenen Gräueltaten verantwortlich sind, wie Wiranto und Prabowo Subianto, weiterhin Straf-

freiheit, obwohl sie politische Machtpositionen innehaben.

Guterres 'Karriere' als Milizenführer setzte sich 2003 fort, als er "*Laskar Merah Putih*" gründete, eine indonesische Miliz, die sich gegen die Selbstbestimmungsbewegungen in Westpapua und Aceh richtet.

Die Verleihung einer der höchsten nationalen Auszeichnungen an einen Täter, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat, bestätigt die Straffreiheit der vom Staat unterstützten Verbrechen.

John Miller vom East Timor and Indonesia Action Network (ETAN) betont: „*Straffreiheit gilt nicht nur für Eurico Guterres, sondern auch für so viele andere, einschließlich derer, die in Westpapua Verbrechen begangen haben. Dies ist ein Affront gegenüber den Opfern in Timor-Leste und im gesamten indonesischen Archipel und ein weiterer Rückschlag bei Indonesiens Bemühungen um Demokratisierung.*“

„*Die Belohnung von Guterres ist nicht nur ein Symbol für die Legitimierung der staatlich und militärisch unterstützten Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit. In Anbetracht des politischen Gewichts der berüchtigten Militärs und der jüngsten Eskalation in Westpapua vermittelt sie auch die beängstigende Botschaft, dass gegenwärtige und zukünftige Täter ebenfalls den Schutz der Regierung genießen werden*“, erklärte Christine Holike von *Watch Indonesia!*

Hintergrund: Der indonesische Präsident Joko "Jokowi" Widodo hat dem ehemaligen Anführer der osttimoresischen Milizen, Eurico Guterres, die Auszeichnung *Bintang Jasa Utama* (Stern des Dienstes 1. Klasse) für zivile Tapferkeit und Mut in Zeiten der Not verliehen. Die Verleihungszeremonie fand am Donnerstag, den 12. August, im Staatspalast von Jakarta in Indonesiens Hauptstadt statt.

Die Auszeichnung wurde Guterres als Zeichen des Respekts auf der Grundlage der Präsidialerlasse Nr. 76, 77 und 78 TK/TH von 2021 über die Verleihung des *Bintang Mahaputera* (Stern der Mahapute-

ra), des *Bintang Budaya Parama Dharma* (Stern für kulturelle Verdienste) und der *Bintang Jasa*-Ehrenmedaillen verliehen.

„*Der Präsident der Republik Indonesien hat beschlossen, Eurico Guterres, S.E., M.M., dem Generalvorsitzenden des Timor Aswa'in Union Congress (UNTAS) und des East Timor Fighters Communication Forum (FKPTT), den Star of Service Order zu verleihen*“, sagte Militärsekretär Rear Marshal Tonny Harjono auf dem YouTube-Kanal des Präsidialsekretariats.

Neben Guterres erhielten drei weitere Personen den *1st Class Star of Service*: Der bereits verstorbene Dr. H. Rusdi Sufl, ein Wissenschaftler und Bewahrer der achenesischen Geschichte und Kultur; Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Johann Georg Goldammer, Direktor des *Global Fire Monitoring Center* (GFMC) am Max-Planck-Institut für Chemie und Professor für Feuerökologie und Feuermanagement an der *Universität Freiburg* (Deutschland) und der indonesische Medienbeauftragte Dr. Ishadi Sutopo Kartosaputro, M.Sc.

(Pressemitteilung der Menschenrechtsorganisationen 14.08.21,

<https://www.indoleft.org/news/2020-12-16/prabowo-gives-awards-to-eurico-guterres-thousands-of-ex-east-timor-militia.html>)

AUSTRALIEN

Regierung entschädigt „Stolen Generation“

Die Regierung Australiens hat Anfang August angekündigt, dass es Aborigines, die als Kinder gewaltsam von ihren Familien getrennt wurden, Entschädigungszahlungen in Höhe von 75.000 AUD pro Person anbieten wird.

Mehr als 100.000 indigene Kinder wurden zwischen den frühen 1900er Jahren und etwa 1970 ihren Familien und Gemeinschaften gewaltsam entrisen. Meist handelte es sich um Kinder aus Beziehungen zwischen Aborginies und ‚weißen‘ Australiern. Der ehemali-

ge Premierminister Kevin Rudd bezeichnete diese Praxis im Jahr 2008 in einer förmlichen Entschuldigung an die so genannte „gestohlene Generation“ (*stolen generation*) als „großen Schandfleck in der Seele unserer Nation“ (Zitat).

Angesichts zunehmender Kritik und gerichtlicher Entschädigungsklagen erklärte die Regierung, das berechnete Überlebende Anspruch auf eine einmalige Zahlung von 75.000 AUD für den durch die Zwangsverschleppung verursachten Schaden sowie auf weitere 7.000 AUD zur „Unterstützung ihrer Heilung“ (Zitat) haben werden.

„Dies ist ein seit langem geforderter Schritt, der die Verbindung zwischen Heilung, Würde und der Gesundheit und dem Wohlergehen der Mitglieder der gestohlenen Generationen, ihrer Familien und ihrer Gemeinden anerkennt“, sagte der australische Premierminister Scott Morrison im Parlament.

Die Entschädigung gilt für noch lebende Personen (Aborigines und Torres Strait Islander), die unter 18 Jahre alt waren und von ihren leiblichen Familien getrennt wurden, während sie im *Australian Capital Territory* und im *Northern Territory* lebten. Die meisten australischen Bundesstaaten haben ihre eigenen Entschädigungsregelungen.

Indigene Gruppen begrüßten die Zahlungen, mahnten aber, dass noch mehr getan werden müsse.

„Es ist etwas, aber nicht alles. Es wird nicht den Endzustand einer geheilten Nation herbeiführen, aber es gibt Hoffnung“, sagte Fiona Cornfort, geschäftsführende Direktorin der *Healing Foundation*, einer repräsentativen Gruppe für einige Angehörige der gestohlenen Generation.

Die Entschädigungszahlungen in Höhe von 378,6 Millionen AUD waren Teil der Zusage Australiens, zusätzlich eine Milliarde AUD-Dollar auszugeben, um das Leben der indigenen Bevölkerung zu verbessern. Die Entschädigungen sollen ab März 2022 zunächst in einem Zeitrahmen von vier Jahren ausbezahlt werden.

Australien hatte im vergangenen Jahr erklärt, es werde seine Politik gegenüber den australischen Ureinwohner*innen neu ausrichten, nachdem es eingeräumt hatte, dass die bisherigen Bemühungen um die Verbesserung von Kennzahlen wie Lebenserwartung und Bildung der Aborigines gescheitert waren.

Info: Australiens rund 700.000 Ureinwohner*innen liegen bei fast allen wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren auf den hinteren Plätzen der fast 26 Millionen Einwohner des „roten Kontinents“. Die Lebenserwartung indigener Australier ist acht Jahre kürzer als die von Nicht-Indigenen und sie sind in den Gefängnissen überrepräsentiert, wie Regierungsstatistiken zeigen. (*Reuters Asia Pacific 05.08.21, Sydney Morning Herald 05.08.21, Nürnberger Nachrichten 09.08.21*)

Schenkung von Patrouillenbooten

Im Rahmen des *Pacific Patrol Boat Replacement Project* stiftet das australische Verteidigungsministerium 13 Pazifikstaaten neue Patrouillenboote. Die rund 40 Meter langen Schiffe werden den Pazifikstaaten zur Sicherung ihrer Seegrenzen und zur Überwachung illegaler Fischtrawler geschenkt. Die australische Regierung betrachtet die Spende als Bestandteil ihres *Pacific Maritime Security Program*.

Die Boote hätten schon im vergangenen Jahr an die Staaten übergeben werden sollen, die Corona-Pandemie mit ihren Einschränkungen verhinderte dies. Bereits übergeben werden konnte am 18. Juni an der Henderson Shipyard in Fremantle (Western Australia) das neue Patrouillenboot für Kiribati. Die *RKS Teanoai II* ersetzt die *RKI Teanoai I*, die bereits seit 1994 in Dienst steht.

Anfang 2023 sollen die Marshall-Inseln ein neues Patrouillenboot erhalten. Die neuen Boote sind mit 20 Knoten schneller als die bisherigen, liegen besser auf See, haben modernere Einbauten und mehr technische Kontrollmöglich-

keiten. Sie bieten Platz für 23 Personen.

Info: Das Projekt zur Ersetzung von Patrouillenbooten im Pazifik ist Teil des britischen Commonwealth-Programms für maritime Sicherheit im Pazifik, das die praktische Zusammenarbeit im Bereich der maritimen Sicherheit im gesamten Südpazifik verbessern soll. Das Projekt stärkt die Fähigkeit der Region, durch die Bereitstellung von Patrouillenbooten für die pazifischen Inselnationen auf Probleme wie Fischereischutz, grenzüberschreitende Kriminalität sowie Such- und Rettungsmaßnahmen zu reagieren.

Info: Das Pazifik-Patrouillenboot-Ersatzprogramm umfasst 21 Stahlrumpfschiffe mit einer Länge von 39,5 m, die von der Firma *Austal* entworfen und gebaut wurden und von Ende 2018 bis 2023 an 12 pazifische Inselnationen sowie nach Timor-Leste geliefert werden sollen. (<https://www.austal.com/ships/guardian-class-patrol-boat-pacific-patrol-boat-replacement>, *Marshall Islands Journal 25.06.21*)

Vier Wochen Quarantäne für Olympiateilnehmende

Einige der australischen Olympiateilnehmenden müssen nach ihrer Rückkehr aus dem japanischen Tokyo jeweils für zweimal 14 Tage in Quarantäne. Das gab das australische Olympische Komitee (*Australian Olympic Committee*, AOC) mit Bedauern bekannt. Nach der regulären zweiwöchigen Quarantäne in einem Flughafenhotel direkt am Flughafen von Sydney müssen sich die 56 Sportler*innen, die im australischen Bundesstaat *South Australia* leben, erneut für weitere 14 Tage in Quarantäne begeben- obwohl alle Olympioniken bereits doppelt geimpft sind und in Tokyo täglich getestet wurden.

AOC-Präsident Matt Carroll kritisierte die Vorgaben der Regierung scharf. Während überall auf der Welt die erfolgreichen Sportler*innen begeistert in ihren Heimatländern empfangen würden,

müssten die australischen Teilnehmenden sich für vier Wochen komplett isolieren. Diese Zeit werde für die Betroffenen sehr anstrengend werden und gefährde das psychische Wohlergehen enorm, so Carroll.

Steven Marshall, der Premierminister von *South Australia*, sagte, er verstehe die Wut des AOC und den Ärger der Athlet*innen über die lange vierwöchige Quarantäne. Es sei jedoch nicht gelungen, für die betreffenden Einwohner*innen seines Staates, eine „sichere Reiseblase“ zu schaffen. Es gelte unter allen Umständen, die weitere Verbreitung der Delta-Variante des Corona-Virus in Zaum zu halten, da könne man leider auf die Olympioniken keine Rücksicht nehmen, so Marshall.

Info: Australien erreichte Platz 6 im Medaillenspiegel. Die Sportler*innen sicherten sich 17 Goldmedaillen, sieben Silbermedaillen und 22 Bronzemedailles.

(<https://edition.cnn.com/2021/08/12/australia/australia-olympics-28-day-quarantine-intl-hnk/index.html>)

SPORT

Pazifische Ergebnisse der Olympischen Spiele

Japan: Die Sportwelt schaute diesen Sommer gespannt auf die Olympischen Sommerspiele, die eigentlich letztes Jahr stattfinden sollten. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden sie vom 23. Juli bis zum 8. August 2021 in Japan ausgetragen.

Für Australien (Medaillenspiegel Platz sechs) und Neuseeland (Medaillenspiegel Platz 13) waren es die jeweils zweitbesten Olympischen Sommerspiele ihres Landes. Fidschi trat zum zweiten Mal bei Olympia an und konnte sich eine Gold- und eine Bronzemedaille sichern (Medaillenspiegel Platz 59).

Australien konnte bei dieser Olympiade 46 Medaillen holen. 17 Mal Gold, 7 Mal Silber und 22 Mal

Bronze.

Das Basketballteam Australiens gewann eine Bronzemedaille.

Im Leichtgewicht der Männer erhielt Harry Garside ebenfalls Bronze. Nach dem Halbfinale konnte man von ihm etwas für einen Boxer Untypisches sehen: Als er seine blauen Handschuhe auszog, streckte er seine Finger in die Kamera. Die Nägel weiß lackiert mit kleinen Farbtupfern, die zusammen einen Regenbogen bilden. *„Ich will einfach nur Klischees brechen, um ehrlich zu sein. Ich bin ein großer Fan davon. Es gibt viele Leute da draußen, die meinen, sie müssten etwas sein, weil sie männlich oder weiblich sind. Mir geht es darum, einfach anders zu sein“*, so der 24-Jährige. Diese Einstellung hatte er schon früh. Zur Verbesserung seiner Beinarbeit und seines Körpergefühls tanzte er Ballett. Bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele wollte er ein Kleid anziehen, hatte sich aber dagegen entschieden, um damit niemanden zu beleidigen.

Er holte die erste Medaille für sein Heimatland im Boxen seit 1988.

Beim Radfahren gingen zwei dritte Plätze an Australien.

Logan Martin stand im neuen Wettkampf „BMX-Freestyle“ ganz oben auf dem Treppchen.

Das Hockeyteam der australischen Männer, das Zweier-Damen Team im Beachvolleyball und die Hochspringerin Nicoa McDermott verdienten sich Silber.

Beim Reiten konnte das australische Team zwei Medaillen sichern. Eine Bronzemedaille gewann Andrew Hoy in der Disziplin „Vielseitigkeit Einzel“, bei dem Teamwettbewerb der gleichen Disziplin holten Andrew Hoy, Kevin McNab und Shane Rose gemeinsam Silber.

Das Element der Australierinnen und Australier bei dieser Olympiade war das Wasser. 32 der 46 Medaillen erkämpfte sich das Team im kühlen Nass.

Beim Wasserspringen holte Melissa Wu Bronze, auf dem Surfbrett konnte Owen Wright überzeugen und ging ebenfalls mit einer Bronzemedaille im Gepäck nach Hause.

Sowohl Matt Wearn im Einzel als auch Mathew Belcher und Will Ryan im Team standen auf dem Podest ganz oben.

Auch im Kanu und Kajak konnte Australien ordentlich punkten. Jessica Fox nahm Gold und Bronze mit nach Hause, das Zweier-Kajak von Thomas Green und Jean van der Westhuyzen paddelte als erstes über die Ziellinie.

Das Team um Jack Hargreaves, Alexander Hill, Alexander Purnell und Spencer Turrin ruderte in 5:42 zuerst ins Ziel, die Frauen erkämpften sich zweimal Bronze und einmal Gold.

Doch beim Schwimmen machte man vor allem den Australierinnen nichts vor. Das Team beim 4x100m Lagen Staffel, Emma McKeon auf 50m und 100m Freistil, Ariarne Titmus auf 200m Freistil und Kaylee Mckeown auf 100m Rücken brachen den Olympiarekord und wurden mit einer Goldmedaille belohnt. Cate Campbell, Bronte Campbell, Meg Harris, Emma McKeon, Mollie O'Callaghan und Madison Wilson schwammen 4x100m in 3 Minuten und 29,69 Sekunden. Weltrekord und Gold für die sechs Australierinnen.

Außerdem holten die Schwimmer*innen noch neun Bronze- drei Silber- und drei Goldmedaillen.

Kelsey-Lee Barber verdiente sich mit einer Weite von 64,56 Metern eine Bronzemedaille im Speerweitwurf.

Die Vorbereitungen im Zehnkampf und Tennis (Gemischtes Doppel) wurden mit jeweils einmal Bronze belohnt. Keegan Palmer skatete sich auf den ersten Platz.

(Artikel von Jakob Holland. <https://olympics-statistics.com/Olympische-Spiele/2020-Tokio-im-Jahr-2021/63/m>)

<https://www.sport1.de/news/olympia/2021/08/olympia-2021-ballett-und-nagellack-boxer-harry-garside-bricht-mit-klischees>)

Sportlicher Erfolg bei Olympia: Fidschi holt erneut Gold beim Rugby

Das fidschianische Männer-Rugby-Team hat bei den Olympischen Spielen in Tokyo erneut eine Goldmedaille gewonnen. Bereits bei den letzten Olympischen Spielen vor fünf Jahren hatte das Team

eine Goldmedaille in derselben Disziplin gewonnen – damals die erste überhaupt, die es jemals für Sportlerinnen und Sportler aus einem der pazifischen Inselstaaten gegeben hat.

Die Medaille widmeten die Rugby-sieger in diesem Jahr den von der Pandemie besonders hart getroffenen Menschen in ihrem Heimatland. Für die noch größere Überraschung als das Männer-Ruby-Team, das als Titelverteidiger als einer der Favoriten in das Turnier gegangen war, sorgte jedoch die als *Fijiana* bezeichnete fidschianische Frauen-Rugby-Mannschaft, die überraschend eine Bronze-Medaille gewinnen konnte und nur knapp den Einzug ins Finale verpasste.

Aufgrund der zum Zeitpunkt der Olympischen Spiele extrem hohen Covid-19-Fallzahlen in Fidschi hat sich die Euphorie im Land im Vergleich zum ersten Medaillengewinn vor fünf Jahren diesmal aber vergleichsweise in Grenzen gehalten. Damals hatte es im gesamten Pazifik-Raum tagelange Feiern gegeben und hatte Fidschi sogar Pläne zur Änderung der Nationalflagge ausgesetzt. Bei den Olympischen Spielen wird eine besondere Form von Rugby, das sogenannte Rugby-7, bei welchem lediglich 7 Spielerinnen bzw. Spieler auf dem Feld stehen, gespielt. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin. Wikipedia, Radio New Zealand International 29.07.21, 30.07.21, 31.07.21, 02.08.21)

Rugby: Neuseelands Frauen gewinnen, Fidschi auf Platz drei

Japan: 22:17 stand am Ende des Spiels auf der Anzeigetafel. Fidschis Frauenmannschaft unterlag Neuseeland im Siebener Rugby und musste keine fünf Stunden später gegen das Vereinigte Königreich im Spiel um Platz drei auf das Feld. Mit einem 21:12 sicherten sich die Frauen des pazifischen Inselstaates die Bronzemedaille.

Die Neuseeländerinnen konnten am 31. Juli Frankreich mit 26:12 im Tokyo Stadium besiegen. Nach ei-

ner 19:5 Führung Neuseelands rückten die französischen Spielerinnen noch einmal an die neuseeländische Mannschaft heran, aber sie blieben das ganze Spiel über sieben Punkte hinter den Favoritinnen aus dem Pazifik.

Die neuseeländische Kapitänin Hirini beschrieb diesen Sieg als etwas Besonderes: *„Ich denke an alles, was wir tun mussten, um diesen Moment zu erreichen, an all die Menschen zu Hause, die uns geholfen haben, an die Spielerinnen, die nicht dabei waren, aber auch hart trainiert haben.“*

Das Team aus Neuseeland konnte sich also den Traum von Gold erfüllen, der vor fünf Jahren in Rio auch zum Greifen nahe war, aber durch das australische Team verhindert wurde.

Nach der Übergabe der Medaille legten die Spielerinnen diese ab und führten vor laufenden Fernsehkameras einen Haka-Tanz auf.

Das Siebener-Rugby der Frauen stand 2021 erst zum zweiten Mal auf dem olympischen Programm.

(Artikel von Jakob Holland. <https://olympics.com/tokyo-2020/olympic-games/en/results/rugby-sevens/> <https://www.channelstv.com/2021/07/31/tokyo-olympics-new-zealand-beat-france-to-win-womens-rugby-sevens-gold/>)

Neuseelands Olympia-Bilanz

Neuseeland: Nicht nur Australien, sondern auch Neuseeland ist stolz auf seinen Platz im Medaillenspiegel. Nur bei der Olympiade 1984 in Los Angeles erhielten sie mehr Goldmedaillen (1984 acht Mal, 2021 sieben Mal).

Die neuseeländischen Goldmedaillen-Gewinner*innen waren: Lisa Carrington im 200m und 500m Einer-Kajak, Lisa Carrington und Caitlin Regal im 500m Zweier-Kajak, das Männerteam ruderte zu Acht über die Ziellinie, Emma Twigg im Einer-Ruderboot, Kerri Gowler und Grace Prendergast zu zweit im Ruderboot ohne Steueremann und wie oben schon erwähnt das Frauen-Rugbyteam.

Silber erkämpften sich: Ellesse Andrews und Campbell Steward

auf dem Fahrrad, Peter Burling und Blair Tuke beim Segeln, ein gemischtes Achterteam im Ruderboot, Brooke Donoghue und Hannah Osborne im Doppelzweier und das Männer-Rugbyteam, nach der 27:12-Niederlage gegen Fidschi.

Auf dem dritten Platz waren Lydia Ko beim Golf, David Nyika im Schwergewicht-Boxen, Tomas Walsh stieß seine Kugel 22,47 Meter weit, Valerie Adams ihre 19,62, Hyden Wilde lief beim Triathlon als Dritter ins Ziel, das Team bestehend aus Marcus Daniell und Michael Venus erspielte sich beim Tennis Bronze und auch die Trampolinspringerin Dylan Schmidt landete auf Platz drei.

(Artikel von Jakob Holland. <https://olympics-statistics.com/Land/Neuseeland/170/m>)

Abschied vom Trainer

Nach den Olympischen Spielen muss das neuseeländische Ruderteam Abschied nehmen von seiner Trainerlegende Rob Waddell. Der Goldmedaillengewinner der Olympischen Spiele 2000 in Sydney im Einer-Ruderboot bereitete vor und betreute das neuseeländische Ruderteam dieses Jahr bei der zweiten Olympiade und bei zwei Commonwealth Games.

„Ich habe meine Zeit in dieser Funktion geliebt und werde sie vermissen, aber ich freue mich jetzt darauf, mehr Zeit mit meiner Familie zu verbringen und auf andere Weise einen Beitrag für unsere Gemeinschaft zu leisten“, so der 46-Jährige.

Die Bekanntgabe des neuen Trainers für die Commonwealth Games 2022 in Birmingham wird noch vor Ende Oktober erwartet.

(Artikel von Jakob Holland. <https://www.nz.co.nz/news/sport/451008/nz-olympic-committee-start-hunt-for-new-chef-de-mission>)

Renovierung der USP-Tennisplätze

Marshall-Inseln: Mit finanzieller Unterstützung durch Taiwan sind die Tennisplätze auf dem regionalen Campus der *University of the South Pacific* (USP) renoviert worden. Mit 180.000 US-Dollar bezahl-

te Taiwan die Renovierungsarbeiten, die von dem lokalen Betrieb *Majuro True Value Hardware* durchgeführt worden waren. Die Tennisanlagen mit ihren Wartebereichen, den Umkleidekabinen und den Sanitäranlagen erfüllen jetzt internationales Niveau. Das sei die Voraussetzung dafür, dass die Plätze für Spiele im Rahmen der *2022 Micronesian Games* genutzt werden können, erklärte der taiwanische Botschafter für die Marshall-Inseln, Jeffrey Hsiao. Gemeinsam mit Präsident David Kabua und weiteren Regierungsvertreter*innen hatte Hsiao die Plätze feierlich freigegeben.

USP-Campus-Direktor Dr. Brad Carte zeigte sich dankbar für das rundum erneuerte Sportangebot für die Studierenden. Man werde die Plätze pfleglich behandeln, so Carte. (*Marshall Islands Journal* 11.06.21)

Bahnradfahrerin nimmt sich das Leben

Neuseeland: Die neuseeländische Bahnradfahrerin Olivia Podmore hat sich am 9. August in Cambridge im Alter von 24 Jahren das Leben genommen. Der Radverband *Cycling New Zealand* äußerte sich bestürzt über die Tat.

2014 wurde Olivia Podmore (geb. 24. Mai 1997 in Christchurch) dreifache neuseeländische Junioren-Meisterin, im Scratch, Keirin und im 500-Meter-Zeitfahren. Im Jahr darauf gewann sie ihre ersten internationalen Medaillen, als sie bei den Junioren-Bahnweltmeisterschaften mit Emma Cumming Zweite im Teamsprint und Dritte im 500-Meter-Zeitfahren wurde. Ebenfalls 2015 errang sie vier Junioren-Titel bei den Ozeanischen Radsportmeisterschaften. Bei den UCI-Bahn-Weltmeisterschaften 2016 in London belegte sie gemeinsam mit Natasha Hansen Rang zehn im Teamsprint. 2019 wurde sie Ozeanienmeisterin im 500-Meter-Zeitfahren.

Obwohl sie sich für die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Tokyo qualifiziert hatte, wurde sie nicht nominiert. Teamkollegen

nannten Podmores Tod „*vermeidbar*“.

Neuseeländische Bahnradfahrer*innen stünden unter enormen Erfolgsdruck, hieß es von anderen Radfahrern.

Nur wenige Stunden vor ihrem Tod hatte Podmore auf ihrer Instagram-Seite eine mittlerweile gelöschte Nachricht gepostet, in der sie über Leistungsdruck in Sport und Gesellschaft schrieb und daraus resultierende emotionale Höhen und Tiefen.

Info: Bereits 2018 hatte es eine offizielle Untersuchung des Umgangs mit Sportler*innen im neuseeländischen Radsportverband gegeben, in dem Mobbing, Einschüchterung und eine unangemessene Beziehung zwischen Trainer und einer Sportlerin festgestellt worden waren. Daraufhin war der damalige Nationaltrainer Anthony Peden entlassen und der Deutsche René Wolff als dessen Nachfolger nach Neuseeland geholt worden. (*BBC* 11.08.21, *Wikipedia*, <https://www.stuff.co.nz/sport/olympics/300378726/olympian-cyclist-olivia-podmores-family-mourn-her-sudden-death>)

Pacific Mini Games 2022

Nördliche Marianen: Nach Angaben des Organisationskomitees der *Pacific Mini Games 2022* haben bisher fast 1.900 Athleten und Offizielle aus 21 Inselnationen ihre Teilnahme an der vierjährigen Sportveranstaltung bestätigt, die die Nördlichen Marianen im kommenden Jahr ausrichten werden.

Nach einer Zählung des Organisationskomitees vom 30. Juni werden insgesamt 1.899 Athlet*innen, 266 Mannschaftsoffizielle, 130 Offizielle der PGA (*Pacific Games Association*), 52 Mediziner*innen und 20 Medienvertreter*innen an den Minispielen im Commonwealth teilnehmen.

Der Vorsitzende des Organisationskomitees für die Pazifik-Minispiele 2022, Marco Peter, geht davon aus, dass die Zahl noch steigen wird, da Australien und Neuseeland ihre Delegationszahlen für die Minispiele noch nicht eingereicht haben.

Info: Die 11. Pacific Mini Games

finden das erste Mal im *Commonwealth of the Northern Mariana Islands* (CNMI) statt.

Von den 21 Inselnationen, die bisher zugesagt haben, stellen die Salomonen mit 212 Athleten und Offiziellen die größte Delegation, gefolgt von Papua-Neuguinea mit 172, dem Gastgeber CNMI mit 164, Fidschi mit 153, Guam mit 144, Palau mit 140, Tahiti mit 136, Samoa mit 122, Neukaledonien mit 108, Amerikanisch-Samoa mit 75, Wallis & Futuna mit 66, Cookinseln mit 65, Tonga mit 63, Tuvalu mit 52, Nauru mit 47, Vanuatu mit 41, Föderierte Staaten von Mikronesien mit 40, Kiribati mit 35, Norfolk-Inseln mit 29, Niue mit 18 und Marshall-Inseln mit 17.

Die Sportler*innen werden sich in acht Sportarten messen. Die meisten Athlet*innen (294) sind für den Wettbewerb im Auslegerkanu bestätigt, gefolgt von Gewichtheben mit 218, Leichtathletik mit 216, Baseball mit 136, Tennis mit 128, Badminton mit 108, Golf mit 108, Beachvolleyball mit 64 und Triathlon mit 53 Teilnehmenden. (*Saipan Tribune* 08.07.21)

„TOK BILONG PASIFIK“

Auszeichnung für Masterarbeit

Marshall-Inseln: Die Marshallerin Mylast Bilimon ist mit dem „*President Thesis Award*“ der Universität von Guam für ihre Masterarbeit im Fachbereich „*Micronesian Studies*“ geehrt worden. Bilimon wurde für ihre Forschungen zu nachgeburtlichen traditionellen Ritualen auf den Marshall-Inseln ausgezeichnet. Ihre Arbeit trägt den Titel „*Traditional Postpartum Practices in the Marshall Islands: Inquiries into stigma against non-participating women*“.

Mit ihrem *Master of Arts in Micronesian Studies* unterrichtet Bilimon nun Englisch am *College of the Marshall Islands* in Majuro.

(*Marshall Islands Journal* 23.07.21, <https://cmi.edu/mylast-bilimon/>)

Stallone-Villa steht zum Verkauf

Hawai'i: Das rund 3.300 Quadratmeter große Anwesen des US-amerikanischen Schauspielers Sylvester Stallone auf der Insel Kilauea steht für 8,8 Millionen US-Dollar zum Verkauf. Das von dem amerikanischen Architekten Jim Schmit eigens für die Familie Stallone entworfene und 1988 fertiggestellte Anwesen liegt direkt am Privatstrand mit Blick auf den Leuchtturm von Kilauea. Es ist bereits das zweite Anwesen, das Stallone auf den Hawaii-Inseln verkauft. Von 1990 bis 1998 hatte er ein zweites Anwesen an der Nordküste der Insel Kauai.

Info: Sylvester Enzo „Sly“ Stallone (geb. am 6. Juli 1946 in New York City) ist ein US-amerikanischer Schauspieler, Filmregisseur, Drehbuchautor und Filmproduzent. Er gilt als einer der erfolgreichsten und berühmtesten Action-Darsteller der Filmgeschichte. Das Boxer-Drama „Rocky“ (1977) machte Stallone über Nacht zum Star. Der Film wurde in zehn Kategorien für den Oscar nominiert und gewann den Preis für den besten Film, die beste Regie und den besten Schnitt.

Für potentielle Kaufinteressierte:
https://www.hawaiilife.com/listings/3606-anini-rd-kilauea-hi-96754?ref=recent_activity&utm_medium=homepage-embed
 (Miami Herald 11.08.21, Wikipedia)

Rückgabe eines Bogen-Sets

Chicago (USA): Rund 76 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat der Sohn eines US-amerikanischen Soldaten ein neuguineisches Pfeil- und Bogen-Set zurück nach Papua-Neuguinea geschickt.

John E. Happ aus Chicago (Bundesstaat Illinois) entdeckte im Nachlass seines verstorbenen Vaters einen rund 1,80 Meter langen Bogen mitsamt kunstvoll geschnitzter hölzerner Pfeile. Den Fund nahm er zum Anlass, Nachforschungen über die soldatische

Vergangenheit seines Vaters anzustellen. So fand er heraus, dass sein Vater Len Happ während des Krieges in Neuguinea als Kampfpilot im Einsatz war. Er war auf der Gusap Air Base in der Morobe Provinz stationiert. In alten Briefen las er, dass sein Vater von seinem Lohn Kunstgegenstände gekauft hatte sowie amerikanische Waren gegen einheimische Nahrungsmittel und Kunstgegenstände eingetauscht hatte. Sein Vater habe den Bogen und die Pfeile jahrelang im Haus gelagert, aber nie etwas über seine Zeit in PNG erzählt, sagte Happ.

Fotos von dem Fundstück hatte Happ u.a. an das *National Museum and Art Gallery* in Port Moresby gesandt und nach dem Interesse an einer Rückgabe gefragt. Kuratorin Grace Vele hatte sich zurückgemeldet und sich erfreut gezeigt, dass Happ die Dinge zurückgeben wolle. Sie datierte das Bogen-Set auf ein Alter von 77 Jahren und identifizierte das Hochland als Herkunftsort.

Mit Hilfe der US-amerikanischen Botschaft in Port Moresby konnte Happ das ungewöhnliche Postpaket zum Museum in Port Moresby schicken. Dort wolle man den Bogen samt Pfeilen nun ausstellen mitsamt seiner Herkunftsgeschichte, versprach die Kuratorin.

Info: Im Nachlass seines Vaters entdeckte John Happ in einer schwarzen Aktentasche Militärdokumente, Tagebücher, Einsatzbefehle und Briefe. Sie sind Grundlage seines für den November 2021 angekündigten Sachbuchs *„The Navigation Case: Training, Flying and Fighting the 1942 to 1945 New Guinea War“*, erschienen bei Knox Press. Happ schreibt außerdem für das *Journal of the American Revolution*. (Chicago Tribune 07.06.21, <https://www.johnhappusa.com/>)

Rückkehr zum Tauschhandel

Fidschi: Aufgrund der seit Monaten andauernden Corona-Beschränkungen und der damit einhergehenden Lebensmittelknappheit in Fidschi sind die Be-

wohner*innen der Insel Kadavu zum traditionellen System des Tauschhandels zurückgekehrt. Die Einwohner*innen tauschen dabei vor allem Kokosnüsse, Fische und Seegurken mit Verwandten in Suva, wie eine Bewohnerin der lokalen Zeitung *Fiji Times* erklärte. Für die frischen Lebensmittel aus Kadavu könne man städtische Produkte wie Kosmetika, Schreibwaren, Konserven etc. eintauschen.

Zwar fahren noch Frachtschiffe und Fähren zwischen den Inseln, doch haben die Bewohner*innen von Kadavu nach dem monatelangen Lockdown kein Geld mehr, um Waren zu kaufen.

Info: Kadavu ist mit 411 Quadratkilometer Fläche die viertgrößte der Fidschi-Inseln und Hauptinsel der Kadavu-Gruppe. Sie ist Namensgeberin der gleichnamigen Provinz Kadavu in der Eastern Division. (The Fiji Times 19.08.21)

Umbenennung in Aotearoa gefordert

Neuseeland: Die Maori-Partei hat Mitte September eine Petition eingereicht, um den polynesischen Inselstaat offiziell in "Aotearoa" umzubenennen.

Das von den indigene Maori benutzte Wort, das übersetzt „Land der langen, weißen Wolke“ bedeutet, wird bereits jetzt häufig als Synonym für Neuseeland benutzt. Jedoch hat der Begriff eine umstrittene Geschichte und soll ursprünglich nur für die Nordinsel und nicht für das ganze Land verwendet worden sein.

Die Maori Party will auch die Maori-Namen für alle Städte und Ortsnamen bis zum Jahr 2026 wieder einführen, wie die beiden Parteivorsitzenden Rawiri Waititi und Debbie Ngarewa-Packer in einer Pressemitteilung betonten. „Es ist längst überfällig, dass te reo Māori seinen rechtmäßigen Platz als erste und offizielle Sprache dieses Landes wiedererlangt. Wir sind ein polynesisches Land, wir sind Aotearoa“, sagte Waititi.

In der Petition heißt es wörtlich: „*Tangata whenua are sick to death of our ancestral names being mangled, bastardised, and ignored. It's the 21st century, this must change.*“

Ngarewa-Packer erklärte, dass die Namensänderungen und die „*Auf-erlegung einer kolonialen Agenda im Bildungssystem*“ dazu geführt hätten, dass immer weniger Maori fließend ihre eigene Sprache beherrschten.

Von 90 % im Jahr 2010 sei die Rate auf 20 % gesunken. Eine Änderung des Landesnamens würde dazu beitragen, „*den Status unserer Sprache wiederherzustellen*“, erklärte Ngarewa-Packer.

Viele Unternehmen und Regierungsbehörden in dem Inselstaat verwenden bereits den Namen Aotearoa, der auch auf den Reisepässen der Bürger*innen steht. te reo Māori wurde im Juli 1987 zur offiziellen Sprache Neuseelands (neben Englisch) erklärt. (*The Guardian* 14.09.21, *dpa* 14.09.21)

IN MEMORIAM

† Haunani-Kay Trask

Hawai'i: Am 3. Juli 2021 verstarb die hawaiianische Aktivistin und Schriftstellerin Haunani-Kay Trask an einer Krebserkrankung. Sie hinterlässt ihren langjährigen Lebenspartner Professor David E. Stannard (University of Hawai'i).

Trask war ein Gründungsmitglied des *Kamakakūokalani Center for Hawaiian Studies* an der *University of Hawai'i* in Mānoa. Fast zehn Jahre lang war sie dessen Direktorin und eine der ersten fest angestellten Fakultätsmitglieder. Im Jahr 2010 zog sich Trask von ihrer Position als Direktorin zurück, unterrichtete aber weiterhin als emeritiertes Fakultätsmitglied über die politischen Bewegungen der Ureinwohner*innen Hawai'is und des Pazifiks, die Literatur und Politik pazifischer Frauen, hawaiianische Geschichte und Politik sowie die

Geschichte und Politik der so genannten ‚Dritten Welt‘ und indigener Völker.

Trask engagierte sich zeit ihres Lebens für die Rechte indigener Hawai'ianer*innen. Sie protestierte gegen die Militarisierung der Inseln durch die USA und beklagte den Over-Tourismus auf den Inseln. Zum pazifikweiten Bonmot wurde ihr Ausspruch: „*We are not American. We will die as Hawaiians. We will never be Americans.*“

Ihre Kritik am kolonialen US-amerikanischen Auftreten in Hawai'i verpackte sie im preisgekrönten Buch: „*Notes From a Native Daughter: Colonialism and Sovereignty in Hawaii*“ (1993).

Info: Haunani-Kay Trask wurde am 3. Oktober 1949 in San Francisco (Kalifornien, USA) geboren und wuchs auf der Ko'olau-Seite der Insel O'ahu auf. Trask und ihre Familie sind Nachkommen der Pi'ilani-Linie von Maui und der Kahakumakaliua-Linie von Kaua'i.

Sie machte 1967 ihren Abschluss an der Kamehameha-Schule. Dann besuchte sie die *University of Chicago*, wechselte aber bald an die *University of Wisconsin-Madison*, wo sie 1972 ihren Bachelor-Abschluss machte. Sie erwarb 1975 einen Master-Abschluss und 1981 einen Dokortitel in Politikwissenschaft, beides ebenfalls an der *University of Wisconsin-Madison*. Ihre Doktorarbeit erschien 1986 unter dem Titel „*Eros and Power: The Promise of Feminist Theory*“.

Ab 1986 war Trask Gastgeberin und Produzentin von „First Friday“, einer monatlichen Fernsehsendung, die politische und kulturelle Themen aus Hawai'i beleuchtete. Sie war Co-Autorin und Co-Produzentin des preisgekrönten Dokumentarfilms „*Act of War: The Overthrow of the Hawaiian Nation*“ aus dem Jahr 1993.

Trask veröffentlichte außerdem zwei Gedichtbände, das 1994 erschienene „*Light in the Crevice Never Seen*“ und das 2002 erschienene „*Night is a Sharkskin Drum*.“

Trask vertrat die hawaiianischen Ureinwohner*innen bei der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für indigene Völker in Genf und reiste 2001 nach Südafrika, um an der Weltkonferenz der Vereinten Nationen gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz teilzunehmen.

Gemeinsam mit ihrer Schwester Mililani B. Trask gründete sie 1987 die Nichtregierungsorganisation *Ka Lahui Hawaii*, die sich für das Recht auf Selbstbestimmung der Hawaiianer*innen einsetzt.

Im März 2017 würdigte das *Hawai'i Magazine* Frau Trask als eine der einflussreichsten Frauen in der hawaiianischen Geschichte.

(*University of Hawai'i News* 03.07.21, *NBC News* 08.07.21, *New York Times* 09.07.21)

† Carmel Budiardjo

Großbritannien: Die bekannte indonesische Menschenrechtsverteidigerin Carmel Budiardjo ist am 10. Juli 2021 friedlich verstorben. Die 96-jährige Aktivistin war die Gründerin der in London ansässigen Nichtregierungsorganisation *Tapol*, die sich seit 1973 für die Freilassung politischer Gefangener in Indonesien einsetzt. *Tapol* ist die indonesische Abkürzung von „tahanan politik“ oder „politischer Gefangener“.

Carmel Budiardjo wurde während der Kommunistenverfolgung unter dem Militärdiktator Suharto für drei Jahre inhaftiert. Später half sie beim Aufbau mehrerer Umweltorganisationen, u.a. der Organisation „Down to Earth“ im Jahr 1988 und des „London Mining Network“ im Jahr 2007.

1995 erhielt Carmel Budiardjo den ‚Right Livelihood Award‘, nachdem sie von der *International Federation for East Timor* nominiert worden war.

Seit der Gründung der Organisation hat *Tapol* enge Beziehungen zu Menschenrechtsverteidiger*innen im gesamten indonesischen Archipel aufgebaut und seinen Arbeitsfokus in Indonesien stetig erweitert. Carmel Budiardjo blieb wäh-

rend dieser Zeit eine wichtige treibende Kraft in Tapols Kampagnen und der Weiterentwicklung der Organisation. Heute ist Tapol Mitglied der *International Coalition for Papua (ICP)* und setzt sich besonders für die Menschenrechtssituation in der abgelegenen Region Westpapua ein, wo nach wie vor viele Menschenrechtsverletzungen fernab internationaler Medienaufmerksamkeit stattfinden.

Am 28. Dezember 2010 verlieh das *United Papuan People's Forum for Democracy* Carmel Budiardjo den symbolischen Titel „Putri Sulung Bangsa Papua“, welcher 'Papuas älteste Tochter' bedeutet. Bereits im August 2009 hatte ihr der timoresische Präsident José Ramos-Horta den *Order of Timor-Leste* verliehen "for her impressive contribution to peace, to the Timorese people and to humanity."

Info: Budiardjo wurde als Carmel Brickman am 18. Juni 1925 in London in eine jüdische Familie geboren.

1946 schloss sie an der *University of London* mit einem Bachelor in Wirtschaftswissenschaften ab. Danach arbeitete sie in Prag für die *International Union of Students*, wo sie Suwondo ‚Bud‘ Budiardjo, einen indonesischen Staatsangestellten, kennenlernte. Nach der Heirat der beiden 1950 zogen sie 1951 nach Indonesien. Carmel Budiardjo erhielt 1954 die indonesische Staatsbürgerschaft. Sie arbeitete zuerst als Übersetzerin für *Antara*, die indonesische Nachrichtenagentur, dann als Wirtschaftswissenschaftlerin für das Außenministerium. Nach Studien an der *University of Indonesia's School of Economics* hielt sie Vorlesungen an der *Padjadjaran University* in Bandung und an der *Res Publica Universität* in Jakarta. Sie war auch Redenschreiberin für Präsident Sukarno, in den Tagen vor dem Putschversuch der Bewegung des 30. Septembers im Jahr 1965. Nachdem General Suharto 1966 die Macht ergriffen hatte, wurde Budiardjos Ehemann verhaftet und zwölf Jahre in Haft behalten. Carmel Budiardjo wurde 1968 festgenommen und blieb drei Jahre in Haft, bis sie 1971 nach England

ausgewiesen wurde. (*Wikipedia, Westpapua-Netzwerk online* 28.07.21, <https://www.tapol.org/about-us/carmel>)

† Georgina Beier

Australien: Am 11. Juli verstarb in Sydney im Alter von 83 Jahren die britische Malerin, Grafikerin, Bildhauerin und Grafikdesignerin Georgina Beier, die mit ihrem deutschen Ehemann Ulli Beier (1922–2011) bedeutende Pionierarbeit zur Kunstförderung in Nigeria (Afrika) und in Papua-Neuguinea leistete.

Georgina Beier wurde im August 1938 in Sutton (London) als Georgina Betts geboren. Nach einem knapp zweijährigen Kunststudium verließ sie 1959 die *Kingston Art School* ohne Abschluss und ging nach Zaria im nördlichen Nigeria. Hier lernte sie den deutschen Schriftsteller und Herausgeber Ulli Beier kennen, mit dem sie als Ehefrau 1963 vom Norden Nigerias in den Süden des Landes zog. Dort leitete sie Kunstkurse, welche unter dem Namen "Oshogbo School" bekannt wurden. 1967 zog das Ehepaar nach Papua-Neuguinea. Dort unterrichtete Beier Patient*innen in der Psychiatrie am "Laloki Hospital" im therapeutischen Malen. Zudem gründete sie eine Siebdruck-Textilfabrik und lehrte Frauen in den Dörfern für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, indem sie ihnen Knüpfbatiken beibrachte. An der gerade gegründeten *University of Papua New Guinea* baute Georgina Beier die *National Art School* mit auf und lehrte dort. Hier wurden u.a. die später weltberühmten Künstler Matthias Kauge und Timothy Akis ausgebildet.

1978 zog Georgina Beier nach Sydney, wo sie bis zu ihrem Tod lebte. 1981 kehrte das Ehepaar Beier zunächst nach Deutschland zurück. Im gleichen Jahr gründeten sie das *Iwalewaha* in Bayreuth als Raum der Begegnung von Künstler*innen und Werken. Gemeinsam gestalteten sie das Profil des Hauses und gaben ihm seinen programmatischen Namen aus dem Yoruba: Iwalewa = „Charakter

ist Schönheit“. Georgina Beier prägte sowohl den inhaltlichen Charakter des Hauses als auch seine ästhetische Ausrichtung maßgeblich – ihre Ideen von künstlerischer Gemeinschaft und sinnlichen Zugängen zu Kunst und Kultur bestimmen die Arbeit des Iwalewaha bis heute.

Georgina Beier zeigte mehr als 30 Einzelausstellungen sowie viele Beteiligungen an Gruppenausstellungen in Deutschland, England, Amerika, Nigeria, Papua-Neuguinea, Indien, Australien und auf den Philippinen. Ihre Arbeiten während der Zeit in Nigeria sind comicartige Kompositionen mit wenigen Figuren. Sie bringt den Stil abstrakter Holzschnitte der 1920er Jahre mit den typischen Symbolen der afrikanischen Kunst in Einklang. Ebenso ist sie für ihre großen abstrakten Wandmalereien bekannt.

(*Nachruf in PNG Attitude.com* 18.07.21, <https://freundeskreiswalewaha.com/2021/07/19/iwalewaha-trauert-um-georgina-beier/>, *Wikipedia*)

† Maev O'Collins

Australien: Am 3. Juli verstarb in Sydney im Alter von 92 Jahren Professorin Maev O'Collins. Sie war von 1972 bis 1989 eine der ersten weiblichen Dozentinnen an der *University of Papua New Guinea (UPNG)* in Port Moresby. 1979 wurde sie dort zur Professorin ernannt und übernahm die Leitung des *Department of Anthropology and Sociology* an der UPNG.

1989 wurde sie in PNG als Professorin emeritiert und kehrte nach Canberra zurück, wo sie an der Universität von Canberra als „visiting fellow“ tätig war. Ab dem Jahr 2000 war sie zudem außerordentliche Professorin an der katholischen Universität von Canberra.

Info: Ellen Maev O'Collins wurde im Juni 1929 in Melbourne (Australien) geboren. Vor ihrer Lehrtätigkeit in Papua-Neuguinea hatte sie in New York (USA) ihren Doktor im Fach Sozialfürsorge gemacht. Ihr umfangreiches Publikationsverzeichnis umfasst u.a. ihre Forschungsergebnisse zu Abholzung

auf den Salomonen, zu Gewalt gegen Frauen in PNG sowie eine Studie zum Verhältnis zwischen Australien und der Norfolk-Insel. Zeit ihres Lebens engagierte sie sich als Sozialarbeiterin für besonders vulnerable Gruppen. Dafür erhielt sie die australische Ehrendoktorwürde. Bereits 1987 war sie in PNG mit dem Orden des Commonwealth, *Member of the British Empire* (MBE), geehrt worden. (<https://devpolicy.org/farewell-maev-ocollins-20210709/>, https://emeritus.anu.edu.au/members/bios/maev_o_collins.html, *Canberra Times* 18.07.21)

† Jimmy Dee

Guam: Am 17. August verstarb im Alter von 76 Jahren der Musiker, Entertainer, Barbesitzer und Sänger James Henry Pangelinan Flores, besser bekannt als „Jimmy Dee“. Der in Guam als „Musikerlkone“ bezeichnete Dee war Gründer der Tanzgruppe „*Chammoritas*“, die jahrzehntelang Tourist*innen mit ihren traditionellen Tänzen begeisterte. Er begründete den zeitgenössischen „Háfa Adai-Spirit“- eine Mischung aus traditioneller Musik mit Rock, Pop und Elektronik-Elementen. Dabei war es ihm wichtig, in der Lokalsprache Chamorro zu singen.

Guams Gouverneur Lou Leon Guerrero bedankte sich in seinem Kondolenzschreiben posthum bei dem Musiker. Er habe es verstanden, die Kultur und Tradition der Chamorro in Liedern und Texten zu bewahren und auch junge Menschen für das kulturelle Erbe der indigenen Bevölkerung zu begeistern. Über sechs Jahrzehnte sei der Musiker zu einem Sinnbild für Musik aus Guam geworden und habe weltweit als Botschafter Guams gewirkt, sagte Guerrero.

Neben seinen musikalischen Talenten war Jimmy Dee auch ein bekannter und beliebter Gastgeber in seiner Strandbar „Tumon“ und im *Jimmy Dee's Paradise Bar and Resort*, die bei Tourist*innen und Einheimischen gleichermaßen beliebt waren.

Dee hinterlässt seine Ehefrau Jackie Flores sowie seinen Sohn Dr.

Jim Flores und seine Tochter Joleen Respicio samt Enkelkindern. (*Post Guam* 19.08.21, *Tripadvisor*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

ELC-PNG rät vom Laufen ab

Der Generalsekretär der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Papua-Neuguinea, Bernard Kaisom, appelliert an die Distrikte, sich mit der Kirchenzentrale in Ampo in Verbindung zu setzen, um die Reise zur Synode in Port Moresby zu organisieren.

Bis zur 33. Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche von PNG in Port Moresby vergehen zwar noch Monate, doch Kaisom fordert schon jetzt alle Teilnehmer*innen auf, sich mit der Kirchenleitung in Verbindung zu setzen, um frühestmöglich Flüge zu organisieren.

„*Ich weiß, dass es sehr schwierig sein wird, das zu kontrollieren, aber als Kirche sagen wir unseren Leuten, dass sie nicht zu Fuß und mit dem Schiff anreisen sollen*“, erklärte er. „*Sie sollten alle mit dem Flugzeug kommen. Die Kosten für den Transport per Schiff sind viel höher als für den Flug. Wenn sie sich gut mit uns abstimmen - und wir werden uns mit den Fluggesellschaften abstimmen - werden wir Gruppenreisen oder sogar Charterflüge in Betracht ziehen, die die Gesamtkosten der Reise reduzieren können*“, sagte Kaisom.

Der leitende Bischof der ELC-PNG, Dr. Jack Urame, sagte, dass die Synode im Sir John Guise Stadium stattfinden wird. Es werden 50 Delegierte aus jedem der 17 Distrikte erwartet, was 850 Teilnehmer*innen entspricht.

Es wird jedoch erwartet, dass die Zahl der Teilnehmer 1.000 übersteigt, da auch Würdenträger*innen, Beobachter*innen und

Gäste anwesend sein werden.

(<https://www.looppng.com/png-news/elcpng-advises-against-walking-103596>)

LHS warnt vor Schließung von Krankenhäusern

Der *Lutheran Health Service* (LHS) hat davor gewarnt, vier seiner großen Krankenhäuser im Land schließen zu müssen, wenn die Betriebszuschüsse der Regierung nicht bis Ende dieses Monats freigegeben werden.

Wie LHS-Koordinator Katu Yapi mitteilte, hat der Rat der ELC-PNG in einer Sitzung beschlossen, diese Gesundheitseinrichtungen aufgrund von Finanzierungsproblemen auf unbestimmte Zeit zu schließen.

Zu den Krankenhäusern, die ab dem 30. September geschlossen werden sollen, gehören die ländlichen Krankenhäuser Braun und Etep in der Provinz Morobe sowie Yagaum und Gaubin in Madang.

Erst letzte Woche gab eine weitere große Gesundheitseinrichtung in Jiwaka, das Kudip Nazarene Hospital, bekannt, dass es seinen Betrieb einschränkt und schließlich wegen fehlender staatlicher Mittel schließen wird. Ebenfalls letzte Woche beklagten sich die Einwohner*innen von Mul-Baiyer im westlichen Hochland über das Krankenhaus in ihrem Distrikt.

Am Wochenende gab Premierminister James Marape bekannt, dass die Regierung den Bau eines 200 Millionen Kina teuren Provinzkrankenhauses in der Provinz West New Britain anstrebt. Laut Katu Yapi seien jedoch die Regierungsmittel zur Unterstützung der Christlichen Gesundheitsdienste in diesem Jahr zurückgegangen, was sich auf den Betrieb der Gesundheitseinrichtungen des LHS auswirke.

Er sagte, dass die *Lutheran Health Services* 89 Gesundheitseinrichtungen in drei Regionen haben - 36 in Morobe, 29 in Madang und Sepik und 24 in den Highlands.

„Von Januar bis Juni dieses Jahres haben wir nur Gehaltszuschüsse und keine Betriebskostenzuschüsse erhalten“, so Yapi. Er erklärte, dass im Juli die Betriebskostenzuschüsse für die Gesundheitseinrichtungen in Madang und Sepik um 71 Prozent gekürzt worden seien, während die Mittel für die Einrichtungen in Morobe oft um 88 Prozent gekürzt worden seien.

Dies restlichen Mittel würden aber nicht ausreichen, um auf die 36 Gesundheitseinrichtungen in Morobe und die 29 in Madang und Sepik verteilt zu werden, und dass dies große Auswirkungen auf die Funktionstüchtigkeit von Krankenhäusern in ländlichen Gebieten habe, in denen LHS eine wichtige Rolle bei der Gesundheitsversorgung der Landbevölkerung spiele.

„Der Betriebskostenzuschuss deckt die Gehälter des Hilfspersonals, Betriebsmittel wie Treibstoff für Krankenwagen, Rettungsboote, Schreibwaren und Stromrechnungen. Aus diesem Grund wurde das Hilfspersonal der LHS seit Januar nicht mehr bezahlt und unsere Einrichtungen konnten ihr volles Potenzial für eine qualitativ hochwertige und standardmäßige Gesundheitsversorgung nicht ausschöpfen“, erklärte Yapi. Er sagte, wenn die Finanzierung in diesem Monat weiterhin ein Problem darstellen sollte, habe man keine andere Wahl, als die ländlichen LHS-Krankenhäuser in Braun und Etep in Morobe sowie Yagaum und Gaubin in Madang ab dem 30. September zu schließen.

Medizinisches Material von LD Logistics erreicht die Gesundheitseinrichtungen in den ländlichen Gebieten nur langsam, da die Mittel für LD Logistics fehlen, und LHS MaSe und LHS Morobe können aufgrund fehlender Mittel für diesen Bereich im Rahmen des operationellen Zuschusses nicht helfen. Das Hilfspersonal wird seit Januar 2021 nicht mehr bezahlt. Die Verträge der drei freiwilligen Ärzte aus Übersee werden im September 2021 auslaufen.

Die Rekrutierung von Ärztinnen und Ärzten im Inland sei eine Herausforderung.

Katu Yapi und der LHS hoffen darauf, dass die Regierung die Finanzierungssituation verbessert, damit die Krankenhäuser in allen drei Regionen angemessen finanziert werden können.

(<https://postcourier.com.pg/church-to-shut-down-hospitals/>)

AUS DER KATHOLISCHEN KIRCHE

Offener Brief an Australien mit Bitte um Aufnahme Geflüchteter

Die Katholische Bischofskonferenz (CBC) von Papua-Neuguinea und den Salomonen hat einen offenen Brief an das australische Parlament verfasst, in dem sie auf die Nichtaufnahme von Asylbewerber*innen und Flüchtlingen aus Manus und Nauru hinweist. Der Brief wurde vom Generalsekretär der CBCPNGSI (Catholic Bishops Conference of Papua New Guinea and Solomon Islands), Pater Giorgio Licini Pime, während einer Pressekonferenz am Montag, den 19. Juli 2021, um 11 Uhr in der CBC-Zentrale in Gordons vorgestellt. Zu den Teilnehmenden der Konferenz gehörten auch der Leiter des Referats für Migration und Flüchtlinge, Jason Siwat, und Schwester Mary McCarthy, ehrenamtliche Mitarbeiterin und Seelsorgerin des General Hospital in Port Moresby.

Anlass des Briefes ist, dass die Regierung Australiens vor acht Jahren ein Gesetz zur Nichtansiedlung von Migrant*innen verabschiedete, nachdem Asylsuchende versuchten, mit Booten auf australisches Gebiet zu gelangen. Nach Beschluss des Gesetzes durften Einwander*innen inhaftiert oder in ein Drittland weiterverwiesen werden, meist oft die Inseln Nauru und Manus (PNG). Des Weiteren beklagt die Bischofskonferenz, dass Australien Menschen zwingt, auf dem Staatsboden PNGs leben zu müssen „[Das] widerspricht [...] dem Geist der Selbstbestimmung von PNG. Wir sind der Meinung, dass es für Australien an der Zeit ist, jede Spur vergangener kolonialer Ansprüche zu verwischen und

einen neuen Stil mitfühlender und partizipativer Führung im Pazifikraum zu praktizieren“, heißt es in der Erklärung der Bischofskonferenz.

Die abschließende Forderung der Bischofskonferenz ist das Einwanderungsrecht aller Asylsuchender in Australien, die sich seit 2013 auf Manus oder Nauru aufgehalten haben und keine Option auf eine Neuansiedlung in einem Drittland haben.

(Catholic Church Reporter August 2021, S. 1 „Open letter on asylum seekers and refugees with no resettlement options“)

Neue technische Schule für Frauen in Port Moresby

„Träumen Sie groß für die Frauen“ war die Ermutigung von Schwester Mabel Pilar und Sr. Teresita Padron, Provinzialin der katholischen Don-Bosco-Schwestern, an die Mit-Schwestern in Papua-Neuguinea, die davon träumen und planen, ihre eigene technische Schule zu errichten. Am Montag, dem 26. Juli erhielt das neue Technische Institut Maria Hilfe der Christen (MHCTI) finanzielle Unterstützung. Hon. Justin Tkatchenko, Parlamentsabgeordneter für Moresby South und Hon. Powes Parkop, Parlamentsabgeordneter und Gouverneur des National Capital District, erklärten sich bereit, mit 270.000 Kina (65.355 Euro) zu helfen. Der Rest des lokalen Beitrags wird von anderen Wohltätern aufgebracht. Anwesend waren der Provinzobere Pater Gregorio Bicomong, die Don-Bosco-Kongregation und Bewohnerinnen des Technologischen Instituts von Don Bosco.

Schwester Juliet De Leon dankte in ihrer Eröffnungsrede Justin Tkatchenko und Gouverneur Powes Parkop für ihre Unterstützung dieses Traums eines neuen Tvet & Fode Centers. Sie verkündete: „Wir fühlen uns zutiefst geehrt, heute von Powes Parkop und Justin Tkatchenko besucht zu werden. Ihre Anwesenheit und Ihre Unterstützung zeugen von Ihrem unerschütterlichen Engagement für die Bildung und davon, dass Sie

den jungen Menschen in Papua-Neuguinea, insbesondere in NCD und Moresby South, mehr Chancen geben wollen, produktive Mitglieder ihrer Familien und Gemeinden zu werden. Dies unterstreicht auch Ihr Engagement für die Stärkung des Frauensektors in unserer Gesellschaft."

Pater Gregorio Bicomong lobte die Bemühungen der Don-Bosco-Schwestern, die Einrichtung im nächsten Jahr 2022 für junge Frauen zu eröffnen, die an den Rand gedrängt werden und die gefährdet sind. „Ich freue mich, dass das Mary Help of Christians Technical Institute ein echter Meilenstein in der Geschichte sein wird, um junge Frauen in ihrer spirituellen, menschlichen, intellektuellen oder ganzheitlichen Entwicklung in PNG auszubilden."

Im Laufe der Jahre haben die Schwestern verschiedene Schritte unternommen, um eine technische Schule zu bauen. Schwester Alem Coching begann die Vorbereitung, schrieb Vorschläge, kontaktierte Wohltäter*innen und suchte nach Mitarbeitenden. Doch sie wurde später zur Mission nach Ägypten entsandt. Im gleichen Jahr wurde Sr. Alice Fulgencio mit der Leitung des Projekts betraut. Sie arbeitete zusammen mit Sr. Juliet De Leon, Sr. Cristina Villasanta, Sr. Carmencita Rodriguez und Sr. Eleanor Samson (POM-Gemeinschaft) sowie mit Steffen Marziniak, dem Berater von Don Bosco Mondo. (Catholic Church Reporter August 2021 S. 4 „FMA: Dream big for the ladies“)

Generalsekretär warnt vor Falschmeldungen

In einer Pressemitteilung in Papua-Neuguinea konnte man vor Kurzem vom Vorwurf der Zauberei und der Unterstützung einer Hexenjagd durch Priester der katholischen Kirche im südlichen Hochland lesen. Der Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz PNGs, Giorgio Licini, warnte deshalb vor dem Verbreiten von Falschmeldungen („fake news“), egal ob vorsätzlich oder hervorge-

rufen durch unzureichende Recherche.

Der Reporter erklärte im Nachhinein, an hätte sich erfolglos um eine Bestätigung seitens der katholischen Kirche und der Polizei bemüht. Interne Überprüfungen der katholischen Kirche hätten allerdings keine Bestätigung des Vorfalls ergeben. Weder auf regionaler noch auf nationaler Ebene, so Licini. (Catholic Church Reporter August 2021 S. 3 „The risk of Disinformation“)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Sohn eines Kirchenführers gefoltert

Westpapua: Berichten aus Westpapua zufolge folterten Polizeibeamte Herrn Charles Yoman während einer Patrouille im Stadtteil Padang Bulan (Jayapura, Westpapua) am 10. Juli 2021. Charles Yoman ist der Sohn von Socrates Sofyan Yoman, dem Präsidenten der Gemeinschaft der Baptistenkirchen in Westpapua und Mitglied des Westpapua-Kirchenrates. Nach Angaben eines Berichts der Baptistenkirche kontrollierten sieben Beamte Charles Yoman, während dieser mit einer Gruppe von Freunden beisammensaß. Als die Beamten die Gruppe aufforderte, sofort nach Hause zu gehen, antwortete Charles Yoman: „Seien Sie vorsichtig, dies ist der Komplex, in dem ich wohne. Sie wissen wohl nicht, wer ich bin?“. Daraufhin soll einer der Beamten den Befehl gegeben haben, Charles Yoman zu verhaften. Die Beamten zerrten ihn daraufhin in einen Polizeitransporter und folterten ihn angeblich im Fahrzeug und auf der Polizeistation in Heram.

Die Polizisten sollen Charles Yoman im Polizeitransporter ins Gesicht und in den Bauch geschlagen haben, während zwei Beamte seine Arme festhielten. Dem Bericht zufolge drückten ihn die Polizisten danach zu Boden und traten ihn mit schweren Stiefeln auf die Brust, den Bauch, die Genitalien, den Kopf und die Beine. Die Polizeibeamten setzten die Folter auf dem Polizeirevier fort - auch,

nachdem Yoman bereits das Bewusstsein verlor. Charles Yoman erlitt Verletzungen im Gesicht, eine blutende Kopfverletzung, Prellungen am Körper und klagte über Einschränkungen seines Sehvermögens.

Die Polizeibeamten schrieben später in ihrem Bericht, dass Charles Yoman sie angegriffen habe und erhoben Strafanzeige gegen ihn. Charles Yoman bestreitet jegliches Fehlverhalten. Er und seine Eltern legten eine offizielle Beschwerde gegen die Polizeibeamten ein und forderten den örtlichen Polizeichef auf, die Foltervorwürfe unverzüglich zu untersuchen und sicherzustellen, dass die Täter nach geltendem Recht bestraft werden. (Westpapua-Netzwerk online 28.07.21)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten: Jakob Holland (Jakob.Holland@Mission-EineWelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik. Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk •

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE
und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de